



AIB

2V 20899 E

2,- DM

Mai

Nr. 5 / 1979

10. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Separatgeschäft in Nahost



Ist China noch sozialistisch?
Iran ● Chile ● Uganda

Inhalt

AIB-Aktuell: Prüfstein Vietnam—China	S. 3
China	
Jürgen Reusch: Entmaoisierung nach Mao?	S. 4 — 12
China-Daten	S. 6 — 7
Verfassung der VR China vom 5. 3. 1978	S. 10
Vietnam	
Günter Ritter: Lektion für wen?	S. 13 — 14
Iran	
Interview mit Mustafa Danesch: Chance der islamischen Republik	S. 15 — 16
Türkei	
Kemal Sahin: Von Atatürk zu Ecevit (4. Teil)	S. 17 — 19
Naher Osten	
Wolfram Bröner: Washingtoner Ausverkauf	S. 20 — 23
Beschlüsse des Arabischen Gipfels vom 27.—31. 3. 1979 in Bagdad	S. 23 — 24
Partei der Nationalprogressiven: Alternativen zu Camp David	S. 25
Freie Offiziere: Offener Brief	S. 25
Ägyptische Kommunistische Partei: Camp David vertieft die Krise	S. 26
Uganda	
Hans Mayer: Das Aus für Idi Amin	S. 27 — 29
Südliches Afrika	
Erster Zwischenbericht der Internationalen Untersuchungskommission für die Verbrechen der Rassisten- und Apartheidregimes des Südlichen Afrika	S. 30 — 31
Justizmord an S. Mahlangu	S. 31
Chile	
Iván Ljubetić: Holocaust auf chilenisch	S. 32 — 33
Rezensionen: Wohin treibt China? (1)	S. 34
Kurzinformationen: Brasilien, Chile, Nikaragua, Tschad, Südliches Afrika	S. 35
Kommentar: Der „zweite Ölschock“	S. 36



Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,— DM; Einzelheft 2,— DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 246 72
Konto: Weltkreis Verlags GmbH Postscheckkonto
31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff
Redaktionskollektiv: Wolfram Bröner (verantwortl.), Rainer Falk, Paul Maaskola, Wolfgang Ritter
Verlag: Weltkreis-Verlags GmbH, Brüderweg 16, 4600 Dortmund
Druck: W. J. Becker, Marburg

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg, nicht etwa bei der Post, bekanntgeben.

Redaktionsschluss: 10. 4. 1979

Es arbeiten mit: H. Ayvaz, B. Brinkmann, G. Bobitka, G. A. Epke, G. Faust, Th. Grunenberg, M. Hellmann, H. Mayer, E. Münscher, B. Pflug, G. Ritter, U. Rupp, L. Schmitz, B. Weng, K. Wetzel

Anzeigen, Beilage:

ASK-Postkarte zu Verschwundenen Chiles
Verlag Marxistische Blätter
UNIDOC
Hammer Verlag

Verschwundene in Chile



Auf einem Treffen Ende November 1978 in Santiago de Chile stellten die **Angehörigen der Verschwundenen** fest: „Gegenüber den Verschwundenen bleibt noch immer viel zu tun. Obwohl wir sie nicht gefunden haben, ist die Tatsache ein bedeutender Schritt, daß das Problem heute in unserem Land und in der ganzen Welt lebendig und gegenwärtig ist. Keiner ignoriert diese Realität, keiner ignoriert, wer dafür verantwortlich ist . . . Wir, die Angehörigen der Verschwundenen unterstreichen, daß wir über Informationen verfügen und der festen Überzeugung sind, daß viele von ihnen noch am Leben sind. Angesichts dieser Tatsache stellen wir in den Mittelpunkt unseres Kampfes, die Überlebenden zu retten.“

Hierzu will das **Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK)** mit dem nebenstehenden Plakat und einer Postkartenaktion beitragen. Das AIB will diese Aktion (siehe auch Beitrag von I. Ljubetić in diesem Heft) mit der diesem Heft **beiliegenden Verschwundenen-Postkarte** unterstützen, die Sie bitte ausfüllen und einsenden möchten.

AIB-Aktuell: Prüfstein Vietnam-China

Die chinesische Führung wollte Vietnam und der Welt eine Lehre erteilen und mußte stattdessen eine harte Lektion (siehe auch Beitrag von G. Ritter in diesem Heft) hinnehmen. Keines ihrer jemals genau umrissenen Kriegsziele konnte sie erreichen: Weder wurde Vietnams Armee empfindlich getroffen — im Gegenteil, aller Welt wurde die Rückständigkeit der chinesischen Armee vor Augen geführt — noch konnte der Völkermörder von Pekings Gnaden, Pol Pot, seine Schreckensherrschaft in Kampuchea wieder errichten.

Auch der weltweite Konflikt, mit dem Deng Xiaoping sicherlich gepokert hat, blieb aus. Die in den Hauptstädten der imperialistischen Länder bereits gemischten chinesischen Karten wurden noch einmal neu verteilt.

In den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik lassen sich deutlich zwei Lager ausmachen: Auf der einen Seite drängen sich die offenen oder verhaltenen Befürworter der „Strafaktion“, angeführt von Franz Josef Strauß, den Vertretern der Rüstungsindustrie, die gern an diesem Krieg ein wenig verdienen möchten, und von ihren Sympathisanten, unter denen besonders A. Weinstein und L. Ruehl als publizistische Kriegstreiber hervorrangen.

Mit „gleicher Münze“?

Auf der anderen Seite sammeln sich die Verfechter der Entspannung- und Abrüstungspolitik um Herbert Wehner, die sich der Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen durchaus bewußt sind und die die Sowjetunion hinsichtlich ihrer „weisen Zurückhaltung“ angesichts des chinesischen Vietnamkrieges gelobt haben. Bemerkenswert schien ein Kommentar von Dieter Schröder in der Süddeutschen Zeitung vom 6. 3. 1979, in dem es u. a. heißt: „Insbesondere die USA haben sich in den Geruch gebracht, Komplize eines Aggressors zu sein. Ähnlich könnte es europäischen Ländern ergehen, die China Waffen liefern.“

Ganz anders als der altbekannte Säbelrassler, Militärstrateg und Ex-General Adalbert Weinstein, der gleich nach Beginn des chinesischen Aggressionskrieges seinen Sandkasten hervorholte, immer bereit, der chinesischen Armee Ratschläge zu geben und ihr mehr Glück zu wünschen.

Er hat überhaupt ein leidenschaftliches Verhältnis zu Aggressionskriegen. Bereits 1964, anlässlich des von den USA inszenierten Tonking-Zwischenfalles, der zur Rechtfertigung der Luftangriffe auf die Demokratische Republik Vietnam benötigt wurde, durfte Weinstein für die reaktionärsten Kreise des Großkapitals und der Bundeswehr stellvertretend kommentieren: „Es gibt für den Atomriesen nur ein Mittel, sich der Lästigkeiten zu erwehren. Der Große muß sofort mit gleicher Münze zurückschlagen.“

Aus der „gleichen Münze“ wurde dann ein mörderisches, Jahre dauerndes US-Bombardement Nordvietnams, das die Luftangriffe während des 2. Weltkrieges in den Schatten stellte. Und das obwohl US-Präsident L.B. Johnson — wie heutzutage wörtlich Deng Xiaoping — in heuchlerischer Manier von einem „begrenzten Gegenschlag“ sprach und darauf verwies, daß die Vereinigten Staaten keine Ausweitung des Krieges beabsichtigten. Sowohl der amerikanische als auch der chinesische Krieg gegen Vietnam lehren uns Vorsicht vor den Politikern, die den Aggressionskrieg als legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele betrachten, ihn freilich als Abwehrakt zu tarnen suchen. Die Vietnamaggressionen lehren uns Vorsicht auch vor den publizistischen Kasinoköpfen, die selbst gerne einmal wieder über einen von ihnen mitverantworteten Krieg berichten möchten.

Pekings Krieg gegen Vietnam hat nicht nur in den imperialistischen Ländern Differenzierungen bewirkt, sondern auch in China selbst eine organisatorische Opposition auf den Plan gerufen. Eine für sie repräsentative Kraft, die geheime Organisation „Allianz der jungen Arbeiter zum Kampf für Demokratie und Wohlstand“, hat in Peking eine Erklärung abgegeben, in der es unter anderem heißt:

„Die reaktionäre Clique Hua/Deng hat einen Aggressionskrieg gegen das Brudervolk von Vietnam entfacht. Wie einst der ‚Viererbande‘ jegliche faschistische Unterdrückungshandlungen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zur Last gelegt wurden, so verbreiten heute die Machthaber die sog. ‚Aggression Vietnams‘. Dies ist eine unverschämte Lüge! Vietnam kann die Folgen der US-Aggression noch nicht überwinden. Wie kann der daran glauben, der einen klaren Kopf besitzt, daß ein so vielen Schlägen ausgesetztes Vietnam, jetzt ein großes Land mit 900 Mio Menschen angreift.“ Ferner wird in dieser Schrift darauf hingewiesen, daß die Lüge von einer Aggression Vietnams gegen China der Pekinger Führung dazu dienen soll, „die eigene Bevölkerung von den



August 1976: Der damalige US-Verteidigungsminister und jetzige Weltbank-Präsident Mc Namara rechtfertigt den US-Aggressionskrieg gegen Vietnam mit der Lüge vom „Tonking-Zwischenfall“. Deng Xiaoping imitierte 1979 den Sprachgebrauch von der „Strafaktion“ bzw. dem „begrenzten Gegenschlag“.

innenpolitischen Problemen abzulenken. Damit sollten die Werktätigen weiterhin die derzeitigen beschwerlichen Lebensbedingungen hinnehmen.“

Auf zunehmenden Unmut und Protest der chinesischen Bevölkerung deuten auch sich häufende Meldungen über Streiks Demonstrationen und das Anschlag kritischer Wandzeitungen hin. Die maoistische Führung hat darauf bereits hart reagiert und ein Verbot jeglicher Kritik an ihrer Politik erlassen. Das chinesische Volk wird wohl in Zukunft noch größere Opfer aufgebürdet bekommen, da die abenteuerliche Politik der Pekinger Führer auch die Wirtschaft erheblichen Belastungen ausgesetzt hat (siehe die China-Analyse von J. Reusch in diesem Heft). Schon soll — laut Otto Wolff von Amerongen — China u. a. vergebene Aufträge in Höhe von über 7 Mio DM an japanische Firmen wieder zurückgezogen haben. Dem Rheinischen Merkur vom 16. 3. 1979 zufolge sind die von Peking verheißenden Großprojekte in Mrd-Höhe, um die tausende von Geschäftsleuten und Bankiers aus Westeuropa, Japan und den USA wetteifern, überhaupt in Frage gestellt: „Das große Geschäft wird ausbleiben. China stellt sein Modernisierungsprogramm zurück,“ lautet seine Bestandsaufnahme.

Antikriegsopposition auch in China

Warum? Generell fehle es an adäquater Infrastruktur zur effektiven Inbetriebnahme der geplanten 120 Großobjekte. Doch verstärkend, so der Rheinische Merkur weiter, komme jetzt nach dem chinesischen Vietnamkrieg als Konsequenz hinzu, daß China demonstriert worden sei „wie veraltet die militärische Ausrüstung Chinas ist, die vornehmlich aus den 50er Jahren stammt. Die alten Generäle . . . werden jetzt auf die Modernisierung der Streitkräfte drängen. Doch zur gleichen Zeit die Modernisierung der Industrie, Landwirtschaft und der Streitkräfte durchzuführen, geht wohl über die Kräfte Chinas. Die Entscheidung dürfte schon zugunsten der Streitkräfte gefallen sein. China will in den westlichen Ländern vor allem Flugzeuge, Panzerabwehrwaffen, Radar und elektronische Ausrüstung kaufen.“

Für die fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik ist Vietnam so zum zweiten Mal zum Prüfstein eines wirklichen, konsequenten Anti-imperialismus geworden. Wer heute den Aggressionskrieg der chinesischen Armee und die Wiederholungsandrohung nicht eindeutig und ohne nebulöse Junktims verurteilt, wer die imperialistischen Rüstungsexporte nach China nicht bekämpft, hat kein Recht, sich auf die Tradition der Vietnam-Solidaritätsbewegung der 60er/70er Jahre zu berufen. Wer angebliche vietnamesische Grenzverletzungen in Kampuchea (zur Widerlegung dieser weitverbreiteten Lüge siehe AIB-Aktuell in AIB 3/1979) leichtfertig zum Vorwand nimmt, sich nicht auf die Seite des überfallenen Vietnam zu stellen, sollte sich darüber Gedanken machen, ob er nicht dem Verwirrspiel der USA und der Deng-Clique aufgesessen ist.

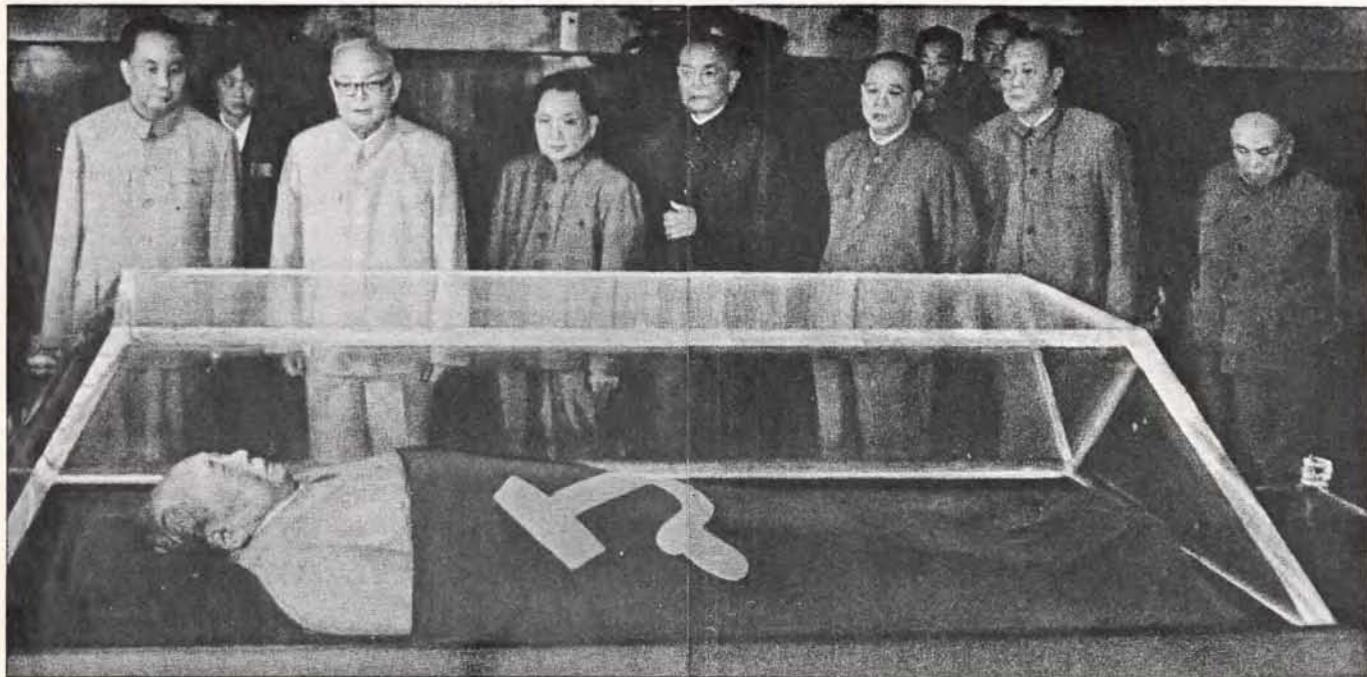
Wer einen „klaren Kopf“ bewahrt oder rückerlangt hat, muß der chinesischen Vietnaminvasion, muß dem maoistisch-imperialistischen Kriegs-Zusammenspiel entgegentreten. Das Eintreten für die Forderung „Hände weg von Vietnam!“ ist heute ebenso Prüfstein des Anti-imperialismus wie einst das Ja zur Losung „Hände weg von China!“

Chinas Angriff gegen Vietnam und die generell zunehmend feindseligeren Aktivitäten der VR China gegen die nationalen Befreiungsbewegungen waren uns Anlaß für eine Bilanzierung seiner Außenpolitik in AIB 4/1979. Dabei wurde deutlich, daß wir es Mitte der 70er Jahre offenbar mit einer antisozialistischen, proimperialistischen außenpolitischen Linie der Pekinger Führung zu tun haben, die sogar auf die Karte einer Kriegseskalierung setzt. Das aber wirft drängende Fragen nach den inneren Grundlagen, Wurzeln oder Hemmnissen des maoistischen Außenkurses auf. Das läßt insbesondere nach dem wirtschaftlich-gesellschaftspolitischen Standort und der Perspektive dieses volkreichsten Landes der Welt fragen. Das führt schließlich zu dem Diskussionspunkt, ob China heute überhaupt noch ein sozialistisches Land ist.

Zu einer differenzierten Beantwortung dieser Frage will unsere nachfolgende Einschätzung des Mainzer Sinologen Jürgen Reusch beitragen, die sich weitgehend auf das 4. Kapitel „Sozialismusmodell China?“ seines demnächst erscheinenden Buches *Pluralismus und Klassenkampf* (VMB, Frankfurt/M.) stützt. Redaktionelle Ergänzungen speziell zur Wirtschaftsentwicklung und den gültigen verfassungsmäßigen Grundlagen der VR China sollen das Bild abrunden helfen. Eine gesonderte Analyse J. Reuschs zu den Beziehungen BRD—China wird folgen. Zur Information über vertiefende aktuelle China-Literatur sei auf unsere Rezension in diesem und dem nächsten AIB verwiesen.

Jürgen Reusch

Entmaoisierung nach Mao?



1976: Maos Nachfolger Hua Guo-feng, Yen Chien-ying, Deng Xiaoping, Li Hsien-nien und Wang Tung-hsing (v. l. n.r.) trauern um den im Pekinger Mausoleum aufgebahrten-Vorsitzenden.

Der Sieg der Volksrevolution in China 1949 fiel zeitlich zusammen mit der Entstehung des sozialistischen Weltsystems. Innere und äußere Bedingungen waren günstig für den Aufbau des Sozialismus. Die proletarischen, internationalistischen Kräfte dominierten, und die von Mao Tse-tung repräsentierten nationalistischen Teile der Parteiführung waren zu Zugeständnissen gezwungen.

Die antiimperialistisch-demokratische Orientierung der KP Chinas wurde in eine sozialistische hinübergeleitet. Besonders auf ihrem VIII. Parteitag im September 1956 entwickelte sie sachkundige und konkrete Vorstellungen über den Sozialismus in China und konnte sie schon eine Reihe beeindruckender Erfolge vorweisen.

Die Beschlüsse dieses VIII. Parteitags¹ müssen daher zur Beurteilung der Entwicklung des Maoismus immer wieder herangezogen werden. Der Parteitag orientierte das chinesische Volk

auf die Vollendung der sozialistischen Umgestaltung, auf die Entwicklung Chinas zu einem Industrie-Agrarstaat im Verlauf dreier Fünfjahrespläne bis 1967 und auf den schrittweisen Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft.

Insgesamt vertrat er die Auffassung, Sinn des Sozialismus sei es, die immer wachsenden materiellen und kulturellen Lebensbedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen und zu diesem Zweck systematisch die gesellschaftlichen Grundlagen zu schaffen, d. h. die Produktivkräfte, besonders die industriellen, zu entwickeln. Der VIII. Parteitag stellte ferner fest, die internationale Pflicht eines sozialistischen Landes wie China sei es, Solidarität mit dem Weltsozialismus, der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung zu üben.

Grundlage des sozialistischen Aufbaus in China war damals die führende Rolle der Arbeiterklasse, die sich in ihrer quantitativen und qualitativen Entwicklung und in ihrer wachsenden gesellschaftlichen Bedeutung zeigte, sowie ihr Bündnis mit den

Millionenmassen der Bauern. Der VIII. Parteitag beschloß, die moderne Großproduktion als materiell-technische Basis des Sozialismus, als Voraussetzung einer planmäßigen gesellschaftlichen Entwicklung und einer Reorganisation der Landwirtschaft zu entwickeln, wie es Lenin schon als Aufgabe gestellt hatte. Dabei mußten einige nationale Besonderheiten Chinas sorgfältig berücksichtigt werden, nämlich: die bäuerliche Bevölkerungsmehrheit; die immer noch relative Schwäche der Arbeiterklasse; der geringe Entwicklungsstand der landwirtschaftlichen und industriellen Produktivkräfte; gleichzeitig stellte das immer krasser werdende Mißverhältnis zwischen Bevölkerungswachstum einerseits, Ernährungsgrundlage und Arbeitsplatzangebot andererseits gebieterisch die Forderung an die chinesischen Kommunisten, die ausstehende Kapitalakkumulation auf der Basis eines zentral geplanten Wirtschaftssystems in historisch relativ kurzer Zeit zu bewältigen.

Nur so konnte langfristig und dauerhaft die Lebensgrundlage der chinesischen Bevölkerung gesichert und ausgebaut werden. Die umfangreiche Hilfe der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder trug wesentlich dazu bei, diesem Ziel bis 1957 erheblich näher zu kommen.

Das China der 70er Jahre bietet jedoch ein ganz anderes und viel weniger erfreuliches Bild, als es die chinesischen Kommunisten 1957 planten. War ihr Plan falsch, oder wo liegen die Ursachen?

Die Ursache heißt Maoismus, und das Problem besteht seit nun fast 20 Jahren darin, daß um 1957/58, kurz nach dem VIII. Parteitag der KPCh, dessen Beschlüsse außer Kraft gesetzt und der sozialistische Aufbau abgebrochen werden konnte. Der maoistische Gegenschlag führte China in der Krise.

Als Strömung innerhalb der Partei entstand der Maoismus Ende der 20er Jahre auf der Grundlage und als ideologischer Reflex einer rückwärtigen, kleinbürgerlich geprägten Sozialstruktur, in der Arbeiterklasse und Bourgeoisie noch wenig herausgebildet waren und besonders die erstgenannte durch besondere Schwäche gekennzeichnet war.

„Großer Sprung“ in die Krise

Sozialistisch maskiert, war der Maoismus in Wirklichkeit eine nationalistische Strömung, die die Wiederherstellung von Chinas Großmachtrolle in der Welt erträumte und die Arbeiterklasse und den Sozialismus allenfalls als Vehikel auf diesem Weg zu mißbrauchen gedachte. Sie hatte daher auch von Anfang an ein distanziertes bis feindliches Verhältnis zur Sowjetunion und später zu den anderen sozialistischen Ländern, verachtete ihre Erfahrungen und Erfolge und sah sie als Konkurrenten an, die es zu überholen oder auszuschalten gelte.

Der Maoismus schmarotzt vom Sozialismus und basiert auf keiner eigenen Produktionsweise. Daher hat er bisher auch die Grundlagen des Sozialismus noch nicht völlig zerstört, sondern deformiert, um sie in das Konzept seines Großmachtchauvinismus zu zwängen.

1958 erhob der Maoismus die „Drei Roten Banner“, setzte an zum „Großen Sprung nach vorn“, um in wenigen Jahren den Kommunismus zu erreichen und alle Länder, auch die Sowjetunion, einzuholen und zu überholen. Schon kurz darauf war das Chaos unbeschreiblich und die Niederlage total. Notdürftige Korrekturen folgten, aber schon 1965 schlug der Maoismus wieder zu (gemeint ist das Anheben der sog. „Kulturrevolution“, d. Red.) und diesmal noch gründlicher. Am Ende standen wieder wirtschaftliche Einbrüche und politisches Chaos, aus dem allerdings der Maoismus als Sieger hervorging. Seine Stütze war die Armee, die bis heute das Hauptinstrument seiner Politik und der Ausschaltung seiner Gegner, sein Werkzeug gegen das Volk darstellt.

1976 starb Mao Tse-tung. Seine Nachfolger wurden Hua Guofeng und Deng Xiaoping. Hat das den Maoismus verändert?

Die Modifizierung des Maoismus ergibt sich aus seinen inneren Widersprüchen und Schwierigkeiten, aus seinem Unvermögen,

seine erklärten Ziele auf der Grundlage der von ihm selbst propagierten Programme zu erreichen. Der Maoismus steckt in einer tiefen Krise.

Erreichte er gewisse Erfolge oder gelang ihm die Überwindung schlimmer Mißerfolge, geschah es durch teilweise Durchbrechung der maoistischen Prinzipien selbst. Wandte er die von ihm selbst propagierten Methoden strikt an, blieben Erfolge aus. Die tiefe Kluft zwischen seinen großmachtchauvinistischen Zielen und der fehlenden materiell-technischen Basis besteht nach wie vor. Die Frage, wie diese Kluft zu überbrücken ist, ist es, die ständig Konflikte und Labilität innerhalb der maoistischen Führung hervorruft.

Versuchte die Pekinger Führung, diese Kluft durch gewaltsames Anpeitschen, wie im „Großen Sprung“ zu schließen, kam es zum Desaster. Wollte man Desaster durch Zugeständnisse vermeiden oder mildern, kam die Basis des Maoismus selbst ins Rutschen. Insofern befindet sich der Maoismus bis heute in einem Teufelskreis. Seine eigenen großmachtchauvinistischen Ziele (siehe AIB 4/1979, S. 4 ff) zwingen ihn, ökonomische und politische Faktoren zu produzieren, die seinen Absichten zuwiderlaufen. Es besteht ein Widerspruch zwischen seinen antisozialistischen Zielen und dem objektiven Zwang, vom Sozialismus zu schmarotzen, das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln beizubehalten, an einer — allerdings durch und durch deformierten — sozialistischen Produktionsweise festzuhalten. Dieser Widerspruch schafft für den Maoismus eine bis heute fortdauernde Zerreißprobe.



Mini-Volkshodöfen, die Fehlinvestition des „Großen Sprungs“ 1958

Der unmittelbar nach Maos Tode entmachtete „Viererbände“ wird heute im Grunde lediglich vorgeworfen, den maoistischen Kurs nicht effektiv genug vertreten zu haben.

Die Anhänger dieser Gruppe waren in ihrem kleinbürgerlich-nationalistischen Kampf gegen Arbeiterklasse und Industrialisierung so weit gegangen, die kasernenkommunistischen gesellschaftspolitischen Leitbilder der 30er und 40er Jahre, der Zeit des Partisanenkrieges, zum Maßstab gesellschaftlicher Entwicklung zu machen.

Sie vernachlässigten faktisch den Aufbau eines starken ökonomischen Potentials, das der Maoismus zur Realisierung seiner Großmachtpläne braucht, sie verordneten China wirtschaftliche Autarkie auf der Basis eines primitiven ökonomischen Niveaus, sie zwangen die Arbeiterklasse zu materieller und kultureller Bedürfnislosigkeit und stellten sie unter militärisches Kommando. Sie lehnten materielle Zugeständnisse radikal ab und vertrauten im wesentlichen auf die maximale Mobilisierung

und Ausnutzung der Hauptproduktivkraft Mensch. In der Außenpolitik war die „Viererbande“ antisowjetisch; sie zog auch die Kollaboration mit dem Imperialismus in Betracht, legte aber den Schwerpunkt ihrer Versuche, einen von China geführten dritten Block zu schaffen, auf die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und hielt daher an der demagogischen Formel von den „zwei Supermächten“ fest.

Diese Politik bestand nur selten in reiner Form. Aber ihr Einfluß war zeitweise sehr stark und wurde erst nach Maos Tod, als China abermals schwere krisenhafte Erschütterungen durchmachte, ausgeschaltet. Deng Xiaoping bemerkte einmal in einer Kritik am Kurs der „Viererbande“, auf solchen Wegen könne man immer nur in der Zurückgebliebenheit steckenbleiben, aber niemals Weltniveau erreichen oder gar zum führenden Land in der Welt werden.

Diese Forderung hatte auch Mao selbst oft erhoben. Die benutzten Methoden waren verschieden, aber stets ging es den maoistischen Führern, auch den gegenwärtigen, hauptsächlich um die Erhöhung von Chinas Einfluß in der Welt und nicht um die Interessen der Werktätigen.

Der Begriff „Modernisierung“ wurde zum neuen maoistischen Zauberwort. Tschou En Lai hatte auf dem X. Parteitag 1973 die Parole ausgegeben, China bis zum Jahr 2000 zu einer führenden Industrienation in der Welt aufzubauen. Dieser Beschluß kam vor dem Hintergrund tiefer sozialökonomischer und politischer Labilität zustande. Der XI. Parteitag 1977 und die 1. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses 1978 bekräftigten dieses Modernisierungsprogramm.

Zauberformel „Modernisierungen“

Hua Guo-feng stellte das Modernisierungsprogramm² unter das Motto „Die Revolution anpacken, die Produktion, die Arbeit und die Vorbereitung auf einen Kriegsfall fördern“ und bezeichnete es als notwendig, den „Klassenkampf, Produktionskampf“ und das „wissenschaftliche Experimentieren“ gleichzeitig zu beherrschen und miteinander zu verbinden. Weiter sagte Hua: „Um China bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu einem modernen und starken sozialistischen Land aufzubauen,

China-Daten



Territorium und Bevölkerung: Fläche 9,6 Mio qkm (drittgrößtes Territorium der Welt); mit geschätzten 900—950 Mio Menschen das volkreichste Land; jährliches Bevölkerungswachstum 1,4—2,0 ‰; rund 94 ‰ der Bevölkerung sind Chinesen (Han), etwa 6 ‰ stellen die insgesamt 54 nationalen Minderheiten (Dschuang, Tibeter, Mongolen, Mandschuren, Koreaner); noch immer leben etwa 80 ‰ der Bevölkerung in ländlichen Gegenden.

Hauptstadt: Peking (7,5 Mio Einwohner); Schanghai ist mit 10,6 Mio die größte Stadt; Tientsin (4,3 Mio), Shenyang (4,0 Mio), Kanton (3,0 Mio), Wuhan (2,3 Mio) sind die nächstgrößten Städte des Landes.

Amtssprache: Chinesisch

Verwaltung: 22 Provinzen, einschließlich Taiwan

Währung: Renminbi Yuan (RMB) = 100 Fen; 1 RMB = 1,16 DM (Stand Januar 1979)

Staatsform: Volksrepublik mit dem Nationalen Volkskongreß als höchstem Staatsorgan. Ihm ist der Staatsrat als zentrale Volksregierung verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Dem Staatsrat stehen der Ministerpräsident (derzeit Hua Guo-feng) und seine Stellvertreter (erster Stellvertreter ist Deng Xiaoping) vor. Ihm gehören weiter die Minister und Vorsitzenden der Kommissionen an. Höchstes Organ der Rechtsprechung ist das Oberste Volksgericht. Als lokale Verwaltungsorgane fungieren die örtlichen Volkskongresse und Revolutionskomitees. Die neue Verfassung von 1978 (siehe Wortlaut) bekräftigt u.a. die Führungsrolle der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und die Unantastbarkeit des „sozialistischen Gemeineigentums.“

Parteien, Massenorganisationen: Die 1921 gegründete KPCh, die 1966 zerschlagen und nach dem IX. Parteitag 1969 mithilfe der Armee reorganisiert wurde, zählt heute ca. 35 Mio Mitglieder. Das Parteistatut von 1969 verankerte — wie vorübergehend schon 1945 geschehen — die Mao-Ideen als ideologische Grundlage. Es strich die Bestimmungen zur innerparteilichen Demokratie u.a. Wählbarkeit aller Organe und zum notwendigen Kampf gegen den Nationalismus. Das vom XI. Parteitag 1977 verabschiedete neue Statut nahm zwar

den demokratischen Zentralismus als Prinzip wieder auf und milderte den Personenkult ab (1969 namentliche Fixierung Maos als Vorsitzendem und Lin Biaos als „Thronerben“), verpflichtete aber weiter zum Kampf gegen die UdSSR. In den Reihen der KPCh sind noch immer keine 10 ‰ Arbeiter, dafür aber rund 50 ‰ Berufsmilitärs — vor 1966 nur ca. 10 ‰ — in den Führungsorganen (Zentralkomitee, Politbüro, Parteitage) präsent. Hier spiegelt sich das Fehlen einer planmäßigen Rekrutierung von Kadern aus der Arbeiterklasse ebenso wider wie der maoistische Trend zur militärbürokratischen Diktatur. Der 1978 neubelebten Politischen Konsultativkonferenz (bis 1954 höchstens gesetzgebendes Organ der VRCh), der volksdemokratischen Einheitsfrontorganisation, gehören neben der KPCh u.a. an: das Revolutionäre Komitee der Kuomintang Chinas (gegr. 1948), die Demokratische Liga Chinas (gegr. 1941), die Demokratische Bauern- und Arbeiter-Partei (gegr. 1928), die nationalbourgeoise Gesellschaft für den Demokratischen Aufbau Chinas (gegr. 1945). Mit dem Einsetzen der „Kulturrevolution“ war die Tätigkeit dieser Organisationen de facto eingestellt worden.

Ebenso herabgemindert wurde die Rolle der gesellschaftlichen Massenorganisationen der Arbeiter, Jugend- und Studenten oder der Frauen durch deren faktische Zerschlagung in der Phase 1965—69. Der Nationale Gewerkschaftsbund Chinas (gegr. 1925, von 1927—48 illegal), der als stärkste 1958 mehr als 17 Mio Mitglieder zählte und 16 Fachgewerkschaften vereinte, wurde 1966 liquidiert und versuchsweise 1968—72 durch maoistische „Arbeiterdelegiertenkonferenzen“ ersetzt. Die Rekonstituierung der Gewerkschafts- und anderen Massenorganisationen auf nationaler Ebene aber ließ bis 1978 auf sich warten.

Sozialstruktur, Wirtschaft: Vor 1949 waren rund 80 ‰ der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig, gefolgt von Handwerkern mit ca. 6 ‰; Industriearbeiteranteil nur etwa 1—1,5 ‰ (2—3 Mio). Die Großgrundherren und Großbauern (etwa 10 ‰ der Landbevölkerung) besaßen 68 ‰ der Ländereien, die große Masse der armen Bauern und Landarbeiter (70 ‰ der Landbevölkerung) verfügte über lediglich 17 ‰ des Bodens. Bis 1957 war die Großgrundbesitzerklasse vollständig enteignet, der Anteil des genossenschaftlichen Sektors in der Landwirtschaft auf 98 ‰ und im Handwerk auf 89,8 ‰ angestiegen. Die Banken waren zu 99 ‰ unter staatlicher Kontrolle (9 ‰ gemischt). Im Industrie- und Handelssektor befanden sich je 2/3 in staatlicher Hand, je 1/3 waren staatlich-privat gemischtes Eigentum. Der Anteil des 1957 verbliebenen Privatsektors im Handwerksbereich (an der Bruttoproduktion) war mit 10,2 ‰, der im Handel mit 2,7 ‰ (am Gesamtumsatz) bereits unbedeutend. Mitte der 70er Jahre hatte man den Verstaatlichungs- bzw. Kollektivierungsprozeß abgeschlossen.

Der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank von 65 ‰ noch 1933 auf 42,7 ‰ (1957) und 25,2 ‰ (1974). Der BIP-Anteil des Industrie- und Handwerkssektors stieg analog von 15,7 ‰ (1933) auf 32,6 ‰ (1957) und 52,1 ‰ (1974). Dennoch verhartete die Erwerbstätigenstruktur bis Mitte der 70er Jahre bei einem 70—80 ‰-Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten, während der Arbeiteranteil ca. 9 ‰ (etwa 70 Mio, davon rund 40 Mio Industriearbeiter) ausmachte.

müssen wir auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem, militärischem und außenpolitischem Gebiet hart arbeiten und kämpfen, wobei die rasche Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft letzten Endes entscheidend ist.“ Die fünf genannten Gebiete waren diejenigen, auf denen sich der Kampf um die Modernisierung vollziehen sollte. Vier davon sind innenpolitische Bereiche. Sie werden im maoistischen Sprachgebrauch als die „vier Modernisierungen“ bezeichnet.

Es wurde und wird immer noch sehr viel gemutmaßt über den Charakter dieser Konzeption. Die Mutmaßungen ähneln sich fast alle darin, daß sie einen Bruch mit dem Ideen Maos, eine Entmaoisierung, ja sogar eine „Restauration“ des Kapitalismus in China unterstellen. Davon, vor allem von „Entmaoisierung“ kann überhaupt keine Rede sein.

Die Wahrheit liegt darin, daß der Maoismus zwar insgesamt seinem Wesen nach nationalistisch, großmachtchauvinistisch und antisowjetisch ist, daß dies ihm zwar widersprüchliche Züge, aber noch keine in sich geschlossene, stringente Theorie und Strategie verleiht. So haben wir es auch heute nicht mit einer Abschaffung des Maoismus zu tun, selbst dann nicht, wenn der

persönliche Mythos Maos stückchenweise demontiert und der Personenkult um ihn abgemildert wird. Vielmehr geht es um die Durchsetzung einer anderen Variante des Maoismus, die genau die gleichen Ziele mit neuen Methoden erreichen möchte, weil die vorhergegangenen sich als unbrauchbar erwiesen haben. Dabei entstehen in taktischen Fragen des wirtschaftspolitischen Konzepts und der Außenpolitik durchaus Differenzen innerhalb der maoistischen Führung. Sie werden von Zeit zu Zeit in sehr scharfer Form ausgetragen, stellen aber dennoch keine prinzipiell unvereinbaren Gegenpole dar.

Mit Zitatologie allein ist es möglich, Mao als Wortführer sowohl der einen wie auch der anderen Variante darzustellen. Doch das ist unhistorisch und falsch.

Mao selbst war in seinen taktischen Auffassungen „beweglich“ und der Maoismus ist in sich nicht auf eine einzige Taktik festgelegt. Er war es nie, wie ein Blick in die Geschichte zeigt.

In China geht es heute nicht darum, irgendeine Art von Kapitalismus zu restaurieren, denn die Wiedererrichtung des Privateigentums an den Produktionsmitteln wird bisher (noch) nicht angestrebt. In China geht es schon gar nicht darum, die Sowjet-

Das **Wirtschaftswachstum** Chinas zeitigte die größten Steigerungsraten in der Aufbauphase 1949—57: im Industriebereich jährlich im Schnitt 27 %, im Agrarbereich 10,9 % (1953—57), im Bruttosozialprodukt von 13 %. Insbesondere eine großangelegte sowjetische Projekt- und Ausbildungshilfe verhalf der VRCh zur Errichtung einer schwerindustriellen Basis. Maos Verkündung des „Großen Sprungs nach vorn“ 1958 beabsichtigte eine Vervielfachung des Wachstumstempos, endete aber mit schweren Rückschlägen. Durch eine bevorzugte ländliche Industrialisierung 1958 stampfte man etwa 6 Mio Kleinbetriebe und 2 Mio Kleinsthochöfen in den Volkskommunen aus dem Boden — und Dezentralisierung fiel jedoch die Produktion bis 1961 hinter den Stand vor 1957 zurück; die „aus eigener Kraft“ errichteten Kleinproduktionsstätten mußten bis 1960 wegen Qualitätsmängel, Ineffizienz und einer immer kritischeren Versorgungslage großteils, bis auf 200.000 Kleinbetriebe wieder stillgelegt werden. In der „Kulturrevolution“ (1965—69) kam es erneut zu empfindlichen Produktionseinbußen, was sich abgemildert Mitte der 70er Jahre während der innermaoistischen Machtkämpfe der Kampagnen gegen „Lin Piao und Konfuzius“ (1974/75) und gegen die „Viererbände“ (1976/77) wiederholte.

So spiegelt sich die voluntaristische Wirtschaftspolitik der maoistischen Führung in einer auffallend **ungleichmäßigen Wirtschaftsentwicklung** wider (siehe Tabellen 1 und 2). Trotz eines außerordentlichen Rohstoffreichtums (hinter der UdSSR Weltspitze) und des mit Abstand größten Arbeitskräftepotentials ist die VR China daher hinsichtlich des Industrialisierungsgrades, der Infrastruktur, des Transportwesens usw. weit hinter den objektiven Möglichkeiten zurückgeblieben.

Nicht zuletzt trug hierzu die zwischenzeitlich drastische Reduzierung und Umorientierung der **Außenwirtschaftsbeziehungen** — gemäß Maos Parole des „Sich Stützens auf die eigenen Kräfte“ — bei: Der Anteil der sozialistischen Staaten am Außenhandel Chinas 1953—57 noch 69 %, so sank er 1970—74 auf 18,8 %; analog stieg der Anteil der kapitalistischen Länder von ca. 30 auf über 80 % (westliche Hauptländer allein über 60 %).

Entsprechend dem **Plan der „vier Modernisierungen“** (Zehnjahrplan 1976—85) soll eine jährliche Produktionssteigerung von über 10 % im Industrie- und von rund 5 % im Agrarbereich erreicht werden. Mittlerweile stellte man aber solche Eckpfeiler des Modernisierungsprogramms wie den bevorzugten Ausbau der Schwerindustrie oder die Mechanisierung der Landwirtschaft wieder zurück. Auch die prognostizierte Errichtung von 120 Großprojekten (u.a. 10 Stahlkombinate, 30 Kraftwerke, 10 Erdöl- und Erdgasfelder) mit Hilfe von Großkonzernen imperialistischer Hauptländer scheint unterdessen zumindest teilweise fraglich.

Militärisch wird die VR China heute zwar gleichrangig mit den NATO-Mächten Großbritannien oder Frankreich eingestuft, seine konventionelle Bewaffnung aber gilt als großteils veraltet. Mit einer regulären Truppenstärke von ca. 4,5 Mio verfügt Peking über die stärkste Streitmacht der Welt, die rund 7 Mio Milizangehörigen nicht gerechnet. Seit 1964 zählt die VR China zu den Atommächten und verfügt nach westlichen Schätzungen über das drittgrößte Arsenal an Atomwaffen: USA 9.500, UdSSR 4.000, China 500.

Geschichte:

1644	Eroberung Pekings durch die Mandschuren, Gründung der Tjing-Dynastie
1720—1789	Einverleibung der Mongolei, Ostturkestans, Tibets; Burma und Vietnam werden Vasallenstaaten Chinas
1894—1895	Chinesisch-japanischer Krieg
1911/12	Bürgerliche Revolution führt zur Proklamierung der Republik
1921	Gründung und 1. Parteitag der KP Chinas
1931	Beginn der japanischen Aggression
1937	Eröffnung des antijapanischen Widerstandskrieges und Bildung nationaler Einheitsfront KPCh-Kuomintang
1945	Zerschlagung japanischer Okkupationsarmee und Befreiung Nordostchinas durch die Sowjetarmee
1946—1949	Volksbefreiungskrieg, der mit Zerschlagung der Armee Tschiang Kai-schecks und dessen Flucht nach Taiwan endet
1949	Gründung der Volksrepublik China
1950	Sowjetisch-chinesischer Freundschafts- und Beistandspakt Dekretierung des Bodenreformgesetzes
1954	I. Nationaler Volkskongreß nimmt Verfassung an
1956	VIII. Parteitag der KPCh verabschiedet neues Parteistatut und 2. Fünfjahrplan
1958	2. Tagung des VIII. Parteitages ersetzt Beschlüsse von 1956 durch Maos Programm des „Großen Sprungs“
1964	III. Nationaler Volkskongreß: Wiederwahl Liu Shaoqis zum Vorsitzenden der VR China
1965—1969	„Kulturrevolution“: Zerschlagung der KPCh und verfassungsgemäßer Machtorgane, darunter Entmachtung Liu Shaoqis, Deng Xiaopings u.a.
1969	Inszenierung bewaffneter Grenzzwischenfälle an der sowjetisch-chinesischen Grenze
1971	IX. Parteitag der KPCh: Annahme neuen Status Aufnahme der VR China in die UNO Ausschaltung von Mao-Nachfolger Lin Biao
1972	US-Präsident Nixon besucht Peking
1973	X. Parteitag der KPCh: 1. Rehabilitierung Deng Xiaopings, die UdSSR wird zum Hauptfeind erklärt
1975	IV. Nationalkongreß: Annahme anderer Verfassung
1976/77	Tod des Ministerpräsidenten Tschou En-lai und Mao Tse-tungs Entmachtung der Gruppe um Maos Witwe Tschiang Tsching („Viererbände“)
1977	Ernennung Hua Guo-fengs zum neuen Parteivorsitzenden und Dengs 2. Rehabilitierung
1978	XI. Parteitag der KPCh: neues Parteistatut, das „Modernisierungsprogramm“ verankert
1978	V. Nationaler Volkskongreß: Annahme neuer Verfassung
1979	Freundschaftsvertrag mit Japan Dengs USA-Besuch Chinesischer Aggressionskrieg gegen Vietnam

union in irgendeiner Weise zu kopieren; ein schärferer Gegensatz als zur sozialistischen UdSSR läßt sich kaum denken. Und in China geht es derzeit auch nicht darum, die Prinzipien des VIII. Parteitags, des sozialistischen Aufbaus wieder einzuführen oder, wie es diffamierend manchmal gesagt wird, den „Liuismus“ (nach dem früheren Staatspräsidenten Liu Shaoqi) zum gesellschaftspolitischen Leitbild zu machen.

Die Wiedereinführung von Prämien oder mehr Effektivität in der Produktion usw. ist weder etwas typisch kapitalistisches, noch erlaubt sie den Schluß, die Aufbauprinzipien der Jahre vor 1957/58 kämen wieder zu Ehren, obwohl viele der damals aktiven Funktionäre heute erneut im Amt oder zumindest rehabilitiert sind. Man muß nach den Tatsachen urteilen, und diese zeigen, daß zwischen den Beschlüssen des VIII. Parteitags und den heute praktizierten Maßnahmen ein tiefer Gegensatz besteht. Andersherum besteht zwischen dem, was seit Jahrzehnten politisches Ziel des Maoismus ist, und dem heute praktizierten eine prinzipielle Übereinstimmung. Maoismus ohne Mao, darum geht es gegenwärtig.

Der Inhalt des heute angewandten maoistischen Konzepts besteht kurz gesagt darin: Das ganze Land mitsamt seiner wirtschaftlichen Basis soll ungeachtet der objektiv rückständigen Verhältnisse in relativ kurzer Zeit durch eine gewaltige Kraftanstrengung und Aufbauleistung, durch vorrangige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Imperialismus, durch rasche Entwicklung der Produktivkräfte andere Länder ein- und überholen, durch erhebliche Steigerung des militärischen Potentials und Ausdehnung des internationalen Einflusses, besonders bei den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, durch ein Bündnis mit allen imperialistischen und reaktionären Kräften und Anstachelung eines Konflikts zwischen Sozialismus und Imperialismus, besonders zwischen der UdSSR und den USA zu einer internationalen Vormachtstellung gelangen.

Die heute mit rationelleren Methoden vorangetriebene Produktion hat allerdings nicht den Zweck besserer materieller und kultureller Bedürfnisbefriedigung der Werktätigen, denn höherer Lebensstandard wird immer noch als Quelle der „Verbürgerlichung“ angesehen. Vielmehr dient sie der politischen Wiedergeburt Chinas als führendes Weltzentrum (Sinozentrismus) und soll daher notfalls auch mit diktatorischen und aggressiven Mitteln vorangetrieben werden. In diesem Konzept ist die Arbeiterklasse nicht die führende Kraft, sondern ein Werkzeug, dessen sich der Maoismus als kleinbürgerliche Strömung zu bedienen sucht.

Maoismus ohne Mao

Gehen wir den heute gültigen Prinzipien einmal etwas genauer nach und vergleichen wir sie mit den in den vorhergehenden Abschnitten umrissenen Grundsätzen des Maoismus.

Noch immer gilt der von Mao selbst formulierte Grundsatz, „unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher“ den Sozialismus aufbauen.“ Er wurde auch nach 1969 auf allen Parteitag und Volkskongressen als Generallinie ausdrücklich hervorgehoben und bei gleicher Gelegenheit mit dem Grundsatz, auch im Sozialismus den **Klassenkampf** gegen die Bourgeoisie zu führen, verbunden. Diese Prinzipien widersprechen fundamental dem Marxismus, und daher auch den marxistischen Beschlüssen des VIII. Parteitags.

Das Verhältnis zwischen **Industrie und Landwirtschaft** wird immer noch nach den von Mao selbst im wesentlichen ausformulierten Grundsätzen gehandhabt. Im Dezember 1976 wurde in China erstmals ein Artikel Maos „Über die zehn großen Beziehungen“³ aus dem Jahre 1956 veröffentlicht, der damals den Auftakt für die Revision der marxistischen Grundsätze des VI. II. Parteitags gegeben hatte. In diesem Dokument bezeichnete Mao den Grundsatz der vorrangigen Entwicklung der Schwerindustrie als Ausdruck sowjetischen Dogmatismus und legte den Grundstein zu dem heute noch gültigen Prinzip, die Land-

wirtschaft als „Grundlage“ und die Industrie als „führenden Faktor“ zu betrachten; der XI. Parteitag und der V. Nationale Volkskongreß bestätigten es noch einmal ausdrücklich.

Damit wird nach wie vor die These bestritten, daß die Grundlage des Sozialismus die industrielle Großproduktion sei und wurde an der Zweiteilung der Ökonomie in einen technologisch hochentwickelten und einen mehr auf Selbstversorgung abgestellten Bereich festgehalten. Die Bedeutung der Industrialisierung wurde allerdings mehr als früher hervorgehoben, und die Notwendigkeit der Mechanisierung der Landwirtschaft ebenfalls. Das war ein Unterschied zum früheren Kurs, der durch die krisenhafte Lage von Industrie und Landwirtschaft erzwungen wurde.

Was sich grundsätzlich aber dabei nicht veränderte, war die Auffassung, die Landwirtschaft sei „Grundlage“, d.h. Akkumulationsquelle der Industrie, besonders der Schwerindustrie, und habe den maoistischen Großmachtkurs materiell abzuschern.

Polemiken gegen die „Theorie der Produktivkräfte“ wurden eingestellt. Hua Guo-feng bezeichnete auf dem XI. Parteitag



Motorkraft ist immer noch selten in China

die **Produktivkräfte** als den „revolutionärsten Faktor“. Sein Hinweis auf die Störmanöver der „Vierbände“, die die Wirtschaft teilweise lahmgelegt hätten, verdeutlichte, was damit gemeint war: Man konnte sich keine Experimente mehr leisten, sondern mußte, um schlimmeres zu verhüten, eine gewisse Rationalität bei der wirtschaftlichen Entwicklung einhalten und dabei vom Stand der Entwicklung der Produktivkräfte ausgehen.

Es wurde zwar im Unterschied zu früher das System der einheitlichen **Planung** als „grundlegendes Merkmal der sozialistischen Gesellschaft“ bezeichnet, aber nur als Abmilderung des bisherigen maoistischen Grundsatzes der Verbindung von zentralen und dezentralen Bereichen. Solche soll es nach wie vor geben. Zentrale Lenkung forderte Hua besonders für die Schlüsselbetriebe und wichtige Forschungs- und Projektierungsinstitutionen, d.h. im Klartext für die wirtschaftlichen Bereiche, die die

Tabelle 1

Wachstumsraten der chinesischen Volkswirtschaft (1949—74)
 (Jahresdurchschnitt in %)

	1949—52	1953—57	1958—61	1962—65	1966—69	1970—74
Bruttosozialprodukt	19	7	—3	13	4	7
BSP je Einwohner	17	5	—5	11	2	5
Industrielle Bruttoproduktion	34	16	2	16,5	7	10
Landwirtschaftliche Bruttoproduktion	15	4	—6	10	1	4

(Quelle: J. Kosta/J. Meyer, Volksrepublik China. Ökonomisches System und wirtschaftliche Entwicklung, Frankfurt M./Köln 1976, S. 290)

materielle Grundlage der maoistischen Großmachtspolitik darstellen.

Die Zweiteilung der Volkswirtschaft in zwei getrennte Wirtschaftssysteme, eines zentral geleiteten und eines örtlich kontrollierten, blieb damit grundsätzlich in Kraft. Zugleich wurde über den Inhalt der angeblich existierenden Staatspläne und die Art und Weise ihres Zustandekommens nichts konkretes bekannt, so daß niemand kontrollieren kann, ob diesen Plänen die Interessen der Werktätigen als Gesamtziel zugrundeliegen. Alle bekannten Tatsachen sprechen dagegen.

Leistungsprinzip wofür?

Besonderes Aufsehen erregten die Absagen an die gleichmacherischen Pamphlete früherer Jahre. Der IV. Nationale Volkskongreß hatte das Leistungsprinzip 1975 erstmals wieder in die Verfassung aufgenommen, und in dem vom V. Volkskongreß im März 1978 verabschiedeten neuen Text hieß es wörtlich in Artikel 10: „Der Staat verwirklicht das sozialistische Prinzip ‚Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen‘ und ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung‘“. Weiter hieß es, der Staat befolge „unter der Bedingung des absoluten Vorrangs der proletarischen Politik die Richtlinie der Verbindung von moralischem und materiellem Ansporn, wobei der moralische Ansporn die dominierende Rolle spielt.“

Darin zeigte sich zweierlei: Erstens war es unter dem Druck der allgemeinen Unzufriedenheit zu riskant, die Bevölkerung weiter mit Verzichtsparolen und Lobpreisungen des einfachen Lebens abzuspeisen; einige Zugeständnisse schienen unvermeidlich. Zweitens wurde allerdings eine uneingeschränkte positive Aussage zum Leistungsprinzip und zum Prinzip der materiellen Interessiertheit vermieden und durch die Hervorhebung des moralischen Anreizes das Hintertürchen für politischen Zwang statt Leistungslohn offengehalten.

Das geltende Sozialismusverständnis stellte außerdem die Entwicklung der Produktion in erster Linie in den Dienst der maoistischen Hegemoniepläne und entwickelte kein umfassendes, primär an den Bedürfnissen der Menschen orientiertes Sozialismusverständnis. Es änderte sich nichts an dem langjährigen-maoistischen Grundsatz, alle verfügbaren Mittel in die

Rüstung zu stecken und den Werktätigen gerade so viel zukommen zu lassen, daß sie gegen das maoistische Regime nicht offen rebellierten.

So geschah es in der Praxis auch. Im Oktober 1977 gab das Zentralkomitee der KP Chinas unter erheblichem publizistischem Theaterdonner eine Lohnerhöhung bekannt. Sie betraf hauptsächlich etwa 40 % der nicht in der Landwirtschaft Beschäftigten der unteren Lohngruppen und gewährte weiteren 10 % den Genuß kleinerer Aufbesserungen; insgesamt belief sich die Erhöhung auf 6 %. Sie war die erste seit gewissen Lohnverbesserungen des Jahres 1971/72, jene wiederum war die erste seit 1963 gewesen. Der Lohnerhöhung von 1977 ist bisher keine neue gefolgt.⁴

Daß der maoistische Großmachtkurs den Spielraum für derartige „Zugeständnisse“ immer noch in engen Grenzen hält, zeigt sich an der nach wie vor ärmlichen Situation der Landbevölkerung, besonders derjenigen, die im Zuge der „Kulturrevolution“ aufs Land verschickt wurden und dort immer noch leben oder in die Städte zurückkamen und jetzt Arbeit und Brot verlangen. Die Maoisten sehen sich hier mit Problemen konfrontiert, die sie selbst verschuldeten, und zu deren Lösung ihre eigene Politik ihnen keine brauchbare Handhabe gibt.

Man hat sich an vieles gewöhnt seit Mao die Macht in Partei und Staat eroberte, aber es sollte doch erwähnt werden, daß derartige Erscheinungen eines sozialistischen Staates, der 1979 30 Jahre alt wird, mehr als unwürdig und auf traurige Weise einmalig sind und die Unfähigkeit und Menschenverachtung des Maoismus schlaglichtartig deutlich werden lassen.

Charakteristisch für den Maoismus ist und bleibt die **Militarisierung** des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Hua Guo-feng wiederholte auf dem V. Nationalen Volkskongreß die Parole: „Die vom Vorsitzenden Mao gegründete Volksbefreiungsarmee ist der Eckpfeiler der Diktatur des Proletariats“ und gab die Parole des „Lernens von der Armee“ aus. Die maoistische Führung weiß, warum sie auf die Armee setzt; sie selbst ist personell eng mit ihr verschmolzen; fast alle führenden Funktionen in Partei und Staat sind von hohen Offizieren besetzt.

So gesehen verwundert es nicht, daß der XI. Parteitag die drastische Erhöhung der Militärausgaben, die Anschaffung neuer Waffensysteme und Ausrüstungen beschloß und auch das zum

Tabelle 2

Wachstumsraten ausgewählter Produktionsgüterbranchen (1952—76)
 (Jahresdurchschnitt in %)

	1952—1960	1960—1965	1965—1976
Kohle	19,7	—4,7	7,0
Rohstahl	38,9	—7,7	4,8
Maschinenbau ^{a)}	30,3	—0,8	14,1 ^{c)}
Rohöl	37,1	14,4	20,6
Kunstdünger	37,8	24,7	16,3
Werkzeugmaschinen	14,3	2,4	7,5 ^{c)}
Traktoren (15 PS Einheiten)	— ^{b)}	6,9	18,9 ^{c)}
Schwerindustrie gesamt	27,5	—2,2	10,7 ^{c)}

a) auf der Basis von Indexwerten; b) Produktionsaufnahme erst 1958; c) 1966—1973

(Quelle: U. Menzel, Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells, Opladen 1978, S. 607)

Verfassung der VR China vom 5. 3. 1978

Die vom V. Nationalen Volkskongreß der VR China, der vom 26. 2. bis 5. 3. 1978 in Peking tagte, angenommene neue Verfassung löste die Verfassung des Jahres 1975 (erste Verfassung 1954) ab. Die von uns dokumentierten Ausschnitte aus der gültigen Verfassung veranschaulichen, inwieweit der Maoismus bzw. die Mao Tse-tung-Idee als Staatsdoktrin verankert ist: allein die Präambel beruft sich sechsmal namentlich auf sie (Hervorhebungen der Redaktion). Des weiteren sind die Stoßrichtung gegen die Sowjetunion („Sozialimperialismus“) sowie die Theorien der „Supermächte“ und „Drei Welten“ hier festgeschrieben. Andererseits wird das gleichzeitige Festhalten der chinesischen Führung am sozialistischen Anspruch, d. h. die Berufung auf die Diktatur des Proletariats, den Marxismus-Leninismus oder den proletarischen Internationalismus, illustriert. Die neue Verfassung fixiert schließlich sozialistische Eigentumsverhältnisse und demokratische Rechte der Werktätigen (Recht auf Arbeit, Bildung, Vereinigungsfreiheit oder Beschwerde) als gesellschaftliche Grundprinzipien der VR China, die im Sinne einer sozialistischen Perspektive verteidigungswürdige Errungenschaften bzw. Ansatzpunkte verkörpern.

PRÄAMBEL

Nach über 100 Jahren heldenhaften Kampfes hat das chinesische Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas mit dem Vorsitzenden **Mao Tse-tung**, unserem großen Führer und Lehrer, an der Spitze durch den revolutionären Volkskrieg schließlich die reaktionäre Herrschaft des Imperialismus, des Feudalismus und des bürokratischen Kapitalismus gestürzt, in der neudemokratischen Revolution vollständig gesiegt und im Jahre 1949 die Volksrepublik China errichtet.

Die Gründung der Volksrepublik China kennzeichnet den Beginn der Geschichtsperiode des Sozialismus in unserem Land. Seither haben die Volksmassen aller Nationalitäten unseres Landes unter der Führung des Vorsitzenden **Mao** und der Kommunistischen Partei Chinas auf den Gebieten Politik, Wirtschaft, Kultur, Militärwesen und Außenpolitik die proletarisch-revolutionäre Linie des Vorsitzenden **Mao** durchgeführt, und sie haben durch wiederholte Kämpfe gegen in- und ausländische Feinde und durch die Große Proletarische Kulturrevolution gewaltige Siege in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau errungen. Die Diktatur des Proletariats in unserem Land wurde gefestigt und gestärkt. China ist ein sozialistischer Staat mit beginnender Prosperität geworden.

Der Vorsitzende **Mao Tse-tung** ist der Gründer der Volksrepublik China. All unsere Siege in Revolution und Aufbau wurden unter der Anleitung des Marxismus-Leninismus und der **Mao-Tse-tung-Ideen** errungen. Das große Banner des Vorsitzenden **Mao** immer hochzuhalten und entschlossen zu verteidigen, das ist die grundlegende Garantie dafür, daß die Volksmassen aller Nationalitäten unseres Landes vereint kämpfen und die proletarische Revolution zu Ende führen.

Mit dem siegreichen Abschluß der ersten Großen Proletarischen Kulturrevolution sind die sozialistische Revolution und der sozialistische Aufbau unseres Landes in eine neue Etappe ihrer Entwicklung eingetreten. In Übereinstimmung mit der grundlegenden Linie der Kommunistischen Partei Chinas für die gesamte Geschichtsperiode des Sozialismus stellt sich dem chinesischen Volk in dieser neuen Etappe die allgemeine Aufgabe: Festhalten an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats, Entfaltung der drei großen revolutionären Bewegungen Klassenkampf, Produktionskampf und wissenschaftliches Experimentieren, Aufbau Chinas noch in diesem Jahrhundert zu einem großen und starken sozialistischen Land mit moderner Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung und Wissenschaft und Technik.

Es gilt, daran festzuhalten, daß das Proletariat gegen die Bourgeoisie kämpfen muß, daß wir für den sozialistischen Weg und gegen den kapitalistischen Weg kämpfen müssen. Wir müssen den Revisionismus bekämpfen und eine Restauration des Kapitalismus verhüten.(. . .)

Unser Staat wird nie nach Hegemonie trachten, nie eine Supermacht werden. Wir müssen den proletarischen Internationalismus hochhalten, entsprechend der **Theorie von den drei Welten** die Einheit mit dem Weltproletariat, den unterdrückten Völkern und den unterjochten Nationen, mit den sozialistischen Staaten und den Ländern der Dritten Welt stärken und uns mit allen Ländern, die der Aggression, Subversion, Intervention, Kontrolle und Schikane durch die **sozialimperialistische** und die imperialistische **Supermacht** ausgesetzt sind, zusammenschließen, damit eine breitestmögliche internationale Einheitsfront gegen den Hegemonismus der Supermächte und gegen einen neuen Weltkrieg gebildet wird, wir müssen für den Fortschritt und die Befreiung der Menschheit kämpfen.

KAPITEL I

Allgemeine Grundsätze

Artikel 1: Die Volksrepublik China ist ein sozialistischer Staat der Diktatur des Proletariats, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht.

Artikel 2: Die Kommunistische Partei Chinas ist der führende Kern des ganzen chinesischen Volkes. Die Arbeiterklasse führt den Staat



durch ihre Vorhut, die Kommunistische Partei Chinas.

Marxismus-Leninismus und **Mao-Tse-tung-Ideen** sind die Ideologie, von der sich die Volksrepublik China leiten läßt.

Artikel 3: Alle Macht in der Volksrepublik China gehört dem Volk. Die Organe, durch die das Volk die Staatsmacht ausübt, sind der Nationale Volkskongreß und die örtlichen Volkskongresse aller Ebenen. Der Nationale Volkskongreß, die örtlichen Volkskongresse aller Ebenen und die anderen Staatsorgane praktizieren den demokratischen Zentralismus. (. . .)

Artikel 5: Im gegenwärtigen Stadium bestehen in der Volksrepublik China hauptsächlich zwei Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln: das sozialistische Volkseigentum und das sozialistische Kollektiveigentum der werktätigen Massen. (. . .)

KAPITEL III

Grundrechte und Pflichten der Bürger

Artikel 45: Die Bürger genießen Freiheit der Rede, der Korrespondenz, der Publikation, der Versammlung, der Koalition, von Umzügen und Protestdemonstrationen sowie des Streiks und haben das Recht auf „freie Meinungsäußerung, freie Aussprache, große Debatten und das Anschlagen von Wandzeitungen“. (. . .)

Artikel 48: Die Bürger haben das Recht auf Arbeit. Um ihnen dieses Recht zu sichern, regelt der Staat nach dem Prinzip der einheitlichen Planung und der Berücksichtigung aller Seiten die Beschäftigung der Arbeitskräfte, erhöht auf der Grundlage der Entwicklung der Produktion schrittweise die Arbeitseinkommen, verbessert die Arbeitsbedingungen und den Arbeitsschutz und weitet die kollektive Wohlfahrt aus. (. . .)

Artikel 55: Die Bürger haben das Recht, vor jedem Staatsorgan beliebiger Ebene gegen jeden Mitarbeiter der Staatsorgane, der Betriebe und Institutionen wegen Rechtsbruch oder Vernachlässigung seiner Pflichten Klage zu führen; bei Verletzung ihrer Rechte haben sie das Recht, vor jedem Staatsorgan beliebiger Ebene Beschwerde zu führen. Niemand darf eine solche Klage oder eine solche Beschwerde unterdrücken oder dafür Vergeltung üben.

Artikel 56: Die Bürger müssen die Führung durch die Kommunistische Partei Chinas unterstützen, die sozialistische Gesellschaftsordnung unterstützen, die Vereinigung des Vaterlandes und die Einheit aller Nationalitäten sichern helfen sowie die Verfassung und die Gesetze einhalten.

Artikel 57: Die Bürger müssen das öffentliche Eigentum achten und schützen, die Arbeitsdisziplin einhalten, die öffentliche Ordnung wahren, die moralischen Verpflichtungen der Gesellschaft gegenüber respektieren und die Staatsgeheimnisse hüten.

Artikel 58: Es ist die erhabene Pflicht eines jeden Bürgers, das Vaterland zu schützen und jeder Aggression Widerstand zu leisten. (. . .)

(Quelle: Peking Rundschau, Nr. 11/21. 3. 1978)

Anlaß nahm, zum Sparen im sozialen Bereich aufzufordern. Schon bisher verschlang der in seiner Höhe geheimgehaltene Militäretat etwa 40 % der Staatsausgaben, wie ein Bericht der UNO-Abrüstungskommission feststellte.

Das antidemokratische Wesen des Maoismus rührte aus seiner Feindschaft gegenüber den Interessen der Arbeiterklasse und hatte in der Zerschlagung aller politischen Institutionen in der „Kulturrevolution“ (1965—1969) seinen Höhepunkt gefunden. Auf dem V. Volkskongreß machte Hua Guo-feng zwar schöne Worte über den Beginn der sozialistischen Demokratie, aber die Praxis sieht nach wie vor ganz anders aus.

Wichtiger Gradmesser für die Entwicklung der sozialistischen Demokratie ist das Leben der marxistischen Partei. Auch die Jahre nach der „Kulturrevolution“ hatten sich in dieser Beziehung vorwiegend durch die Umgehung oder Auflösung gewählter Gremien und undurchsichtige Machtkämpfe hinter den Kulissen gekennzeichnet.

Nach Maos Tod wurden einige seiner engsten Vertrauten — die sog. „Viererbande“ — verhaftet, zunächst ein Kreis von etwa 30 Spitzenfunktionären, dann aber noch zahlreiche weitere Personen. Einen Tag vor diesem Ereignis, am 5. Oktober 1976, war

den XI. Parteitag offiziell beendet werden. Auch von dieser Zusammenkunft ist nicht bekannt, ob ihr irgendwelche richtungweisende Entscheidungen, z.B. bezüglich eines Fünfjahresplans, ermöglicht wurden. Sie hatte vielmehr den Zweck, die inzwischen eingesetzte neue Führung auch formal abzusegnen. Inzwischen ist die maoistische Führung zwar zu einigen geregelten Formen des Parteilebens (wenigstens zeitweilig) zurückgekehrt, aber hauptsächlich deswegen, weil die Opponenten der letzten Jahre geschlagen, die Rechte der Mitglieder und Parteiorganisationen statuarisch auf ein Minimum beschränkt und die Ideen Maos die verpflichtende Grundlage sind.

Eigenartige „Demokratie“

Die seit 1978 gültige **Verfassung** (Auszüge siehe Kasten) ist, ähnlich wie das Statut des XI. Parteitags, Ausdruck des Bemühens der maoistischen Führung, die Tätigkeit auf allen Gebieten nach den Wirren der letzten Jahre wieder „in geregelteren Bahnen“ zu entfalten, wie es Yeh Chien-ying, der stellvertretende Parteivorsitzende, ausdrückte.⁵



Wandzeitung gegen die sog. „Viererbande“ (l.); Wandgemälde in Shanghai, das den neuen „langen Marsch“ der Modernisierung glorifiziert: „Jede Minute, jede Sekunde nutzen, um ins Jahr 2000 voranzuschreiten.“

Hua Guo-feng zum Parteivorsitzenden ernannt worden. Diesen Beschluß faßte allerdings nicht das Zentralkomitee, sondern ein als Politbüro bezeichnetes Gremium, das allerdings nur zu geringen Teilen aus tatsächlich gewählten Politbüro-Mitgliedern bestand und durch hohe Offiziere, namentlich die Kommandeure der meisten Militärbereiche und der drei großen Städte Peking, Shanghai und Kanton, aufgefüllt worden war.

Wieder vollzog sich die Auseinandersetzung ohne jegliche demokratische Legitimation und ohne geregelte Verfahrensweise innerparteilicher Entscheidungsfindung. Man beann sofort, um Hua Guo-feng einen Mao-ähnlichen Personenkult zu entwickeln.

Im August 1977, wieder sozusagen vorfristig (der X. Parteitag hatte im August 1973 in geheimnistuerischer Konspiration stattgefunden), fand dann der XI. Parteitag der KP Chinas statt. Obwohl offiziell behauptet wurde, seine 1510 Delegierten seien „gewählt“ worden, muß man das entschieden bezweifeln; denn zwischen Einberufen und Stattfinden des Parteitags lagen nur sechs (!) Wochen. Auch diesem Parteitag waren keine Konferenzen der unteren Parteigremien vorangegangen, und nur drei Zentralkomitee-Tagungen, wieder einschließlich der konstituierenden, hatte es in vier Jahren gegeben.

Im Grunde hatte schlicht eine Art Militärputsch stattgefunden, und die ihm folgende Periode großer Unsicherheit sollte durch

Im Klartext heißt das Durchsetzung des Maoismus in geregelten Bahnen und unter Vermeidung größter Massenkampagnen. Zwar verspricht die Verfassung auch einige abstrakte Rechte („freie Meinungsäußerungen“, „große Debatten“, „Anschlagen von Wandzeitungen“), aber aus der Zeit der „Kulturrevolution“ überlieferten Phrasen, die es auch im Parteistatut gibt, sind von den jeweils herrschenden Kräften in der maoistischen Führung immer zur demokratischen Bemäntelung ihres Kampfes um die alleinige Macht benutzt worden und dienen auch heute noch keinem anderen Zweck. Werden diese Rechte von anderer Seite einmal zu anderen Zwecken gebraucht, „vergißt“ die Führung ihre Existenz sehr rasch; das war der Fall, als im Januar 1979 Bauern in Peking für die Aufbesserung ihres ärmlichen Lebensstandards demonstrierten. Ihre Forderungen verhallten ungehört. Das war auch der Fall, als einen Monat später in Peking Wandzeitungen die chinesische Aggression auf Vietnam empört verurteilten. Ihre Anbringung wurde verboten. Aber hier drängt sich eine weitergehende Fragestellung auf: Was für eine sozialistische Demokratie wäre es denn, in der Bauern gegen ihre soziale Entrechtung demonstrieren, Arbeiter für höhere Löhne streiken, Wandzeitungen gegen eine großmachtchauvinistische Aggression der Staatsführung protestieren „dürfen“? Eine sehr eigenartige sozialistische Demokratie müßte das sein.

Muß man nicht viel mehr sagen: In einer wirklichen sozialistischen Demokratie gibt es keine soziale Entrechtung der Bauern mehr, sondern genießen diese weitgehende soziale und demokratische Freiheiten und bedürfen keiner Demonstrationen, die in Wahrheit nur ihre tatsächliche Rechtlosigkeit offenbaren. In einer wirklichen sozialistischen Demokratie steigen die Einkommen der Arbeiter kontinuierlich und haben ihre Gewerkschaften so weitgehende Befugnisse, daß es sich erübrigt, gegen irgendjemanden streiken zu müssen. In einer wirklichen sozialistischen Demokratie gibt es keine Aggressionskriege mehr, in denen die Arbeiter- und Bauernsöhne des Landes als Kanonenfutter verheizt und die Rechte des Nachbarvolkes mit Füßen getreten werden, sondern gibt es eine vom breiten Bevölkerungswillen getragene Friedenspolitik und erübrigen sich deswegen auch antimilitaristische Wandzeitungen gegen die eigene Führung. Die derzeit gültige Verfassung der VR China hat außerdem — wohl einmalig in der Welt — unter der demagogischen Formel vom Kampf gegen die „Supermächte“ den Antisowjetismus zur Staatsdoktrin gemacht und alle Maßnahmen des Staates diesem Ziel untergeordnet.

So wird bei einem Blick hinter die Kulissen das scheindemokratische Gebaren des Maoismus entlarvt und sein wahrer Charakter, nämlich der einer militärbürokratischen Diktatur gegen die Mehrheit der Bevölkerung, der Arbeiter und Bauern, deutlich.

China — noch sozialistisch?

Während in den großen Städten Chinas arme Bauern und jugendliche Arbeitslose zu Tausenden demonstrierten, schickte die Pekinger Führung ihre Armee, die immer noch „Volksbefreiungsarmee“ heißt, gegen das sozialistische Vietnam ins Feld. Damit werden wir aufmerksam gemacht auf eine weitere unverzichtbare Eigenschaft des Sozialismus, die diesem merkwürdigen chinesischen „Modell“ gänzlich fehlt: der Frieden. Auf einer Solidaritätskundgebung für Vietnam setzte sich auch Georges Marchais, Generalsekretär der KP Frankreichs, mit dieser Frage auseinander. Ein etwas ausführlicheres Zitat sei gestattet:

„Natürlich hat die in der Geschichte einmalige Situation, daß ein der ökonomischen und sozialen Struktur nach sozialistisches Land ein anderes überfällt, . . . eine breite Kampagne ausgelöst, die gegen die Idee des Sozialismus selbst gerichtet ist. Man macht es sich sehr leicht: Zwei sozialistische Länder sind im Krieg, Marx hat vorausgesagt, daß der Sozialismus den Krieg ausmerzt. Also hat sich Marx geirrt und seine Lehre ist nichts wert. Es gehört schon zu den Traditionen des ideologischen Kampfes der Bourgeoisie, in bestimmten Abständen den Bankrott des Marxismus zu verkünden.“

Sobald im Marxismus eine Schwierigkeit auftaucht, ein Rückschritt zu verzeichnen ist, ein Fehler gemacht wird, beeilen sich diese Herren, lauthals zu verkünden: diesmal ist Marx aber nun endgültig tot. Doch die Geschichte geht weiter, Veränderungen vollziehen sich, Fakten sammeln sich an — und geben dem wissenschaftlichen Sozialismus recht. Wie oft hätte sich Marx geirrt, wollte man auf diese Herren hören. Marx habe sich geirrt, als er vom Klassenkampf sprach, denn jeder wisse ja, daß der Kampf der Klassen, daß der Kapitalismus, ja das Kapital selbst nur eine Erfindung der Kommunisten seien, nur in ihren Köpfen existieren. Heute, angesichts der chinesischen Aggression, schlage erneut die letzte Stunde für den Sozialismus. Der Sozialismus bedeute Krieg, Kapitalismus dagegen Frieden. Welche Umkehrung der Rollen, welche Verachtung für die elementarsten Realitäten, die beweisen, daß in der Welt von heute der Kapitalismus und nur der Kapitalismus Quelle der Konflikte ist, die unermessliche Leiden und Zerstörungen für die Menschheit bringen. Wahrhaftig, der Sozialismus, das ist der Frieden, nichts liegt seiner Natur ferner als der Griff zu den Waffen, um bestehende Differenzen zu regeln.

Der Aufbau des Sozialismus ist ein komplizierter, widerspruchsvoller Prozeß, der nicht gefeit ist gegen menschliche Irr-

tümer. Sind der Sozialismus oder der Kommunismus schuld daran? Natürlich nicht. Es zeigt sich tatsächlich: Nicht der Sozialismus ist schuld an dem Drama, das sich heute in Vietnam abspielt — sondern seine Unreife in der Volksrepublik China. Nicht ein ‚Zuviel‘ an Sozialismus kann die chinesische Aggression erklären, sondern seine dramatische Unzulänglichkeit.“⁶

Ich will versuchen, zusammenzufassen: China ist, das dürfte klar geworden sein, kein „Sozialismusmodell“. Ist China überhaupt noch ein sozialistisches Land?

Diese Frage gehört zu denen, die gegenwärtig weder eindeutig mit Ja noch mit Nein zu beantworten sind, weil es sich um einen Entwicklungsprozeß handelt, der noch nicht zu einem endgültigen Abschluß in dieser oder jener Richtung gekommen ist.

Bisher besteht in China immer noch gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln — es hat, anders als beispielsweise in Ägypten, keine Rekapitalisierung stattgefunden. Aber das alleine reicht zur Charakterisierung nicht aus. Unter Beibehaltung und Ausnützung dieses gesellschaftlichen Eigentums wurden die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündete Bauernschaft von der Machtausübung verdrängt, ihrer bereits errungenen politischen und sozialen Rechte beraubt, wurden die Prinzipien des Aufbaus des Sozialismus nicht etwa nur den besonderen nationalen chinesischen Bedingungen angepaßt, sondern überhaupt liquidiert und durch andere, antimarxistische ersetzt.

Der Träger dieses Kurses war eine kleinbürgerlich-nationalistische Strömung unter Führung Mao Tse-tungs, die auf der Grundlage einer relativ rückständigen Sozialstruktur, einer wenig entwickelten Klassenpolarisierung, besonders einer schwachen und unerfahrenen Arbeiterklasse und anknüpfend an alte nationalistische Traditionen in China ihren Kurs nach und nach durchsetzte und den Sinn des Sozialismus in sein Gegenteil verkehrte — bei gleichzeitigem Festhalten am Anspruch, den wahren Sozialismus zu vertreten.

Der Sinn des Sozialismus ist die immer bessere Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen auf der Basis einer von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Gesellschaft. Doch die Ziele des Maoismus waren und sind bis zum heutigen Tag andere: die Verwirklichung eines tief in rückständigen Traditionen wurzelnden Großmachtchauvinismus, der sowohl über die objektiven Interessen der chinesischen Werktätigen als auch die Interessen der fortschrittlichen Kräfte in aller Welt brutal hinweggeht, ja ihnen offen und systematisch entgegenarbeitet. Chinas Politik ist heute nicht mehr sozialistisch und antiimperialistisch, sondern antisozialistisch, antisowjetisch und proimperialistisch. Angesichts der immer noch weiter wachsenden Aggressivität dieses maoistischen Kurses muß man, was die zukünftige Entwicklung Chinas anbetrifft, durchaus sehr besorgt sein, d. h. eine völlige Liquidierung auch der letzten noch verbliebenen Er rungenschaft der chinesischen Werktätigen aus der Revolution von 1949 ist nicht auszuschließen; mit der Auflösung der durch gesellschaftliches Produktionsmitteleigentum gekennzeichneten sozialökonomischen Basis wäre dieser Schritt eingeleitet.

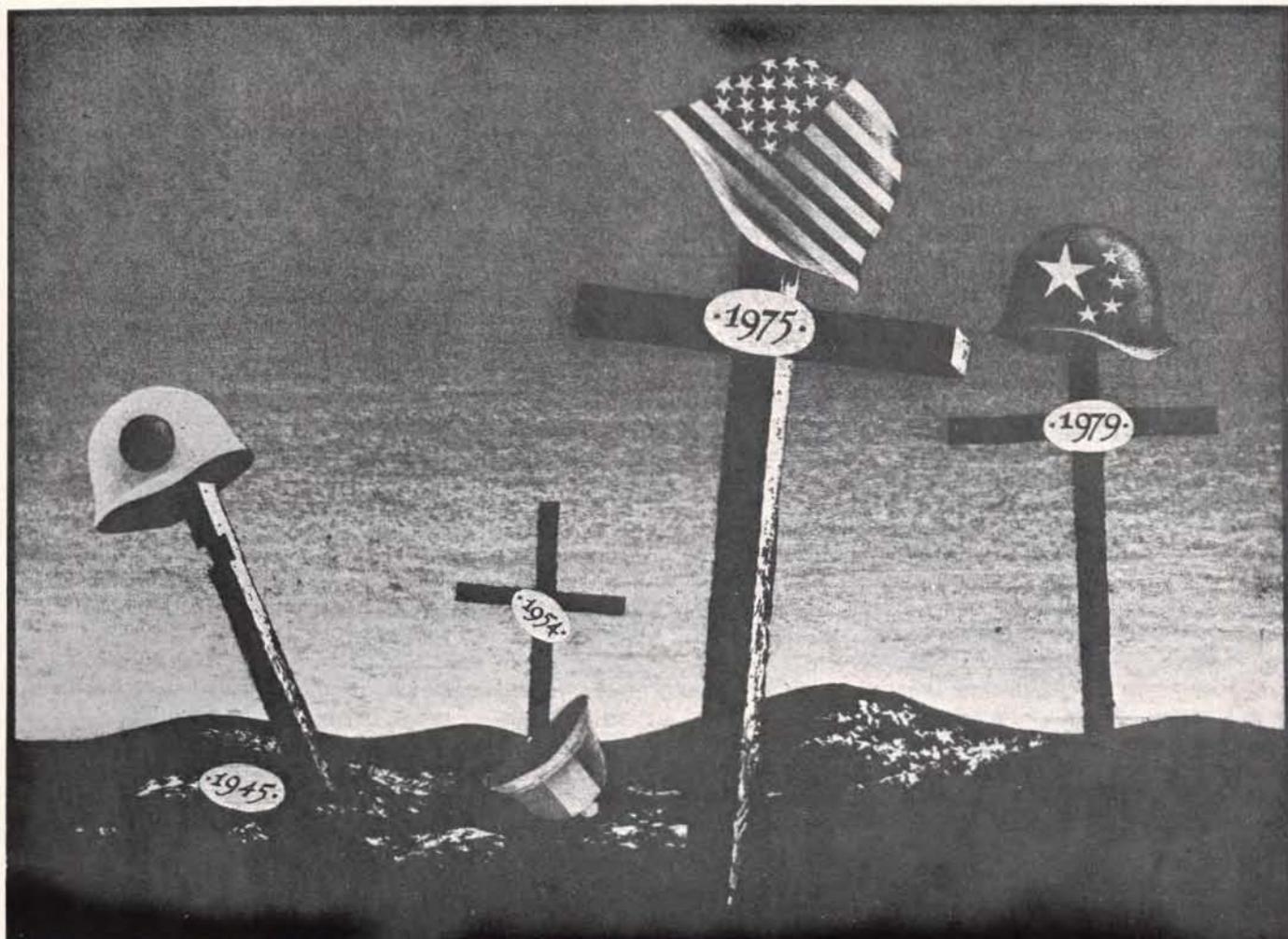
Es bleibt abzuwarten, inwiefern die unter der derzeitigen maoistischen Führung verstärkte „Westwendung“ diese Gefahren heraufbeschwört, beispielsweise durch Zulassung von imperialistischer Beteiligung an chinesischem Produktionsmitteleigentum. Die Alternative kann nur lauten: Rehabilitierung der sozialistischen Prinzipien, wie sie in jedem Sozialismus gelten. Davon ist China heute weit entfernt.

Anmerkungen:

- 1) Siehe VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, 3 Bde, Peking 1956. Sie enthalten Referate, Beschlüsse, Diskussionsbeiträge und Grußansprachen.
- 2) Zitate alle nach den Dokumenten des XI. Parteitags, in: Peking Rundschau, Nr. 35—36/1977 und des Nationalen Volkskongresses, in: ebenda, Nr. 10—11/1978
- 3) Peking Rundschau, Nr. 1/1977, S. 10 f. Jetzt auch im 5. Band der Pekinger Mao-Ausgabe, 1978.
- 4) China aktuell, Februar 1978, S. 20 f.
- 5) Peking Rundschau, 11/21. 3. 1978, S. 29
- 6) Voller Wortlaut in: Neues Deutschland, Berlin, 3./4. 3. 1979

Günter Ritter

Lektion für wen?



Vietnam — Friedhof der Aggressoren (Japan, Frankreich, USA, China)

Kollage W. Laube

Am 17. Februar 1979 gab die chinesische Führung ihren Truppen den Befehl, „Vietnam das Großmaul zu stopfen, ihm eine Lektion zu erteilen.“ Am 5. März d. J. sah sich Peking gezwungen, den Rückzug seiner Aggressionseinheiten zu verkünden. Daß auch heute noch chinesische Soldaten auf vietnamesischem Boden stehen (siehe SRV-Note vom 27. März), schmälert nicht die Bedeutung des historischen Sieges, den das vietnamesische Volk gegen die chinesischen Aggressoren errungen hat. Vielmehr macht diese Tatsache endgültig und in aller Schärfe die Motive und Ziele deutlich, die dem chinesischen Angriff zugrunde lagen.

Keineswegs handelte es sich nämlich um eine „Strafexpedition“ und um eine „begrenzte Aktion“, wie die maoistischen Führer der Weltöffentlichkeit weismachen wollten. Die wirklichen Absichten der Großmachtchauvinisten in Peking erläuterte Xuan Thuy, der Sekretär des Zentralkomitees der KP Vietnams, in einem Interview mit einem westdeutschen Journalisten: „Es war Pekings Ziel, Teile Vietnams zu besetzen und unsere Armee entscheidend zu schwächen. Zweitens wollten sie unsere Wirtschaft schwächen und zerstören. Drittens glaubten sie so, uns politisch unter Druck setzen und zur Kapitulation zwingen zu können.“¹

Von diesen Kriegszielen muß man ausgehen, will man eine Zwischenbilanz (eine endgültige Bilanz ist erst möglich, wenn der letzte chinesische Soldat Vietnam verlassen und ein Verhand-

lungsprozeß Ergebnisse gezeitigt hat!) der chinesischen Aggression und ihrer Folgen erstellen.

In einem Artikel, in dem „Mutmaßungen über den Fortgang der chinesisch-vietnamesischen Auseinandersetzungen“ angestellt werden, schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) über die „Motive Pekings“: „Wiederholt hat die chinesische Führung verkündet, man wolle den Mythos der Unbesiegbarkeit der vietnamesischen Armee zerstören und Hanoi eine ‚Lektion‘ erteilen.“²

Kriegsziel Pekings verfehlt

Diese Kriegsziel wurde gründlich verfehlt, denn obwohl auf vietnamesischer Seite noch eine Woche nach Beginn der Aggression lediglich lokale und regionale Verteidigungseinheiten (Grenztruppen sowie Selbstschutzeinheiten der Betriebe und Staatsfarmen) eingesetzt wurden, machten sie in dieser Zeit 16000 Chinesen kampfunfähig und vernichteten 160 Panzer und Armeefahrzeuge. Bis heute sind die chinesischen Verluste auf über 50000 Mann angewachsen.³

Vietnamesische Soldaten erbeuteten Dokumente des regionalen Generalstabs des 41. chinesischen Armeekorps, u. a. auch am 17. Februar ausgestellte Marschbefehle, die als Ziel die Einnahme der Stadt Dong Dang am 21. Februar vorsahen. Diese Stadt

war 14 Tage nach Beginn der Aggression noch immer umkämpft . . .

Die Ankündigung des Rückzuges der Angreifer am 5. März ist somit auch keineswegs auf den „guten Willen“ der Pekinger Führung zurückzuführen, sondern ein Eingeständnis der in Vietnam erlittenen militärischen Niederlage. Sie wird in einem in der chinesischen Hauptstadt kursierenden Geheimpapier auch zugegeben. In China selbst kam es zu beachtlichen Protestbekundungen gegen die Pekinger Invasion, wie u. a. die Erklärung einer geheimen Arbeiterallianz Chinas zeigt.

Der Korrespondent des amerikanischen Wall Street Journal zog in seinem Kommentar ein sehr drastisches Fazit der chinesischen Aggression: „China ist aus diesem Krieg mit ramponiertem Ansehen und blutender Nase hervorgegangen.“

Diese Einschätzung verliert auch nicht ihre Gültigkeit durch die Tatsache, daß noch immer nicht alle Aggressoren Vietnam verlassen haben, denn eines ist sicher: Das vietnamesische Volk wird solange weiterkämpfen, bis seine Souveränität und territoriale Integrität vollständig wiederhergestellt sind.

Das zweite Ziel der chinesischen Aggression bestand darin, den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus auf einer starken wirtschaftlichen Basis in Vietnam zu verhindern. Dieser Versuch begann mit der Streichung der chinesischen Wirtschaftshilfe für Vietnam und wurde in skrupelloser Weise fortgesetzt, als im Sommer 1978 4,1 Mio Menschen direkt von den Folgen einer der schlimmsten Hochwasserkatastrophen in der Geschichte des Landes betroffen waren.

Zu diesem Zeitpunkt inszenierten die Pekinger Führer die Abwanderung zehntausender von Hoas und stachelten das verbündete Pol Pot/Ieng Sary-Regime in Kampuchea zu immer dreisteren Provokationen an (vgl. dazu Dokumente und Analysen speziell in AIB 4, 10 und 11—12/1978), um die vietnamesische Wirtschaft — und hier besonders die Versorgung der Bevölkerung — lahmzulegen. Damals beurteilte Tran Doan, Mitglied des Präsidiums der Vaterländischen Front Vietnams, die Lage folgendermaßen: „Gegenwärtig sieht sich Vietnam zwei Feinden gegenüber: der chauvinistischen Politik der Pekinger Führer und den Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe. Es scheint fast, als hätten sich diese beiden Gegner verbündet, um uns ernsthaftes Schwierigkeiten bei unserem Aufbau zu machen.“⁴

Die Taktik der „verbrannten Erde“

Nachdem diese Methoden nicht zum gewünschten Erfolg führten, sahen die Maoisten in einem direkten militärischen Angriff u. a. auch die Möglichkeit, Vietnams Wirtschaft damit entscheidend zu schwächen. So stellt denn auch die FAZ am 19. 3. 1979 fest, daß „die chinesische Militäraktion nicht zuletzt den Zweck gehabt haben (dürfte), zivile Ressourcen mittelfristig in den militärischen Bereich umzuleiten.“

Als die Aggressoren einsehen mußten, daß ihr militärisches Abenteuer gescheitert war, entdeckten sie eine weitere Methode, dem vietnamesischen Volk Schwierigkeiten zu bereiten: Sie praktizierten auf ihrem Rückzug eine Politik der „verbrannten Erde“, d. h. sie vernichteten und plünderten alles, dessen sie habhaft werden konnten. Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude, Fabriken, Straßen, Brücken, Eisenbahnstrecken, nichts ließen die Invasoren auf ihrem Rückzug unzerstört. Hinzu kommen die Verbrechen, die sie gegen Leben und Gesundheit der Bevölkerung begingen.

Aber die Vietnamesen ließen sich auch so nicht einschüchtern: Überall im Grenzgebiet sind die Wiederaufbau- und Aufräumarbeiten im vollen Gang. Zunächst werden die Verkehrsverbindungen wiederhergestellt, bis zum Beginn der Regenzeit müssen vor allem die Fähren und Brücken über die Gebirgsflüsse betriebsbereit sein.

In der Landwirtschaft entstanden durch den Krieg 30 Tage Zeitverlust bei der Bearbeitung der Reisfelder. Um die Reisernte im Mai noch einfahren zu können, beschloß das Volkskomitee der

Grenzprovinz Cao Bang, alle eintreffenden Brigaden von Freiwilligen aus dem ganzen Land zunächst auf den Reisfeldern einzusetzen. In der Industrie ist die Wiederherstellung der total zerstörten Kraft- und Wasserwerke vordringlich; eine Reparatur ist nicht mehr möglich. Wenn die dringendsten Probleme des Verkehrs, der Ernte, der Strom- und Wasserversorgung gelöst sind, werden zunächst die Schulen, Krankenhäuser und Markthallen wiederaufgebaut, bevor man sich schließlich der Bereitstellung von genügend Wohnraum widmen kann.

Welche Opfer die Vietnamesen für die Verteidigung ihrer Unabhängigkeit zu bringen bereit sind, kommt darin zum Ausdruck, daß sie nunmehr 10 Stunden am Tag arbeiten, 8 Stunden für die Produktion, 2 Stunden für die tägliche militärische Ausbildung.

Wirtschaftliche Probleme hat die chinesische Aggression also sicherlich bewirkt, Chaos oder gar einen wirtschaftlichen Zusammenbruch Vietnams hat sie jedoch nicht erreicht.

„Vietnam ist kein Büffel, der sich von Peking ins Joch spannen läßt!“ Mit diesen Worten verlieh ein junger vietnamesischer Soldat der Stimmung Ausdruck, die überall im Land in diesen Tagen herrscht. Es ist den Menschen in Vietnam vollkommen klar, warum die Pekinger Führer ihrem Land so feindselig gegenüberstehen: Seit Jahren versuchen die Maoisten, Vietnam von seinem unabhängigen Kurs zu drängen und ins Kielwasser der chinesischen Großmachtspolitik zu bugsieren.⁵

Bislang ist dieser Versuch gescheitert, aber Vietnam gibt sich nicht der Illusion hin, daß die chinesische Führung ihre Ziele fallen gelassen hat. Das Verhandlungsangebot der Regierung der SRV vom 15. 3. 1979 beantwortete Peking damit, daß es zunächst so tat, als sei es mit Verhandlungen einverstanden. Dann wurde bekannt, daß chinesische Soldaten damit begonnen haben, Grenzpfähle an mehreren Stellen tief in vietnamesisches Territorium zu verlegen. Gleichzeitig drohte Peking mit einem neuen „Gegenschlag“, falls Vietnam „seine bewaffneten Provokationen an der Grenze“ nicht einstelle.

Diese Argumentation ist zynisch, denn sie droht Vietnam mit einer neuerlichen Aggression, falls die Vietnamesen es wagen sollten, den von den Chinesen mit militärischer Gewalt geschaffenen Grenzverlauf nicht zu akzeptieren.

Sehr ernst zu nehmen sind auch die Unterstützungsmaßnahmen Pekings für die im Untergrund gegen die legale Regierung Kampuchees tätigen Anhänger der Pol Pot-Clique sowie die massive Bedrohung von Laos. Seit Februar/März d. J. werden an der chinesisch-laotischen Grenze Truppen zusammengezogen, parallel dazu Sabotagegruppen und Spione nach Laos eingeschleust. Außerdem betätigen sich die im Lande befindlichen chinesischen Straßenbauer, die die laotische Ausreisepolizei ignorieren, als Truppen zur Aushebung militärischer Schützengräben u. a. m.. Alle Proteste der laotischen Regierung übergibt die Führung Pekings.

So heißt es denn auch folgerichtig in einem Leitartikel von Nhan Dan: „Angesichts dieser Situation dürfen unser Volk und seine Streitkräfte die Wachsamkeit nicht vernachlässigen . . . Unsere traditionellen Feinde, die Pekinger Machthaber, verzichten trotz schwerer Niederlagen nicht auf ihre Aggressionsziele. Sie warten auf jede Minute, in der unsere Wachsamkeit und unser Kampfgeist nachlassen könnte. Unsere ganze Bevölkerung und die Streitkräfte, von der ersten Frontlinie in der Provinz bis zum Hinterland unseres ganzen Staates, werden ihnen jedoch dazu keine Gelegenheit geben. Wir sind bereit, so lange zu kämpfen, bis der letzte chinesische Aggressor von unserem Territorium vertrieben ist, und wachsam zu bleiben, daß keiner wieder in unser Land einfallen kann.“⁶

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Unsere Zeit, 26. 3. 1979
- 2) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 27. 3. 1979
- 3) Chinese Aggression against Vietnam, Hanoi 1979, S. 57 und Die Neue, 10. 3. 1979
- 4) Zit. nach: Horizont, Berlin, Nr. 51/1978
- 5) Vgl. AIB 4/1979, S. 4—17
- 6) Nhan, Dan, Hanoi, 7. 3. 1979

Interview mit Mustafa Danesch

Chance der islamischen Republik



Die auch nach dem iranischen Volkssieg vom 11. Februar 1979 hierzulande weitergesponnene Legende vom angeblichen „Zurück ins Mittelalter“ bleibt uns sicherlich auch nach dem Referendum für eine islamische Republik erhalten. Wie unser Interview mit Mustafa Danesch, Sprecher des Iran-Solidaritätskomitees in der Bundesrepublik, verdeutlicht, steht die iranische Revolution real vor ganz anderen, auch nach dem Votum des 31. März noch zahlreichen ungelösten Aufgaben. Die Interventions- und Putschgelüste seitens imperialistischer und Armeekreise sind hierbei die Hauptursache. Die demgegenüber von westlichen Berichterstattern hochgespielten, gewissermaßen Neben-Vorkommnisse wie die Aburteilung führender Gewaltverbrecher der Schah-Diktatur, die Autonomie-Bestreben der Kurden u. a. nationaler Minderheiten oder das Problem der Frauenrechte aber beherrschen dessen ungeachtet die Schlagzeilen. Ihr gemeinsamer Tenor: Unter der grünen Fahne des Islam treibe die iranische Revolution zurück in die „Zeit der Finsternis“.

AIB: Am 30. und 31. März dieses Jahres hatte das iranische Volk darüber zu entscheiden, ob es in dem ausgeschriebenen Referendum für eine islamische Republik stimmt. Wie beurteilen Sie dieses Referendum?

M. DANESCH: Eingangs möchte ich betonen, daß dieses Referendum ein bedeutender Einschnitt in der iranischen Geschichte ist. Verfolgen wir die letzten Jahrzehnte, ja sogar Jahrhunderte, so erduldet das iranische Volk in dieser Zeit bis auf wenige kurze historische Augenblicke despotische, monarchistische Herrschaftsformen. Als Beispiel möchte ich hier nur erwähnen: Nasser-ed-Din-Schah, der 1890 das Tabakmonopol an den britischen Kolonialismus verschleuderte, um seine Verschwendungssucht zu befriedigen; da sei genannt Reza Schah, der Vater des vor wenigen Wochen gestürzten Schah, der das Erdöl an den britischen Imperialismus verschacherte und zeitweilig mit den Nazis kollaborierte; genannt sei dann zum Schluß der scheinbar so allmächtige Herrscher auf dem Pfauenthron, Schah Reza Pahlewi, der das Land dem US-Imperialismus verkaufte.

Die Geschichte des Iran war also eine Geschichte der Despotie, die dem iranischen Volk ökonomischen Ausverkauf und politische Abhängigkeit von Kolonialisten und Imperialisten und brutale Unterdrückung demokratischer Rechte nach innen „einbrachte“.

Der letzte dieser Despoten wurde vom Volke gestürzt. Die Basis dieses Sturzes war eine breite Massenbewegung, die das gesamte iranische Volk umfaßte und alle politischen Richtungen einschloß.

In dem Referendum, das Sie ansprachen, haben über 99 % für die islamische Republik und damit für die Revolution und gegen die Monarchie gestimmt. Damit ist zum einen die besonders in der Bundesrepublik verbreitete Propaganda widerlegt, die demokratische Bewegung gegen das Schah-Regime sei das Werk einiger weniger „religiöser Fanatiker“ und „linksextremisti-

scher Elemente“ gewesen. Beweisen nicht die 60000 Toten der Revolution im vergangene Jahr, beweisen nicht die Massendemonstrationen und vor wenigen Tagen die über 99 % der Stimmen gegen den Schah, daß hier das gesamte iranische Volk einig den Diktator gestürzt, die Revolution durchgeführt und sie befürwortet hat?

AIB: Vor und nach dem Volkssieg im Februar d. J. weissagte man hierzulande in den Massenmedien — so z. B. im Spiegel oder reihenweisen Fernsehberichten —, der Iran versinke nun zurück ins finstere Mittelalter . . .

M. DANESCH: In der Tat lesen wir in den letzten Wochen und Monaten konstant in den Medien der Bundesrepublik, einige „reaktionäre Mullahs“ wollten das Land zurück ins „Mittelalter“ zerren. Ich möchte die Journalisten, die dies schrieben, fragen, ob im Referendum vom 30./31. März d. J. das gesamte iranische Volk für das „Mittelalter“ und eine „neue Despotie“ gestimmt hat?

Mit der jetzt auch durch den Wahlgang vollzogenen Beseitigung der Diktaturherrschaft wird dem Volk vielmehr endlich die Möglichkeit eröffnet, seine in den Kämpfen gegen das Schah-Regime immer wieder geforderten demokratischen und sozialen Rechte wahrzunehmen und durchzusetzen. Das ist gerade das Moment, das alle demokratischen und fortschrittlichen politischen Strömungen des Landes bei diesem Referendum unterstreichen.

Islamische Republik, das ist also die greifbare Chance zur Demokratie!

Offensive Wahrnehmung der Frauenrechte

AIB: In den letzten Wochen demonstrierten Zehntausende von Frauen auf den Straßen Teherans. Gefährdet die islamische Republik die Rechte der Frauen?

M. DANESCH: Sicherlich gibt es im Iran einige Leute, darunter vielleicht ein paar Geistliche, die den Frauen ihre Rechte beschneiden wollen. Das ist jedoch eine verschwindend geringe Minderheit.

Gerade die fortschrittliche Geistlichkeit, darunter vor allem auch Ayatollah Khomeini, anerkennt die demokratischen und sozialen Rechte der Frauen. Das haben sie auch mehrmals und öffentlich verkündet, auch wenn dies die Presse der Bundesrepublik verschweigt.

Die demokratischen Kräfte des Landes haben gerade bei den Frauen eine starke Basis, die in den Jahren der Diktatur entschieden gegen das Schah-Regime kämpften. Dieses Regime oktroyierte den Frauen eine imperialistische „Kultur“ auf, die sie ablehnten. Der Schah wollte es den Frauen aufzwingen, ähnliche Verkaufs- und Sexualobjekte zu werden, wie es ihnen von dem importierten amerikanischen Warenfetischismus und seiner abstoßenden Lebensmoral täglich als „Beispiel“ vorexerziert wurde. Äußerliches Zeichen dieses Imports war vielfach

„westliche Kleidung“.

Die Frauen wehrten sich gegen diese Vergewaltigung durch das Schah-Regime, und ihr Festhalten am traditionellen Schleier (Schadur) wurde damit zu einem wichtigen Teil und Symbol des Kampfes gegen das Schah-Regime. Die Frauen waren nicht nur einer der entscheidenden Träger der demokratischen Bewegung, sondern sie stimmten auch in übergroßer Zahl für die islamische Republik und damit für die Möglichkeit, nach den Jahren der Diktatur ihre sozialen und demokratischen Rechte zu fordern.

Nun haben sie die Möglichkeit, sich zu organisieren und, wenn notwendig, zu demonstrieren. Zeigen also nicht gerade die Demonstrationen, wie gewaltig der Unterschied zur Schah-Diktatur ist, in der jede demokratische Regung zusammengeschnitten wurde? Indem die Frauen ihre demokratischen Rechte offensiv wahrnehmen, verteidigen sie die demokratischen Rechte des gesamten Volkes und werden so zu einem wichtigen Träger der demokratischen Entwicklung des Iran.

AIB: Sehen Sie im Iran noch eine konterrevolutionäre Basis auch für eine indirekte US-Intervention?

M. DANESCH: Ja, diese Basis existiert noch. Das Schah-Regime stützte sich auf zwei Säulen, die Armee und die Geheimpolizei SAVAK, als Unterdrückungsinstrumente. Die alten, noch vom Schah-Regime erdachten und aufgebauten Strukturen der Armee bestehen noch weiter. In einer ganzen Reihe von wichtigen Funktionen sitzen noch Elemente, die von der Zeit unter dem Schah träumen und das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen.

Schah-Elemente entfernen

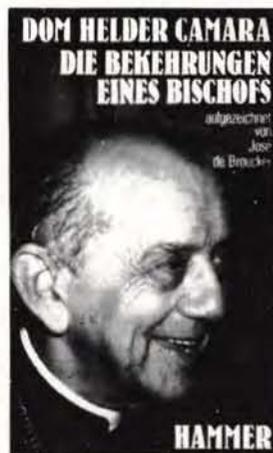
Diese Elemente gilt es aus der Armee zu entfernen und zu bestrafen, die Armee muß endliche eine Armee des Volkes werden. Ähnliches gilt für den SAVAK. Mit der Erstürmung einiger SAVAK-Hauptquartiere und der Verurteilung und Hinrichtung des Heydrich des Iran, des Ex-SAVAK-Chefs General Nassiri, ist noch nicht die Organisation zerschlagen, die in ihrer Blütezeit mehr als hunderttausend aktive Agenten umfaßte und vom CIA und dem israelischen Geheimdienst Mossad zu einem der brutalsten Geheimdienste aufgebaut worden war. Im Interesse einer demokratischen Entwicklung des Landes ist es notwendig, diese Verbrecherorganisation endgültig zu zerschlagen. Hintergrund einer möglichen konterrevolutionären Entwicklung des Iran sind nicht nur die zitierten Äußerungen der beiden US-Politiker, sondern auch die Fakten, die die USA in der Region des Mittleren und Nahen Osten schaffen: Die Aufrüstung Saudi Arabiens, die US-Militärstützpunkte an der türkisch-iranischen Grenze, der im Pentagon ausgebrütete Separatfrieden Begin-Sadat gegen die arabischen Völker und gegen eine fortschrittliche Entwicklung in dieser Region.

AIB: Was sind die Nahziele der demokratischen Bewegung Ihres Landes?

M. DANESCH: Diese Frage läßt sich eigentlich sehr einfach beantworten. Die politischen Forderungen des Volkes, die es während des Kampfes gegen das Schah-Regime aufstellte, müssen erfüllt werden: Herstellung und Sicherung aller demokratischen Rechte (Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Legalisierung aller demokratischen Parteien und Gewerkschaften usw.), Lösung der Wirtschaftskrise des Landes und das Verfolgen einer Politik der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit.

Diese Politik kann nur betrieben werden, wenn sie auf der Basis der Einheit der Kräfte aufbaut, die das diktatorische Schah-Regime stürzten. Diese Basis realisiert sich in den angekündigten Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung. In dieser verfassungsgebenden Versammlung müssen die unterschiedlichen politischen Strömungen des Landes die erkämpften demokratischen Forderungen des Volkes fixieren und absichern. Die verfassungsgebende Versammlung muß damit das demokratische Fundament eines neuen Iran werden.

Drifte Welt. Auswahl.



264 Seiten · DM 22,-

Jorge Amado

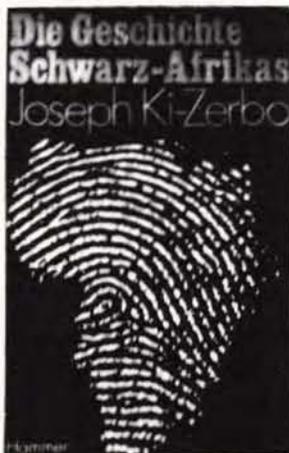
Das Land
der goldenen
Früchte

Roman



Peter Hammer Verlag

496 Seiten · DM 28,-



ca. 840 Seiten

ca. DM 60,-

Subskriptionspreis

bis Ende 1979:

12% unter Ladenpreis

Peter Hammer Verlag

Postfach 200415
5600 Wuppertal 2

Kemal Sahin

Von Atatürk zu Ecevit (4. Teil)

Am Ende des 2. Weltkrieges hatten sich die Klassengegensätze in der Türkei bedeutend zugespitzt (vgl. Türkei-Serie, 3. Teil in AIB 4/1979, S. 20—22). Die Vernichtung des deutschen Faschismus durch die Rote Armee und der Aufschwung der demokratischen Bewegungen in den Balkan-Ländern hatte die herrschenden Klassen in Schrecken versetzt.

Zur Erhaltung der eigenen Herrschaft wollten sie die Unterstützung des Imperialismus gewinnen. Zu diesem Zweck opferten sie die nationale Unabhängigkeit und unterwarfen sich bedingungslos den aggressiven imperialistischen Plänen. Gleichzeitig betrieben die im Zuge des Krieges wirtschaftlich erstarkten Großgrundbesitzer und die Kompradorenbourgeoisie eine Revision der politischen Machtverhältnisse entsprechend den neuen ökonomischen Kräfteverhältnissen.

Die Existenz eines umfangreichen staatlichen Sektors, der jeglicher demokratischer Kontrolle entzogen war, hatte einen breiten Raum für die Korruption eröffnet. Zahlreiche höhere Bürokraten entwickelten sich auf diese Weise zu Großkapitalisten. So gerieten die politischen Verhältnisse in Bewegung. 1945 spalteten sich wichtige Vertreter dieser Gruppen von der Republikanischen Volkspartei ab und gründeten am 7. 1. 1946 die Demokratische Partei, deren Vorsitz der frühere Generaldirektor der Is-Bank, Celal Bayar, übernahm.

Machtantritt der Demokratischen Partei 1950

Die zahlenmäßig gewachsene Arbeiterklasse trat unter der Führung der Türkischen Kommunistischen Partei (TKP) entschieden für Demokratie ein. Der Einfluß ihrer illegalen Organisationen wuchs. Ihre legalen Zeitungen fanden einen breiten Widerhall. Unter dem Eindruck der internationalen Entwicklung mußte die Regierung 1946 die antidemokratischen Gesetze etwas lockern: Die Gründung von Gewerkschaften und Parteien auf Klassenbasis wurde erlaubt. Im Juni 1946 wurde die Sozialistische Werktätigen- und Bauernpartei der Türkei gegründet. Gleichzeitig entstanden eine Reihe von Gewerkschaften. Ihre Erfolge bei der Organisierung der Arbeiterschaft waren so groß, daß die Regierung bereits sechs Monate später diese legale sozialistische Partei und die Gewerkschaften verbot und ihre Führer verhaftete. Sie wurden nach einem mehrjährigen Prozeß zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt.

Schon Ende 1945 warteten fortschrittliche Zeitungen und Schriftsteller auf Befehl der Regierung von Rechtsradikalen überfallen und ihre Druckereien und Einrichtungen zertrümmert worden. 1948 wurde der bekannte fortschrittliche Schriftsteller und Demokrat Sabahattin Ali von der Geheimpolizei ermordet. Unterdessen hatten auch die Vertreter des US-Imperialismus zu verstehen gegeben, daß sie eine Änderung der politischen Verhältnisse in der Türkei begrüßen würden. Die herrschenden Klassen der Türkei gingen mit Recht davon aus, daß die neuen „Schutzherrn“ sich einen „Partner“ wünschten, der im Gegensatz zur Republikanischen Volkspartei von dem „Makel“ einer antiimperialistischen Vergangenheit frei war.

1950 wurden allgemeine Wahlen durchgeführt, an der die Demokratische Partei (DP) neben der Republikanischen Volkspartei ungehindert teilnahm. Da die linke Opposition verboten war und brutal verfolgt wurde, konnte die DP den angestauten Zorn der Volksmassen gegen die jahrzehntelange Unterdrückung in einen überwältigenden Wahlsieg ummünzen. Da-



Nazim Hikmet (gestorben 1963) und der chilenische Schriftsteller Pablo Neruda (l.) auf dem Weltfriedenskongreß 1952

mit war die 27jährige Herrschaft der Republikanischen Volkspartei beendet. Adnan Menderes, selbst ein westanatolischer Großgrundbesitzer, übernahm das Amt des Ministerpräsidenten. Als Vertreter der größten Kapitalgruppe der Türkei (Is-Bank) wurde Celal Bayar Präsident der Republik.

Sofort wurden alle Wahlversprechen für eine wirkliche Demokratie über Bord geworfen. Diejenigen, die wenige Monate zuvor die Anerkennung des Streikrechts und der Koalitionsfreiheit als ein elementares Gebot der Demokratie bezeichnet hatten, betrachteten nunmehr schon allein die Forderung dieser Rechte als „kommunistische Propaganda“ und „Landesverrat“. Eine erbarmungslose Verfolgungswelle gegen alles Fortschrittliche setzte ein. Der berühmte kommunistische Dichter Nazim Hikmet, der aufgrund einer konstruierten Anklage seit 1938 eingekerkert war und 1950 durch eine nationale und internationale Solidaritätskampagne gerettet werden konnte, mußte illegal das Land verlassen, um einem Mordplan der Regierung zu entgehen. Die Mitglieder des Vereins der Friedensfreunde, die gegen die Teilnahme türkischer Truppen an der US-Aggression in Korea mit Flugblättern protestierten, wurden ins Gefängnis geworfen (1950).

1951 gelang es der Geheimpolizei, die nunmehr von amerikanischen Spezialisten beraten wurde, der TKP einen schweren Schlag zu veretzen. 167 führende Mitglieder, darunter fast das gesamte Zentralkomitee, wurden verhaftet. Die Verhöre, die mit grausamen Folterungen durchgeführt wurden, dauerten 2 Jahre. 1953 wurden die Verhafteten nach einem geheimen Gerichtsverfahren zu jahrzehntelangen Gefängnisstrafen verurteilt. Damit hatte die Arbeiterbewegung in der Türkei einen empfindlichen Rückschlag erlitten.

Bereits als die Niederlage des Hitlerfaschismus sich in den letz-

ten Kriegsjahren abzeichnete, begann sich die Außenpolitik der Türkei an der Politik des US-Imperialismus zu orientieren. Mit dem Beginn des Kalten Krieges wurde daraus eine bedingungslose Unterwerfung. 1947 verkündete Präsident Truman die berühmte Truman-Doktrin und die amerikanische „Militärhilfe“ lief an. Beachtenswert ist, daß damit eine beträchtliche Erhöhung der türkischen Rüstungsausgaben über das Niveau der Kriegsjahre hinaus verbunden war.

1948 trat die Türkei der OEEC (später wurde daraus die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung — OECD) bei und nahm so am „Marshall-Plan“ teil, der die ökonomischen Grundlagen des Kalten Krieges sichern sollte. 1950 schickte die Menderes-Regierung türkische Truppen nach Korea und überbot dabei sogar die von den Imperialisten gewünschte Truppenstärke um ein mehrfaches. Entgegen der Verfassung wurde hierzu nicht einmal das Einverständnis des Parlaments eingeholt. Im gleichen Jahr trat die Türkei dem Europäischen Rat bei.

Die Türkei als NATO-Vorposten

1952 schließlich wurde die Türkei zusammen mit Griechenland in die NATO aufgenommen. 1954 wurde mit der Errichtung von US-Stützpunkten in der Türkei begonnen. Flugplätze für Atombomber, Radaranlagen, elektronische Horchposten, Spionagezentren wurden aufgebaut. Dabei genossen die Imperialisten eine unbeschränkte Bewegungsfreiheit. Jahrzehnte später, als sich die proamerikanische Demirel-Regierung ein Bild von den Aktivitäten der Amerikaner machen wollte, mußte sie öffentlich zugeben, daß sie nicht einmal die Zahl der Abkommen (geschweige denn deren Inhalt!) feststellen konnte, die diese Aktivitäten „regelten“. 1957 wurde die Stationierung von atomaren Mittelstrecken-Raketen vom Typ Jupiter der USA auf türkischem Boden beschlossen. Diese Raketen bedrohten die UdSSR sowie die anderen sozialistischen Länder und machten die Türkei zu einem der ersten Ziele eines nuklearen Krieges. Eine Untersuchung der amerikanischen Rand-Corporation Anfang der 60er Jahre schätzte die Zahl der unmittelbar nach einem solchen Krieg zu erwartenden Toten in der Türkei auf 7,5 Mio.¹ Gleichzeitig wurde die Türkei als Speerspitze des Imperialismus gegen die um ihre nationale Unabhängigkeit kämpfenden Völker eingesetzt. Die türkische Bourgeoisie und insbesondere die Militaristen an der Spitze der Armee versuchten sich als treuer Vasall der Imperialisten zu profilieren und auf diese Weise im Nahen Osten eine „führende Rolle“ zu spielen. Amerikanische und türkische Politiker wetteiferten in Berechnungen, die nachweisen sollten, daß es für die Imperialisten sehr viel billiger sei, türkische Soldaten in den Tod zu schicken, als amerikanische.

Seit Ende des 2. Weltkrieges versuchten die USA, ihre Positionen im Nahen Osten zu verstärken. Hierzu sollte ein nächstliches Gegenstück zur NATO gegründet werden, an dem neben den arabischen Staaten auch Pakistan, der Iran und die Türkei teilnehmen sollten. Ein entsprechender Vorschlag seitens Englands, der USA und Frankreichs an die Türkei und an Ägypten scheiterte 1951 an der ägyptischen Ablehnung.

Die Menderes-Regierung übernahm die Rolle eines Vorkämpfers für dieses antikommunistische Bündnis. Sie versuchte, ihre Nachbarn unter Druck zu setzen.

1955 bildeten die Türkei, der Irak, der Iran, Pakistan und England den Bagdad-Pakt (1959 in CENTO-Pakt umgetauft, d. Red.), der einen ersten Schritt dahin darstellen sollte. Im gleichen Jahr vertrat die Türkei auf der Bandung-Konferenz der Nichtpaktgebundenen den Standpunkt der Imperialisten. Dagegen unterstützte sie in der UNO das imperialistische Frankreich gegen die Freiheitskämpfer Algeriens. 1956 stellte sie sich an die Seite Englands gegen das ägyptische Volk, das für die Nationalisierung des Suez-Kanals kämpfte. 1957 plante die türkische Regierung eine militärische Intervention in Syrien, als dort Ansätze für eine antiimperialistische Entwicklung sichtbar

wurden.

Ein Jahr später, 1958, als im Irak nationalistische Kräfte den reaktionären König Faysal stürzten, wurde der Einmarsch türkischer Truppen in letzter Minute von den Amerikanern gestoppt, die es vorzogen, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen. Bei der US-Aggression gegen den Libanon im gleichen Jahr benutzte die US-Luftwaffe ihre Basen in der Türkei als Aufmarschgebiet für ihre Invasionstruppen, die aus der BRD eingeflogen wurden. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß selbst die Presse der kapitalistischen Länder die Türkei als „treuen Wachhund der Amerikaner“ bezeichnete.

Die erste ökonomische Konsequenz der Abhängigkeit vom Imperialismus war eine Abwertung der türkischen Währung im August 1946 um 54 %. Gleichzeitig wurden die Industrialisierungspläne unter dem Druck der amerikanischen Berater zur Seite gelegt. Stattdessen hob man die Importrestriktionen auf und begann mit einem massiven Import von Traktoren für die Großgrundbesitzer. Die Zahl der Traktoren, die 1946 noch 1356 betrug, stieg auf das 27fache im Jahre 1954. Nach amerikanischen Berechnungen hatte diese stürmische Mechanisierung die Vertreibung von etwa 1 Mio Bauern vom Lande zur Folge.²

1954 wurde ein Gesetz zur Förderung des ausländischen Kapitals verabschiedet, das von einem gewissen C. Randall, einem US-Unternehmer, der zugleich Sondervertreter der Regierung in Washington war, ausgearbeitet wurde. Das Mineralöl-Gesetz, das den imperialistischen Konzernen den Zugang zu den türkischen Bodenschätzen eröffnen sollte, wurde von M. Ball vorbereitet, der gleichzeitig Rechtsberater der amerikanischen Mineralöl-Konzerne war (beide Gesetze sind immer noch in Kraft!).

Von 1946 bis 1956 wurde die Anbaufläche um mehr als 70 % ausgedehnt. Die landwirtschaftliche Produktion konnte bis 1953 um fast 40 % erhöht werden. Die so gestiegene Nachfrage der reichen Bauern führte zu einer Hochkonjunktur auch im nichtlandwirtschaftlichen Bereich. Doch bereits 1954 begannen wirtschaftliche Schwierigkeiten, da die extensive Landwirtschaft stark vom Wetter abhängig war und somit auch die Exportmöglichkeiten einschränkte. Hinzu kam der relative Rückgang der landwirtschaftlichen Preise auf dem internationalen Markt.

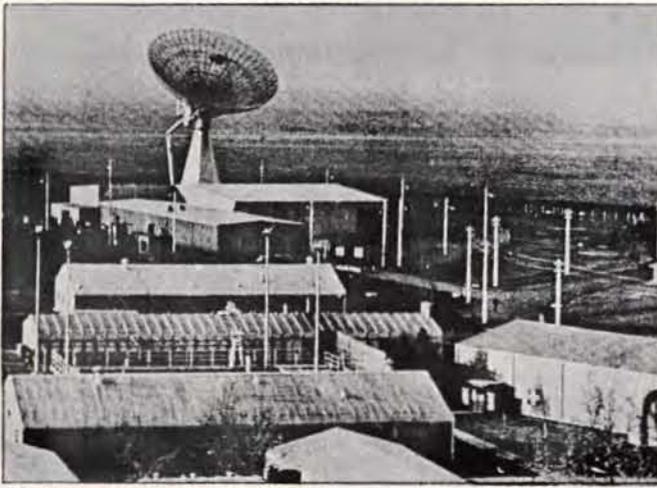
Niedergang unter Menderes

Von 1953—56 fielen die Exporte um 23 % und erreichten erst 1960 das Niveau von 1953. Der Importbedarf hingegen (Konsumgüter, Zwischenprodukte, Investitionsgüter sowie Rüstungsgüter) stieg überproportional. Die Auslandsschulden nahmen ständig zu. Die einsetzende Devisenknappheit führte zu ernstesten Versorgungsschwierigkeiten. Der Mangel an Ersatzteilen legte den größten Teil der importierten Maschinen und Ausrüstungen lahm. Investitionen wurden gestoppt. Das reale Pro-Kopf-Einkommen ging ab 1954 zurück und erreichte erst 1958 wieder den Stand von 1953. Die Inflationsrate betrug 20 % im Jahr und drückte insbesondere die Realeinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger.

1958 konnte die türkische Regierung ihre fälligen Auslandsschulden nicht mehr bezahlen. Die imperialistischen Gläubiger diktierten der Menderes-Regierung die Bedingungen für weitere Kredite: Im August wurde die türkische Währung um 69 % abgewertet. Ferner mußte die Regierung die Reduzierung der Subventionen für Großgrundbesitzer und das mittlere Bürgertum zusagen.

Diese Maßnahmen zielten auf die Bekämpfung des chronischen Handelsdefizits. Sie erschütterten aber die ökonomischen Grundlagen der herrschenden Koalition von Großgrundbesitzern und Großbourgeoisie. Sie führten unvermeidlich zur Verschärfung der sich entwickelnden politischen Krise.

Mit dem Beginn der wirtschaftlichen Schwierigkeiten hatte die Menderes-Regierung ihre repressiven Maßnahmen auch gegen die bürgerliche Opposition ausgedehnt. Im April 1960 setzte die



US-Radaranlage in der Osttürkei

Regierung gegen Studenten, die in Istanbul und Ankara für Pressefreiheit und demokratische Rechte demonstrierten, die Armee ein. Das Kriegsrecht wurde verhängt.

Am 27. 5. 1960 unternahm eine kleine Gruppe von Offizieren einen unblutigen Staatsstreich. Die Regierung wurde verhaftet, das Parlament wurde aufgelöst. Das Komitee der Nationalen Einheit übernahm die Macht und versprach baldige Wahlen. Die Demokratische Partei wurde verboten. Eine neue Verfassung, die im wesentlichen die Vorstellungen der nationalen Bourgeoisie umfaßte, wurde verabschiedet. Adnan Menderes und zwei weitere Minister wurden hingerichtet. 1961 fanden Wahlen statt und I. İnönü wurde zum Ministerpräsidenten einer Koalitionsregierung.

Am 1. 5. 1960 wurde ein amerikanisches U-2 Spionageflugzeug, das von der US-Luftwaffenbasis Incirlik in der südlichen Türkei gestartet war, tief im Inneren der Sowjetunion abgeschossen. Obwohl sich die türkische Regierung und die bürgerliche Opposition voll hinter die Amerikaner stellten und von der „Freiheit des Luftraumes“ sprachen, machte die Tatsache, daß die verantwortlichen Stellen der Türkei von diesem Flug nicht unterrichtet waren, deutlich, welche Gefahren von den US-Stützpunkten in der Türkei für das Land selbst in Friedenszeiten ausgingen.

Schon seit 1959 hatten eine Reihe von Vorfällen, in die amerikanische GI's verwickelt waren, der türkischen Öffentlichkeit gezeigt, daß diese sich wie eine Besatzungsarmee benahmen und auch tatsächlich Rechte genossen, die mit der nationalen Souveränität der Türkei unvereinbar waren. Trotzdem unterstützte die türkische Regierung unter I. İnönü im Oktober 1962 uneingeschränkt die amerikanische Haltung des Spiels mit der nuklearen Katastrophe, als diese im Zuge der Kubakrise ihre Truppen auf der ganzen Welt für einen atomaren Angriff gegen die UdSSR in Alarmbereitschaft versetzten.

Die türkische Bourgeoisie und die türkischen Militaristen an der Spitze der Armee mußten erst durch den US-Präsidenten L. B. Johnson in der Zypernkrise (1964) zurechtgewiesen werden, um einzusehen, daß selbst mit bedingtem Gehorsam gegenüber den USA kein Freiraum für nationalistische Sonderwünsche zu erkaufen war. Erst danach begann sich eine „flexiblere“ Außenpolitik abzuzeichnen. 1964 reiste der türkische Außenminister nach Moskau, im türkischen Generalstab wurde der Entwurf eines Abkommens vorbereitet, der den Status der US-Streitkräfte auf türkischem Boden neuregeln sollte. Die Türkei lehnte es ab, an dem von den USA vorgeschlagenen Multilateral-Force (MLF) teilzunehmen. 1967 begann die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR, wobei diese der Türkei beim Aufbau der Schwerindustrie — was von den „westlichen Freunden der Türkei“ abgelehnt wurde — half.

Ein wesentlicher Faktor, der die herrschenden Klassen zu einer Neuorientierung der Außenpolitik zwang, war der Aufschwung der demokratischen und antiimperialistischen Bewegung in der Türkei. Auch in den 50er Jahren hatte die brutale Unter-

drückung der Menderes-Regierung die Streikaktionen der Arbeiterklasse nicht völlig verhindern können.

Inzwischen war sie auch zahlenmäßig gewachsen. 1960 erreichte die Zahl der Arbeiter außerhalb der Landwirtschaft die Millionengrenze. Unter dem Eindruck der sich insbesondere nach 1960 häufenden Demonstrationen und Protestaktionen der Arbeiter wurde in der neuen Verfassung von 1961 das Streikrecht und die Koalitionsfreiheit garantiert. Bis 1970 erhöhte sich die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von 295 000 auf das Siebenfache. Waren noch 1963 lediglich für 9 400 Arbeiter Tarifverträge abgeschlossen, so stieg diese Zahl 1970 auf mehr als 550 000. Die Zahl der jährlich Streikenden erhöhte sich neunzehnfach und betrug 1970 fast 26 000.³

Viele dieser Streikationen waren unmittelbar gegen die US-Stützpunkte und die NATO-Einrichtungen gerichtet. Die Real-löhne der von der Sozialversicherung erfaßten Arbeiter (das ist die Minderheit) stieg von 1963—70 um 26,7%.⁴ Die trotzdem äußerst schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen mögen mit einer einzigen Angabe veranschaulicht werden: Im Zeitraum 1963—71 wurden 8,5 mal mehr Arbeitstage durch Arbeitsunfälle verloren als durch Streikämpfe.⁵

Dynamik der demokratischen Bewegung

Die Entfaltung der Arbeiterbewegung bewirkte auch eine gewisse Demokratisierung. Zwar blieb die Kommunistische Partei und die Propagierung ihrer Ziele weiterhin verboten, aber die Pressezensur und die Verfolgung fortschrittlicher Persönlichkeiten wurde eingeschränkt. 1961 wurde von einigen Gewerkschaftlern eine legale Arbeiterpartei der Türkei (TIP) gegründet. Bei den Parlamentswahlen in 1965 konnten sie 15 Sitze gewinnen. 1967 folgte die Gründung des progressiven Gewerkschaftsbundes DISK. Antiimperialistische und demokratische Ideen gewannen unter der Jugend größeren Einfluß. Studenten und Arbeiter organisierten große Protestdemonstrationen gegen die „Besuche“ der 6. US-Flotte und es gelang, die Häfen von den imperialistischen Kriegsschiffen frei zu halten.

Auch die armen und die landlosen Bauern beteiligten sich am antiimperialistischen Kampf. Landbesetzungen, Protestdemonstrationen und Versammlungen wurden in allen Teilen der Türkei mit Beteiligung von zehntausenden Menschen durchgeführt. Das kurdische Volk organisierte in den kurdischen Gebieten große Kundgebungen, auf denen es die Anerkennung seiner demokratischen Rechte forderte. Auch Lehrer, die in der Türkei traditionell eine aktive fortschrittliche Kraft darstellen, Angestellte und Beamte bis hin zu den höchsten Richtern des Landes, beteiligten sich an den Demonstrationen und Kundgebungen, organisierten Streiks. Die Forderung nach der Aufhebung der antidemokratischen Gesetze, dem Austritt aus der NATO, der Räumung der US-Stützpunkte und für eine Landreform, erfaßten Millionen Menschen.

Die Breite und die Dynamik der demokratisch-antiimperialistischen Bewegung und vor allem der wachsende Einfluß der Arbeiterklasse erschreckte die Reaktion. Gleichzeitig verschärfen sich die Widersprüche zwischen der nationalen Bourgeoisie und der Großbourgeoisie in Verbindung mit dem Imperialismus einerseits, und zwischen den Großgrundbesitzern und der Bourgeoisie andererseits. So reifte 1970 eine neue, tiefere Krise heran, in der ökonomische und politische Faktoren sich gegenseitig verstärkten.

Anmerkungen:

- 1) D. Avcoglu, Milli Kurtulus Tarihi (Geschichte der Nationalen Befreiung), Bd. III, Istanbul 1974, S. 1618
- 2) K. H. Karpat, The Gecekodu: Rural Migration and Urbanization, London 1976, S. 56
- 3) TIB, Türkiye Isci Sinifi ve Mücadeleleri Tarihi (Geschichte der Arbeiterklasse der Türkei und ihrer Kämpfe), Ankara 1976, S. 146—148
- 4) TIB, Türkiye . . . , a. a. O., S. 131
- 5) TIB, Türkiye . . . , a. a. O., S. 145

Wolfram Brönner

Washingtoner Ausverkauf

Die Ratifizierung des israelisch-ägyptischen Separatfriedensvertrages am 26. März 1979 in Washington vervollständigte die Rahmenabkommen von Camp David vom September 1978 (siehe AIB 11—12/1978). Nachdem die darin verordnete Dreimonatsfrist längst verstrichen war, gelang es durch eine Initiative des US-Präsidenten Jimmy Carter den Separatfriedensvertrag (nebst einer Reihe ihm zugehöriger Zusatzvereinbarungen: Anhänge, Protokolle und Briefwechsel) doch noch nach Hause zu bringen.

Anstoßpunkte der Feuerwehraktion waren das Desaster der USA im Iran, der wohl unaufhaltsame Zerfall des CENTO-Paktes (Austritt des Iran und Pakistans) sowie die mit der iranischen Parteinahme für die Palästinensische Befreiungsfront (PLO) verbundene Stärkung der arabischen Nahostkonfliktparteien und radikalen Ölstaaten. Die Carter-Administration sucht diesen Positionseinbußen durch eine verstärkte eigene Militärpräsenz (Flugzeugträger Constellation, US-Basen auf dem Sinai oder in Haifa) und eine militärpolitische Allianz Israel-Ägypten entgegenzuwirken.

Carters regionale Neuordnung

Erste Voraussetzung dazu aber ist das Zustandebringen eines Separatfriedens und stabiler, arbeitsteiliger Allianzbeziehungen zwischen Israel und Ägypten, der potentesten Industrie- und Militärmächte des arabischen Raumes. Zweite Voraussetzung ist die Aufspaltung der arabischen Front im Nahostkonflikt, wozu Z. Brzezinski im März d. J. nach Riad und Amman reiste, allerdings ohne ein Einschwenken der saudisch-jordanischen Monarchen auf Camp-David-Kurs zu erreichen. Auch diese reaktionären Regimes können nicht an der nahezu vollständigen Isoliertheit Sadats im arabischen Raum (nur Randstaaten wie Marokko, Oman und der Sudan bejahen derzeit seine Separatpolitik) und dem kompletten Ausverkauf arabisch-palästinensischer Interessen und Rechte vorbei, den das Vertragswerk von Camp David/Washington darstellt.

Zunächst einmal ist der israelisch-ägyptische Separatvertrag eben alles andere als — wie es im Text des 26. März heißt — „ein wichtiger Schritt auf der Suche nach einem umfassenden Frieden in der Region“¹. Denn das für einen umfassenden Frieden von den Vereinten Nationen bestimmte Forum der Genfer Nahostfriedenskonferenz wurde und wird durch die Separatgeschäfte ja gerade unterlaufen, solche Hauptparteien des Nahostkonflikts wie die PLO, Syrien, die Sowjetunion aus dem Verhandlungsprozeß ausgeschlossen. Allein Jordanien ist in den Vertragstexten hin und wieder namentlich benannt.

Zum anderen beinhaltet der Washingtoner Separatschacher das glatte Gegenteil eines gerechten Nahostfriedens, der alleine die Gewähr für eine dauerhafte Konfliktlösung böte. Denn er ignoriert die von der UNO zum Kernproblem des Nahostkonflikts erklärte Palästinafrage, d. h. die nationalen Rechte des arabischen Volkes Palästinas auf Selbstbestimmung, nationale Unabhängigkeit (Palästinenserstaat neben Israel) und Rückkehr und die essentielle Forderung nach Räumung aller 1967 okkupierten Gebiete durch Israel. Das Separatvertragswerk hält die Existenz bzw. das nationale Selbstbestimmungsrecht des arabi-



schen Volkes Palästinas für ebensowenig erwähnenswert wie die israelische Okkupation und Räumungspflicht der syrischen Golan-Höhen und Ostjerusalems. Lediglich die ägyptische Sinai-Halbinsel soll von den Besatzern geräumt werden, und zwar innerhalb von 9 Monaten bis zur Linie El-Arisch Sharmel-Sheik (siehe Karte), dann innerhalb von 3 Jahren bis zur Grenzziehung des Jahres 1967.

„Selbstverwaltung“ — durch israelische Wehrdörfer!

Wie es in der Zusatzvereinbarung zum Westjordan- und Gaza-gebiet heißt sollen innerhalb eines Monats Verhandlungen zwischen Ägypten, Israel und den USA „über die Modalitäten für die Schaffung einer zu wählenden Selbstverwaltungsbehörde (Verwaltungsrat)“ aufgenommen werden, und zwar mit oder ohne Jordanien. „Palästinenser“ können allenfalls als uneigenschaftlicher Bestandteil der Delegationen Ägyptens und/oder Jordaniens teilnehmen. Die israelischen Besatzungstruppen bleiben in „Sicherheitsstellungen“ präsent, die zionistische Siedlungsexpansion ungeschoren.

Das Ziel des Verhandlungsprozesses, so heißt es weiter, bestünde in der „Schaffung einer Selbstverwaltungsbehörde in Westjordanien und im Gazastreifen . . . , um den Einwohnern dadurch zur vollen Autonomie zu verhelfen. Ägypten und Israel setzen sich selbst für den Abschluß der Verhandlungen eine Frist von einem Jahr, damit so rasch wie möglich nach einer Einigung der Parteien Wahlen stattfinden können.“

Die Begin-Regierung interpretiert diese sog. Selbstverwaltung als Freibrief zur Forcierung ihrer Politik der vollendeten Tatsache, sprich ihrer zionistischen Siedlungsexpansion. Neben der

Bekanntgabe der Errichtung von 46 weiteren Wehrdörfern ging sie schon am Tag nach der Washingtoner Vertragsunterzeichnung daran, im Gazastreifen die Schaffung eines „Verwaltungsrates“ einzuleiten. Diese Innung aber soll nicht etwa von der arabischen Bevölkerung, sondern von den israelischen Einwohnern der „Wehrdörfer“ gewählt werden. Auch für das Westjordangebiet plant Israel die Installierung von vier derartigen „Verwaltungsräten“.

Angesichts dieser zionistischen Winkelzüge wird sonnenklar, warum Begin in den Separatverhandlungen so darauf beharrte, daß nie von der Bevölkerung, dem arabischen Volk der okkupierten Gebiete oder gar vom arabischen Volk Palästinas die Rede war.

Eine eventuelle nachträgliche Einbeziehung von Mitgliedern oder Anhängern der PLO in den Separatverhandlungsprozeß zum Westjordangebiet (laut Begin „Judäa und Samaria“) und dem Gazastreifen hat er ebenso kategorisch verneint, wohl aber ein weiter gültiges angebliches jüdisches „Recht zur Besiedlung des Landes“ reklamiert. „Wir werden niemals“, so restü-



mierte Begin, „zu den Linien des 4. Juni 1967 zurückkehren. Wir werden niemals, unter keinen Umständen die Errichtung eines sog. Palästina Staates in Judäa, Samaria und dem Gazastreifen zulassen. Jerusalem wird für immer wiedervereint und unteilbar die ewige Hauptstadt Israels bleiben.“²

Dessen ungeachtet verpflichtete sich das Sadat-Regime im Washingtoner Separatvertrag zur endgültigen Beendigung des Kriegszustandes und zur Anerkennung der Unverletzlichkeit der israelischen Souveränität in den Grenzen des ehemaligen Mandatspalästina (also einschließlich des 1948 von Israel/Jordanien annektierten arabischen UN-Teilstaats Palästina).

Die ägyptische Bereitschaft zum Gewaltverzicht schließt auch jede Unterstützung des legitimen bewaffneten Kampfes zur Befreiung der von Israel weiterhin besetzten arabischen Territorien aus, denn in Artikel III verpflichten beide Seiten „sich der

Organisation, Anstiftung, Aufwiegelung, Unterstützung oder der Teilnahme an kriegerischen Aktionen oder Drohungen, Feindseligkeiten, Subversion oder Gewalt gegen die andere Seite überall zu enthalten, und garantieren, daß Täter derartiger Akte vor Gericht gestellt werden.“ Schließlich konzediert Ägypten „die völlige Anerkennung, diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen, Beendigung von Wirtschaftsboykotten und diskriminierenden Schranken für freien Personen- und Güterverkehr.“

So freigiebig sich Sadat im Ausverkauf von Rechten der anderen arabischen Konfliktparteien gebährdete, so standhaft blieb er im Ringen um seinen von den USA als Gegenleistung gebotenen Judaslohn.

Er beläuft sich auf eine künftig jährliche US-Militärhilfe an Ägypten von 1,5 Mrd Dollar, die noch aufgestockt werden soll, falls Saudi Arabien seine derzeit auf jährlich 1,5 Mrd Dollar geschätzten Finanzspritzen wirklich einstellen sollte. Er beinhaltet die nunmehrige amerikanische Lieferung von modernsten Waffen und die Entsendung von ca. 5000 US-Militärberatern in das Nilland. Er verheißt schließlich einen sog. „Marschall“-oder „Carter-Plan“, der Ägyptens malade Wirtschaft in den nächsten 5 Jahren mit Kapitalhilfen in Höhe von insgesamt 15 Mrd Dollar (also jährlich 3 Mrd) sanieren soll. Seine Finanzierung möchten sich die USA mit der Bundesrepublik und Japan teilen. Bei seinem Bonn-Besuch Anfang April d. J. erhielt Sadat von Bundeskanzler Helmut Schmidt eine erste Zusage. Sie wurde von diesem mit dem Argument gerechtfertigt, die Separatvereinbarungen seien ein „erster Schritt zum Frieden“ und einer Isolierung Sadats gelte es entgegenzuarbeiten — Assistenzarbeit für Carter.

Voralarm neuer Kriegszüge

Israel erhielt von der Carter-Administration gar die Zusicherung einer jährlichen Rüstungshilfe in Höhe von 3 Mrd Dollar (bislang ca. 1 Mrd), einschließlich der vorfristigen Belieferung mit den modernsten US-Kampfflugzeugen F 16. Die in den letzten Jahren etwa 1 Mrd Dollar an jährlicher US-Wirtschaftshilfe für Israel wird fortgesetzt. In einem israelisch-amerikanischen Memorandum zum Separatfriedensvertrag³ verpflichtete sich die Carter-Regierung überdies zu besonderen „Sicherheits“- und „Notverordnungs“-Garantien einschließlich einer verstärkten US-Militärpräsenz sowie zur Blockade „jeder Aktion oder Resolution der Vereinten Nationen . . . , wenn diese nach ihrer Auffassung den Friedensvertrag beeinträchtigen.“ Und sie garantiert die Ölversorgung Israels für die nächsten 15 Jahre.

Die „amerikanische Lösung“ enttarnt sich somit als gegen die UN-Nahostplattform gerichtete Operation, die mithilfe der Herauslösung Ägyptens aus der arabischen Front und der Installierung einer neuen Allianz Israel-Ägypten auf die gewaltsa-



Protestmarsch im März d. J. in Beirut mit der Forderung u. a. nach einem „Olembargo gegen den US-Imperialismus“

me Niederwerfung der arabischen Befreiungsbewegungen setzt. Die noch gigantischere Aufrüstung Israels und Ägyptens, die Stilllegung ausschließlich der israelisch-ägyptischen Grenze verschafft beiden Verbündeten freie Hand und Stärke, um zu neuen Interventionsakten bzw. Kriegszügen gegen ihre antiimperialistischen Hauptkontrahenten anzutreten.

Die israelische Armee und ihre rechtslibanesischen, isolationistischen Verbündeten treffen gegenwärtig Vorbereitung für einen neuen Großangriff — nach Israels Südlibanoninvasion im März 1978 — auf die Positionen der PLO, der nationalprogressiven libanesischen Bewegung und Syriens im Libanon. Im okkupierten Westjordan- und Gazagebiet setzte man die Besatzertruppen in Alarmbereitschaft und ging mit verschärften Unterdrückungspraktiken gegen die palästinensischen Massenaktionen vor.

Wie hier Israel auf die Zerschlagung des Widerstandes der palästinensischen Massenbewegung und Syriens gegen eine „amerikanische Lösung“ zusteuert, so soll Ägypten fortan die iranische Gendarmenrolle auf der Arabischen Halbinsel ausfüllen (7000 Mann der ägyptischen Armee wurden bereits in Oman stationiert) und das antiimperialistische Libyen in die Knie zwingen. Das signalisieren starke Truppenverlagerungen vom Sinai an die ägyptische Westfront.

Die arabische Kampfansage: Boykott

Die Breite und Entschiedenheit der arabischen Absage an die Vereinbarungen von Camp David und Washington hat jedoch gezeigt, daß die Durchsetzung dieses Separatgeschäfts kein Spaziergang zu werden verspricht.

Die einhellige Antwort der PLO, der arabischen Palästinenser in und außerhalb der besetzten Gebiete, der Arabischen Front der Standhaftigkeit auf ihrer 3. Gipfelkonferenz von Damaskus im September 1978 und der 9. Arabischen Gipfelkonferenz von Bagdad im November 1978 bestand in einer Kampfansage und gemeinsamen Gegenaktion.⁴ Die palästinensischen Bürgermeister der okkupierten Gebiete wiesen die projektierte Scheinautonomie zurück und mobilisierten zu Massendemonstrationen. Anfang März und am 26./27. März d. J. beteiligten sich hun-



Ägyptische Oppositionsführer K. Moheddien (l.) und S. E. Shazli

dertausende Palästinenser und Libanesen an Generalstreiks im Westjordangebiet, Gaza und Beirut; Millionen demonstrierten in Bagdad, Damaskus, Tripolis, Amman und anderen arabischen Hauptstädten gegen die US-Nahostpolitik und Sadats Washingtoner Kapitulation.

Auf der 9. Arabischen Gipfelkonferenz im November 1978 hatten die arabischen Staaten sich bereits auf einen gemeinsamen Militär-Gegenplan, die Einrichtung eines jährlichen Fonds von 3,5 Mrd Dollar für die arabischen Frontparteien (inklusive des hierdurch standhafter gemachten Jordanien) und auf Boykottmaßnahmen gegen Ägypten im Falle eines Separatfriedensschlusses geeinigt. Ende März d. J. berieten die Außen- und Wirtschaftsminister von 18 arabischen Ländern und die PLO in Bagdad darüber, welche antiägyptischen Sanktionen im einzelnen angewandt werden sollten.

PLO-Vorsitzender Yassir Arafat forderte in Bagdad den Abbruch aller politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Ägypten, die Mobilisierung der arabischen Massen u. a. in Streikaktionen. Er forderte den Kampf nicht nur gegen Sadat, sondern gleichermaßen gegen die USA: „Ich will den Kopf (der Schlange) zermalmen. Die USA sind ihr Kopf und Sadat der Schwanz.“ Y. Arafat rief zum Boykott der arabischen Welt auch gegen die USA auf und forderte den Einsatz der arabischen Ölwaffe.

Saudi Arabien und die anderen konservativen Ölstaaten konnten zwar die Anwendung derartig radikaler Sanktionen gegen die USA in Bagdad (noch) abblocken, doch verurteilten sie die Nahost-Separatdiplomatie der USA mit, unterstützten auch die politisch-wirtschaftlichen Boykottaktionen gegen Ägypten (siehe nachstehenden Wortlaut der Bagdader Erklärung vom 31. 3. 1979).

Opposition auch in Ägypten

Der Verrat des Sadat-Regimes hat schließlich auch in Ägypten trotz der rigiden Praktizierung der Unterdrückungsgesetze vom Februar 1977 (Androhung lebenslänglicher Haft bei Streiks, Versammlungen gegen den „allgemeinen Frieden“; Massenverhaftungen, Publikationsverbote usw.) eine beachtliche Widerstandsbewegung hervorgerufen. Die Verurteilung der Verträge von Camp David/Washington reicht von der — durch den Volkssieg im Iran animierten — religiösen Opposition (einschließlich konservativer Moslembüder) über nationalbourgeoise Armeekreise bis hin zu Linksnasseristen und Marxisten.

Die von Kahled Moheddien geleitete Partei der Nationalprogressiv-Unionistischen Sammlung — PNP, die diese Linkskräfte anführt, hat ungeachtet des Verbots ihres Organs Al Ahali (siehe Verbotsurteil), des Ausschlusses ihrer gewählten Abgeordneten aus dem Parlament, von Polizeiüberfällen auf ihre Büros und Verhaftungen von Hunderten ihrer Aktivisten, öffentliche Massenproteste, Flugblattaktionen und ähnlich wirksame Manifestationen durchgeführt. Sadats persönlich angeheizte Denunzie-

Beschlagnahme von Al Ahali

Landesgericht, erste Instanz, Kairo-Süd, 6. 8. 1978

Urteil: Die Beschlagnahme der Tageszeitung Al Ahali, Nr. 23/2. 8. 1978 ist rechtmäßig.

Urteilsbegründung:

... Erstens, die auf Seite 3 und 4 abgedruckten Artikel mit dem Titel: „Was wird aus der Sadat-Initiative nachdem Israel darauf beharrt, daß Sicherheit gleich Land ist?“, läßt an der Richtigkeit der Position des Präsidenten Zweifel aufkommen. . . . Sadat hat in wenigen Jahren das erreicht, wovon viele nicht einmal zu träumen wagten. Er gab dem ägyptischen Volk seine Würde und Souveränität wieder. Die Kammer unterstreicht diese Tatsache nicht, weil Sadat an der Macht ist, sondern nur der historischen Wahrheitsfindung wegen. . . . Wenn heute ein Lügner diese Position des Mannes anzuzweifeln wagt, so stellt das eine Hetze dar, die der öffentlichen Ordnung zuwiderläuft.

Zweitens, der auf der Seite der beschlagnahmten Zeitung erschienene Artikel mit dem Titel „Tagesablauf einer Bürgerin auf dem Markt“ enthält Sätze, die Haß zwischen den Klassen zu schüren vermögen, was § 102 des Strafgesetzes Nr. 198 erfüllt.

Auf Seite zwei der beschlagnahmten Nummer erschienen zwei Artikel mit dem Titel „VI. Tagung der Außenminister der Nichtpaktgebundenen Staaten“ und „Sie nennen es national“. In diesem Artikel wird die militärische Intervention der Sowjetunion und Kubas gerechtfertigt. Das geschieht in einer Zeit, wo es die beiden genannten Staaten mit ihrer Intervention in Äthiopien auf die Liquidierung der arabisch-somalischen Revolutionäre in Ogaden und die Moslems Eritreas abgesehen haben. Diese Intervention in Schutz zu nehmen, stellt eine Beleidigung der arabisch-islamischen Gefühle dar. Es erregt die Volksseele und stellt eine Störung der öffentlichen Ordnung dar.

(Quelle: Flugschrift der Partei der National-Progressiv-Unionistischen Sammlung, Kairo 1978)

rungskampagne gegen die PNP, die illegale Ägyptische Kommunistische Partei (siehe nachstehende PNP- und AKP-Dokumente zu Camp David) und andere Linkskräfte vermochte die breite Opposition gegen sein Separatpolitik nicht entscheidend einzuschüchtern.

Das Beispiel etwa der Erklärung der vier alten „Freien Offiziere“ (siehe Dokument), der sich auch ihr Kollege Khaled Moheddien nachträglich anschloß, ist dabei kein Einzelfall. Beachtlichen Einfluß auf die ägyptischen Streitkräfte haben gerade auch die von Algerien, Libyen u. a. ausgestrahlten Reden des prominenten Helden der Suezüberquerung im Oktoberkrieg, General S. E. Shazli, der wie die islamische Opposition zum Sturz Sadats aufgerufen hat. „Ein Geist der Revolte“, so erklärte Shazli am 11. Oktober 1978, „breitet sich gegenwärtig in den Reihen der Streitkräfte aus, die ihr Augenmerk am stärksten auf die Vereinbarungen von Camp David gerichtet haben.“⁶

In der Armee: ein „Geist der Revolte“

Daß sich in der Tat innerhalb der ägyptischen Armee ernstzunehmende oppositionelle Strömungen formiert haben, dafür mehrten sich die Anzeichen.

Im November 1978 wurden 73 Offiziere unter der Beschuldigung verhaftet, an der Gründung einer „neuen Organisation Freier Offiziere“ innerhalb der Armee teilgenommen zu haben. Im Dezember verhaftete man 62 junge Armeeoffiziere wegen eines angeblichen Mordplanes gegen Sadat. Der gleichen Tatabsicht verdächtigte man unmittelbar danach 14 hoch- und mittelrangige Offiziere, die nach der Verteilung von Flugblättern gegen Sadats antipalästinensische und antilibysche Politik festgenommen wurden. Verteidigungsminister Abdel G. Gamassi, der von seiner Funktion suspendiert wurde, sagen arabische Stimmen Verbindungen zu diesen nationaldemokratischen Kräften nach.⁷

Ganz offenkundig haben demnach die Appelle der alten Freien

Offiziere und des ehemaligen Generalstabschefs Shazli in der ägyptischen Armee Resonanz gefunden. Die stürmischen Ministerwechsel in Sadats Regierungskabinetten zeugen schließlich von nicht unerheblichen Differenzen auch innerhalb der Spitzen des staatsbürokratisch-bourgeois herrschenden Blocks. Insofern erscheint Sadats Position im Falle des Bestands einer breiten, standhaften arabischen Gegenfront gegen die Separatgeschäfte von Camp David/Washington keineswegs unerschütterlich.

Yassir Arafat der US-Präsident Carter bescheinigte, mit seiner Verschwörung gegen das palästinensische Volk und die arabischen Interessen „Dynamit in diese Region geschleudert“ zu haben, könnte recht behalten: Der „amerikanisch-israelisch-ägyptische Block“, so seine Prognose, werde gradeso wie der CENTO-Pakt zerbrechen.⁸

So gesehen könnte sich Carters vermeintliche Washingtoner „Großtat von historischer Bedeutung“ — so Bundeskanzler Helmut Schmidt zum Separatabkommen des 26. März⁹ — möglicherweise als „historisches“ regionales Debakel Nr. 2 nach dem Iran erweisen.

Anmerkungen:

- 1) Wortlaut des Separatvertrags und seiner inbegriffenen Zusatzvereinbarungen in: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, Fernausgabe, 28. 3. 1979
- 2) Begin-Interview in: Newsweek, New York, 2. 4. 1979
- 3) Wortlaut in: Süddeutsche Zeitung, 30. 3. 1979
- 4) Dokumente des 14. Palästinensischen Nationalrats, palästinensischer Bürgermeister, der erwähnten Gipfelkonferenzen der Staatshaftigkeitsfront und der Arabischen Liga siehe in: AIB 3/1979, 11—12/1978 und 1/1979
- 5) Time, New York, 9. 4. 1979
- 6) Afrique Asie, Paris, 13. 11. 1979
- 7) Vgl. ebenda und West Asia Diary, Neu Delhi, Nr. 5/29. 1.—4. 2. 1979, S. 1427
- 8) Time, 9. 4. 1979 und Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. 3. 1979
- 9) Time, 9. 4. 1979

Beschlüsse des Arabischen Gipfels in Bagdad vom 27.—31. 3. 1979

Die Regierung der Arabischen Republik Ägypten hat die Beschlüsse der Arabischen Gipfelkonferenz, vor allem die der 6. und 7. Konferenz in Algier und Rabat mißachtet, ebenso die Beschlüsse der 9. Arabischen Gipfelkonferenz, vor allem die Aufforderung der arabischen Könige, Präsidenten und Emire, keine Friedensabkommen mit dem zionistischen Feind zu unterzeichnen.

Am 26. 3. 1979 hat die ägyptische Regierung solch ein Abkommen unterschrieben. Damit hat sie die arabische Einheitsfront verlassen und sich dafür entschieden, in Kollaboration mit den USA in einer Front mit dem zionistischen Feind zu stehen. Sie hat im Alleingang die Sache des arabisch-zionistischen Kampfes veräußert, die Rechte der arabischen Nation verletzt und hat die Zukunft, den Kampf und die Ziele der Nation großen Gefahren und Herausforderungen ausgesetzt. Die ägyptische Regierung hat ihre nationale Pflicht aufgegeben, die besetzten arabischen Territorien, vor allem Jerusalem, zu befreien und die unveräußerlichen nationalen Rechte des arabisch-palästinensischen Volkes, sein Recht auf Rückkehr, Selbstbestimmung und Aufbau eines unabhängigen nationalen Staates auf seinem nationalen Territorium, wiederherzustellen.

Um die arabische Solidarität und Einheitsfront im Kampf für die Schicksalsfrage der Araber zu wahren, aus Hochachtung vor dem Kampf des arabisch-ägyptischen Volkes und seiner Opfer für die arabische Sache, vor allem für die Palästinafrage, in Ausführung der Beschlüsse, die die 9. Arabische Gipfelkonferenz, die vom 2.—5. November in Bagdad auf Einladung der Regierung der Irakischen Republik stattgefunden hat, angenommen hat, tagte in Bagdad vom 27.—31. 3. 1979 eine Sitzung des Plenums der Liga der Arabischen Staaten auf der Ebene der Außen- und Wirtschaftsminister. Im Lichte der Beschlüsse der 9. Gipfelkonferenz wurden die letzten Entwicklungen des arabisch-

zionistischen Konflikts studiert, vor allem nachdem die ägyptische Regierung das Friedensabkommen mit dem zionistischen Feind am 26. März 1979 unterzeichnet hat.

Abbruch politischer Beziehungen

Die arabischen Außenminister haben folgendes beschlossen:

1.a) Die sofortige Abreise aller arabischen Botschafter aus Ägypten.
b) Den Abbruch der politischen und diplomatischen Beziehungen mit der ägyptischen Regierung zu empfehlen; die arabischen Regierungen sollen innerhalb eines Monats — gemäß den in jedem Land gültigen Verfassungsbestimmungen — die dazu notwendigen Maßnahmen ergreifen.

2.) Die Mitgliedschaft der Arabischen Republik Ägypten in der Liga der Arabischen Staaten ist vom Zeitpunkt der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit dem zionistischen Feind storniert. Das bedeutet den Verlust aller Rechte als Mitglied.

3.a) Vom Datum der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der ägyptischen Regierung und dem zionistischen Feind gilt Tunis, die Hauptstadt der Tunesischen Republik, als provisorischer Sitz der Liga der Arabischen Staaten, ihres Generalsekretariats, der Ministerausschüsse und der ständigen Fachausschüsse. Alle Organisationen, lokale und internationale Institutionen sollen davon unterrichtet werden, daß die Regierungen der Arabischen Liga über ihr Generalsekretariat in dem neuen provisorischen Sitz erreichbar sind.

b) Die tunesische Regierung wird gebeten, jede mögliche Hilfe für den provisorischen Sitz und seine Angestellten zur Verfügung zu stellen.

c) Aus Vertretern des Irak, Syriens, Tunesiens, Kuweits, Saudi Ara-

biens und Algeriens und des Generalsekretariats der Arabischen Liga wird eine Kommission gebildet, die diese Beschlüsse ausführt und die Mitgliedsstaaten auffordert, die notwendige Unterstützung zu geben. Die Kommission hat alle Befugnisse des Liga-Rates, die die Umsetzung dieses Beschlusses erfordert, darunter den Schutz des Eigentums, der Konten, der Dokumente und Akten der Liga. Sie kann die notwendigen Maßnahmen ergreifen, falls die ägyptische Regierung den Sitz der Arabischen Liga zu behindern oder ihre Rechte und ihr Eigentum anzutasten versucht. Der Umzug in den provisorischen Sitz muß innerhalb von zwei Monaten vom heutigen Tag an abgeschlossen sein. Die Frist kann auf Beschluß der Kommission um einen Monat verlängert werden. Die Kommission legt dem Rat der Arabischen Liga bei der nächsten Sitzung einen Bericht über die Erfüllung ihrer Aufgabe vor.

d) Die Kommission erhält 5 Mio US-Dollar, um die Kosten für den Transport zu decken. Der Betrag wird aus dem Haushalt der verschiedenen Fonds abgehoben. Die Kommission hat das Recht, über diesen Betrag hinauszugehen. Sie oder ihre Beauftragten überwachen die Verwendung der Gelder. Die Kosten werden von den Mitgliedsstaaten gemäß ihrem Jahresbeitrag zum Liga-Haushalt gezahlt.

e) Die Angestellten des Sekretariats ziehen vom ständigen in den provisorischen Sitz innerhalb der Zeitspanne, die in 3c des Beschlusses angegeben ist, um. Die in 3 erwähnte Kommission erhält die Befugnis, ihnen die finanziellen Entschädigungen zu zahlen, die dem Lebensstandard im neuen Sitz angemessen sind, und ihre Angelegenheiten so zu gestalten, bis eine dauernde Regelung dafür gefunden ist.

4. Die Organisationen, Institutionen, Behörden und Fachverbände, die in Liste 1 aufgeführt sind, sollen die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die ägyptische Mitgliedschaft einzufrieren. Soweit einige von ihnen ihren Sitz in Ägypten haben, soll dieser vorübergehend in andere arabische Staaten verlegt werden, nach dem Beispiel des Generalsekretariats der Arabischen Liga. Die Exekutivkomitees dieser Organisationen sollten sofort zusammentreten, um diesen Beschluß in der Zeitspanne, wie sie in 3c angegeben ist, durchzuführen.

5. Es soll daraufhingearbeitet werden, die Mitgliedschaft der Arabischen Republik Ägypten in der Nichtpaktgebundenenbewegung, in der Islamischen Konferenz und der Organisation für Afrikanische Einheit einzufrieren, weil es die Beschlüsse jener Organisationen, die den arabisch-zionistischen Konflikte betreffen, verletzt hat.

6. Die Zusammenarbeit mit dem arabischen Brudervolk in Ägypten soll fortgesetzt werden, außer mit denen, die direkt oder indirekt mit dem zionistischen Feind zusammenarbeiten.

7. Die Mitgliedsstaaten sollen die ausländischen Staaten von ihrer Haltung zum ägyptisch-israelischen Vertrag unterrichten und sie auffordern, diesen Vertrag nicht zu unterstützen, weil er einen Angriff gegen die Rechte des palästinensischen Volkes und der arabischen Nation darstellt und die Sicherheit und den Weltfrieden bedroht.

8. Die Politik der USA, ihre Rolle bei der Unterzeichnung der Abkommen von Camp David und des ägyptisch-israelischen Vertrages wird verurteilt.

9. Alle Maßnahmen, die in diesem Beschluß festgelegt sind, gelten als provisorische und können durch eine Entscheidung des Rates der Arabischen Liga annulliert werden, sobald die Bedingungen, unter denen sie entstanden sind, beseitigt sind.

10. Die arabischen Staaten sollen die Gesetze und Beschlüsse, die für die Durchführung dieser Entscheidung notwendig sind, erlassen.

Wirtschaftsboykott gegen Ägypten

Der Rat der Arabischen Liga hat — auf der Ebene der Außenminister — noch folgendes beschlossen:

1. Alle Kredite, Einzahlungen, Bürgschaften, Beteiligungen, finanzielle, materielle oder technische Hilfe seitens der arabischen Regierungen an die ägyptische Regierung und ihre Institutionen werden gestoppt.

2. Es ist untersagt, ökonomische Unterstützung aus den Fonds, Banken und den arabischen wirtschaftlichen Institutionen, die im Rahmen der Arabischen Liga und der gemeinsamen arabischen Kooperation bestehen, an die ägyptische Regierung und ihre Institutionen zu gewähren.

3. Die arabischen Regierungen und Institutionen erwerben keine Aktien, Anleihen und Allgemeinen Schuldscheine, die die ägyptische Regierung und ihre Finanzinstitutionen ausgeben.

4. Als Folge des Einfrierens der Mitgliedschaft der ägyptischen Regierung in der Arabischen Liga wird ihre Mitgliedschaft in den Institutionen, Fonds und Organisationen, die ihr angegliedert sind, ebenfalls eingefroren. Die ägyptische Regierung und ihre Institutionen dürfen aus ihnen keinen Nutzen mehr ziehen. Die unter ihnen, die sich in Ägypten befinden, sollen provisorisch in andere arabische Staaten verlegt werden

(Anhang Nr. 2).

5. In Anbetracht dessen, daß der unselige ägyptisch-israelische Vertrag und seine Folgeabkommen Ägypten verpflichten, Öl an Israel zu verkaufen, stornieren die arabischen Staaten alle Lieferungen an Öl und Ölprodukten für Ägypten.

6. Der Handel mit den privaten und staatlichen Institutionen Ägyptens, vor allem mit denen, die mit dem zionistischen Feind zusammenarbeiten, ist untersagt.

7. Der Wirtschaftsboykott:

a) Die Gesetze des arabischen Boykotts; seine Grundsätze und Bestimmungen werden auf die Firmen, Institutionen und Einzelpersonen in der Arabischen Republik Ägypten, die direkt oder indirekt mit dem zionistischen Feind zusammenarbeiten, angewandt. Das arabische Boykottbüro soll dies durchführen.

b) Die Festlegung in Unterpunkt a betrifft die kulturellen, geistigen und künstlerischen Werke, die die Zusammenarbeit mit dem zionistischen Feind propagieren oder in irgendeinem Zusammenhang mit seinen Institutionen stehen.

c) Die arabischen Staaten betonen, daß es wichtig ist, die Zusammenarbeit mit den nationalen ägyptischen Einrichtungen, die sich weigern, mit dem zionistischen Feind zusammenzuarbeiten, zu verstärken. Sie sollen ermutigt werden, in ihren Bereichen in den arabischen Staaten zu arbeiten.

d) Die arabischen Staaten betonen, daß es notwendig ist, die Gefühle der Angehörigen des ägyptisch-arabischen Volkes, die in den arabischen Staaten arbeiten und ihre Interessen zu wahren und ihre Zugehörigkeit zur arabischen Nation zu verstärken.

e) Die Rolle des arabischen Boykotts soll gestärkt und sein Druck in dieser Phase erhöht werden. Um zu bekräftigen, daß alle arabischen Staaten sich an die Bestimmungen des Boykotts halten, wird der stellvertretende Generalsekretär für Wirtschaftsfragen beauftragt, das zentrale Büro des Boykotts in Damaskus direkt zu leiten. Er erhält die notwendigen Befugnisse, um es zu reorganisieren und zu stützen und um die notwendigen Vorschläge zur Entwicklung der Mittel, des Inhalts und Umfangs des Boykotts zu machen. Er soll der 1. Ratssitzung Bericht darüber erstatten.

8. Die UNO wird aufgefordert, ihre Büros, die für die arabische Region zuständig sind, aus der Arabischen Republik Ägypten in irgendeine andere arabische Hauptstadt zu verlegen. Die arabischen Staaten unternehmen einheitliche Bemühungen in dieser Richtung.

9. Das Generalsekretariat der Arabischen Liga wird beauftragt, den Stand der gemeinsamen arabischen Projekte zu untersuchen, um die Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind für den Schutz der arabischen Nation. Das Generalsekretariat legt seine Vorschläge dem Rat der Arabischen Liga bei seiner nächsten Sitzung vor.

10. Den zionistischen Plänen muß mit einer arabischen Strategie für die ökonomische Konfrontation begegnet werden, die die arabischen subjektiven Kräfte einsetzt und die arabische ökonomische Zusammenarbeit in allen Bereichen verwirklicht. Sie soll das Wachstum in jedem Land im Rahmen der gesamt-arabischen Perspektive stärken und die gemeinsamen arabischen Projekte ermutigen und erweitern, die dem Ziel der Befreiung, des Fortschritts und des arabischen ökonomischen Aufbaus dienen; das, was an Projekten besteht, soll unterstützt werden. Die Waffe des arabischen Wirtschaftsboykotts soll in ihren Methoden, in ihrer Organisation und ihrem Inhalt entwickelt werden.

Die internationalen Beziehungen sollen vervielfältigt werden, insbesondere mit den Entwicklungsländern. Das Generalsekretariat der Arabischen Liga legt in Kürze die notwendigen Studien, die die Strategie der gemeinsamen arabischen Zusammenarbeit behandeln, dem arabischen Wirtschaftsrat bei seiner kommenden Sitzungsperiode vor, um damit die Einladung für die nächste arabische Wirtschaftskonferenz vorzubereiten.

11. Die Kommission, die in 3c der Beschlüsse der arabischen Außenminister erwähnt ist, wird beauftragt, die Durchführung dieser Beschlüsse zu überwachen und einen Bericht an den Rat der Arabischen Liga bei seiner nächsten Sitzung vorzulegen.

12. Die arabischen Staaten erlassen die notwendigen Maßnahmen und Gesetze, die die Durchführung dieser Beschlüsse verlangt.

13. Diese Maßnahmen, die die arabischen Außen- und Wirtschaftsminister ergriffen haben, stellen das Minimum an Maßnahmen dar, das notwendig ist, um den Gefahren des Vertrages zu begegnen. Den einzelnen Regierungen wird überlassen, das zu unternehmen, was sie darüber hinaus für notwendig erachten.

14. Die arabischen Außen- und Wirtschaftsminister fordern die arabische Nation in allen ihren Staaten auf, die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen den zionistischen Feind und das ägyptische Regime zu unterstützen.

(Quelle: Palästina Bulletin, Bonn, Nr. 14/5. 4. 1979, S.4—9)

Partei der Nationalprogressiven Alternative zu Camp David

1. Die Vereinbarungen von Camp David, von den Regierungen der USA, Ägyptens und Israels unterzeichnet, befinden sich in Form und Inhalt außerhalb der internationalen Legitimität, die durch die Beschlüsse der UNO und ihrer Unterorganisationen verkörpert wird.

Sie widersprechen einerseits den Grundlagen der international anerkannten politischen Lösung, andererseits stellen sie eine illegale Alternative zur „Genfer Formel“ dar. Eine Tatsache, die zu Rückschlägen in der Region und in der Welt und zu Konfliktsituationen mit weitreichenden Konsequenzen führen wird.

Die logische und legitime Berichtigung — was auch notwendig und möglich ist — des Geschehens in Camp David besteht in der sofortigen Einberufung einer Konferenz auf der Grundlage der „Genfer Formel“. Dort sollen diese Vereinbarungen als US-Lösungsvorschläge vorgelegt werden. Alle anderen international legitimierten Konferenzteilnehmer, einschließlich der PLO, sollen das Recht haben, Gegenvorschläge zu machen.

Unserer Einschätzung nach würde die internationale Rechtslage die Sowjetunion, Syrien und Jordanien legitimieren im Einvernehmen mit dem UN-Generalsekretär gemäß der diesbezüglich gefaßten Beschlüsse die Genfer Konferenz sofort einzuberufen.

2. Eine gerechte und umfassende Lösung des Konflikts, ausgearbeitet in Genf unter Aufsicht der internationalen Legitimität, wird von Israel erst dann akzeptiert, wenn man die Einsicht gewonnen hat, daß keine andere Alternative möglich ist. Daher kann so eine Lösung nur durchgesetzt werden, wenn die eigene arabische Kraft ausgebaut und wenn alle im Besitz der arabischen Nation befindlichen effektiven Mittel voll eingesetzt werden, wie die Waffe des Öls und die Öleinnahmen.

3. Garantierung der Kontinuität des palästinensischen Widerstands und Verstärkung seiner politischen und militärischen Aktivitäten in den

besetzten Gebieten, d.h. Verstärkung der materiellen Unterstützung des Widerstands und Schaffung von günstigen Bedingungen für seine Bewegungsfreiheit und Gewährung der dazu nötigen Rückendeckung. Der politische Widerstand muß das Recht haben, ausnahmslos von allen an Israel angrenzenden arabischen Gebieten aus zu operieren.

4. Aufbau der Nord- und Ostfront gegen den zionistischen Gegner durch Schaffung eines Militärbündnisses, das Syrien, den Irak und Jordanien umfaßt und von den Militärpotentialen Libyens, Algeriens und Saudi Arabiens unterstützt wird.

5. Die israelisch-arabischen Auseinandersetzung hat die höchste Priorität gegenüber allen anderen innerarabischen Konflikten. Sie ist politisch, militärisch und wirtschaftlich die Hauptaueinandersetzung. Die Vereinbarungen von Camp David haben diesem Konflikt eine beispiellose Dimension verliehen. Der amerikanisch-zionistische „Frieden“ stellt ein Element der Destabilisierung und Spaltung gegenüber der gesamten arabischen Nation dar. Es geht um die Zionisierung des gesamten arabischen Bodens. Keine Stabilität, keinen Wohlstand und keine Zukunft wird es für die arabische Nation geben, wenn sie nicht schleunigst den Beweis antritt, daß sie mit allen ihren Strömungen und politischen Positionen die Kraft und den Willen besitzt, einen Frieden unter arabischen Bedingungen durchzusetzen; einen Frieden, der internationale Legitimität besitzt. Was heute, am Vorabend der Unterzeichnung des „Friedensvertrages“ zwischen der ägyptischen und der israelischen Regierung beschlossen wird, ist für die Zukunft der arabischen Heimat für eine ganze historische Epoche von eminenter Bedeutung.

(Quelle: Exekutivsekretariat der NPP, Arbeitspapier über Alternativvorschläge zu den Camp-David-Vereinbarungen, Kairo, 23. 10. 1978, Auszug)

Freie Offiziere

Die heutige Entwicklung im Leben unserer ägyptischen Heimat und unserer arabischen Nation wird gefährliche Auswirkungen auf die Gegenwart und die Zukunft der Heimat und der Nation haben. Wir (die Freien Offiziere, die unter G. A. Nasser die ägyptische Revolution anführten, d. Red.), Mitglieder des Revolutionsrates vom 23. Juli, die noch am Leben sind, betrachten es als unsere nationale Pflicht, unsere Meinung zum heutigen Geschehen kundzutun.

Sie, Herr Präsident, sollen vorweg wissen uns alle Bürger des Landes sollen es auch wissen, daß wir uns wie unser Volk nach Frieden sehnen und daß unser teuerster Wunsch die Befreiung unseres Bodens von der Schmach der Besetzung ist. Wir wissen aber, daß es einen Unterschied gibt, zwischen einem wahren Frieden, der Gerechtigkeit, Souveränität und Sicherung der nationalen Integrität zum Inhalt hat, und einem anderen falschen Frieden, der weder gerecht noch sicher ist, der aber den langjährigen Kampf und die Hoffnungen der Zukunft zunichte macht. Nach der von uns vorgelegten Analyse der Vereinbarungen (von Camp David) sind wir uns der großen Gefahren bewußt die auf uns lauern, dieselben Gefahren, die die anderen arabischen Staaten zur Ablehnung der Vereinbarungen veranlaßt haben.

Aus unserer Sicht lassen sich die Camp-David-Vereinbarungen wie folgt zusammenfassen:

1. Sie bedeuten die Spaltung der arabischen Nation und berauben sie ihrer wichtigsten Waffen.

2. Sie bedeuten die Isolierung Ägyptens von der arabischen Nation, was beide schwächt, womit sie dem israelischen Imperialismus zum Opfer fallen.

3. Sie legalisieren alle illegalen Verhältnisse Israels in der Region, und das nachdem es gelungen ist, die arabische Frage von internationalen Gremien und der Weltöffentlichkeit zu isolieren.

4. Ägypten und der Rest der arabischen Nation stehen ohne Sicherheit und mit beschränkter Souveränität gegenüber Israel da, einem Land, das mit US-Hilfe sein Militärpotential gesteigert hat.

5. Sie bedeuten die Liquidierung des Palästinaproblems und der Frage des arabisch-palästinensischen Volkes zugunsten Israels.

Offener Brief



Gleichzeitig wird der ägyptischen Öffentlichkeit suggeriert, sie solle ihre arabische Identität leugnen und die Bande zwischen ihr und der arabischen Welt stelle die Ursache für das ganze Unglück dar. Die ägyptische Öffentlichkeit wird in den Irrglauben versetzt, Fortschritt und Wohlstand würden mit der Verwirklichung der Vereinbarungen anbrechen.

Heute glauben wir, Herr Präsident, daß noch eine Chance besteht, die höheren nationalen Interessen der arabischen Nation durch das Zusammenschweißen der arabischen Front durchzusetzen. Die arabischen Führer sollen sich über eine gemeinsame Position zur Abwehr der Gefahren, die die Existenz der arabischen Nation bedrohen, einigen. Das muß geschehen bevor irgendein Schritt auf dem Weg der Verwirklichung des Abkommens getan wird.

Möge Gott uns alle zum Erfolg führen.

Abdellatif Bongdachi, Zakaria Muhidin, Hussein Schafi, Kamaledin Hussein.

(Quelle: Al Takadum, Kairo, 11. 10. 1978, Auszug)

Ägyptische Kommunistische Partei

Camp David vertieft die Krise

Das Regime befindet sich in einer allgemeinen Krise, die drei Hauptbereiche umfaßt: die nationale Frage, die Frage der Demokratie im Sinne von Beteiligung der Massen in einer Atmosphäre der gesellschaftlichen und individuellen Freiheiten sowie die Frage der Wirtschaftspolitik. Das Regime hegte die Illusion durch eine US-Lösung etwas im Sinne der Lösung der nationalen Frage zu tun, um damit seine Lebensdauer zu verlängern. Haben die Vereinbarungen von Camp David dem Regime irgendetwas gegeben, womit es in die Lage versetzt wird, seine schwere Krise zu entschärfen?

In Wirklichkeit hat der zionistische Gegner alles bekommen. Er spart sich außerdem die Kosten einer großen Besatzungsarmee auf dem Sinai. Israel, die USA im Rücken, hat eine Präsenz auf dem gesamten ägyptischen Boden gewonnen, politisch, diplomatisch und wirtschaftlich, und zwar anstelle einer verhaßten militärischen Präsenz auf dem Sinai.

Dieses Resultat bedeutet konkret die Rückkehr des zionistischen Kapitals in die ägyptische Wirtschaft in einem größeren Ausmaß als vor dem Jahr 1957, dem Jahr der Ägyptianisierung (durch Nasser, d. Red.). Dieses neue Kapital wird nicht für den Aufbau und die Industrialisierung verwendet, sondern es erscheint auf dem neuen großen Markt mit dem Ziel Waren abzusetzen und die billigen Arbeitskräfte auszubeuten in Bereichen, die nur den Interessen und dem Handel des zionistischen Staates dienen, nicht aber der Volkswirtschaft Ägyptens.

Diese Entwicklung setzt in einer Zeit ein, in der große Teile der ägyptischen Bourgeoisie unter den Auswirkungen der Wirtschaftsöffnungspolitik der letzten vier Jahre leiden. Das Engagement Israels im Wirtschaftsleben Ägyptens stellt eine zusätzliche Belastung dar neben den Auswirkungen der Öffnungspolitik, unter deren Last die produktive Bourgeoisie leidet. Sogar manche Großunternehmen aus dem staatlichen Sektor sind dadurch in ihrer Existenz bedroht. Auch die gemeinsamen ägyptisch-israelischen Industrie- und Landwirtschaftsprojekte werden nur einer dünnen Schicht der industriellen Bourgeoisie von Nutzen sein.

Das Spekulieren auf einen angeblichen Aufschwung der Wirtschaft als Resultat gewaltiger US-Hilfe wie des von Sadat vorgeschlagenen Carter-Plans wird sein jähes Ende finden. Solche Hilfen, wenn sie tatsächlich gewährt werden, haben nur die Wirkung eines zeitlich begrenzten Schmerzmittels. Sie führen im Gegenteil zu steigender Inflation und verschärfen die ohnehin schwierige Wirtschaftslage.

Die Verschlechterung der Wirtschaftslage in Äthiopien (vor der Revolution), der Türkei, Pakistans und des Irans zeigen in einer plastischen Weise die Früchte der US-Hilfe für die Länder der Dritten Welt. Auf der anderen Seite wird die Hartnäckigkeit, mit der Sadat seinen Kurs der Kapitulation und des Verrats beschreitet, den Entzug der arabischen Finanzhilfe, einen arabischen Wirtschaftsboykott und Wirtschaftssanktionen mit zur Folge haben, was eine gefährliche Zuspitzung der Wirtschaftskrise hervorrufen wird.

Die Vereinbarungen von Camp David sind nicht nur eine Beleidigung der ägyptischen Nationalwürde, sie bedeuten auch eine verschärfte Ausbeutung der ägyptischen Volksmassen seitens des imperialistisch-zionistischen Kapitalismus, der Parasiten und Handlanger unter den Ägyptern am sich zieht.

Das bedeutet letztlich, daß wir uns am Vorabend eines gewaltigen nationalen Kampfes zwischen den Volksmassen und der nationalen Bourgeoisie einerseits und dem imperialistisch-zionistisch-ägyptischen Block andererseits befinden. Daraus resultiert für die parasitäre Bourgeoisie die Notwendigkeit verschärfter Gewaltanwendung und Unterdrückung, sowie ihre zunehmende Unfähigkeit, auch das kleinste Demokratieexperiment zu wagen.

Der nationaldemokratischen Revolution Ägyptens steht ein gefährlicher Rückschlag bevor, der sie hart treffen wird. Das wird gewaltige nationale und Klassenkämpfe zur Folge haben, die alles, was Ägypten in den letzten 20 Jahren schon erlebt hat, in den Schatten stellen werden.

Das ägyptische Volk verharrt verbittert. Die Arbeiterklasse des staatlichen Sektors fühlt die Liquidationsgefahr der staatlichen Unternehmen, daneben Produktionsrückgang und Absatzschwierigkeiten angesichts der überlegenen ausländischen Konkurrenz. Die Arbeiterklasse im Privatsektor spürt den Druck, den die ausländischen Konkurrenten

auf den Unternehmen ausüben und leidet unter der Massenarbeitslosigkeit.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit verbreitet sich unter allen Werktätigen sowohl den manuell als auch die geistig Arbeitenden. Daneben galoppieren Inflation und Preissteigerungen, die aus Löhnen nutzlose Piaster machen.

Dieser Zustand kann aus beliebigem Anlaß, einem Arbeiterstreik oder einer Studentendemonstration u. ä., jeden Moment zu einer Explosion führen. Die politischen Vortrupps sind heute stärker, erfahrener und stabiler als es im Januar 1977 der Fall war.

Daher erwarten wir einen revolutionären Aufschwung in der nächsten Zeit. Diese Erwartung stellt uns vor die Aufgabe: Vertretung der Wirtschaftsinteressen der Massen, Ergreifung der Initiative und Übernahme einer führenden Rolle im ökonomischen Kampf, Lenkung des revolutionären Aufschwungs in die richtige Bahn, mit dem Ziel das Regime zu stürzen und es durch eine nationaldemokratische Macht zu ersetzen, die auf der Grundlage des vorgeschlagenen Programms der Front (gemeint ist die NPP, d. Red.) steht.

Die immer stärker werdenden nationaldemokratischen Kräfte der ägyptischen Opposition sowie die empörte arabische Massenbewegung werden sich morgen vereinigen, das Handlangerregime verjagen, die Hochburg des Verrats stürmen und Ägypten sein wahres nationales arabisches Gesicht wiedergeben.

(Quelle: Politbüro der AKP, Die politische Entwicklung nach Camp David und unsere Aufgaben unter den neuen Bedingungen, Paris 1978, Auszug)

Wolfram Brönner

Der Nahost-Konflikt und die Palästina-Frage



Marxismus aktuell

318 Seiten, Taschenbuch, 13,20 DM · ISBN 3-88012-538-4



Verlag Marxistische Blätter
Heddernheimer Landstraße 78a
6000 Frankfurt am Main 50

neu

Hans Mayer **Das Aus für Idi Amin**

Am 11. April d. J. fiel die Hauptstadt Ugandas, Kampala, in die Hände exilugandischer Truppen. Das Ende des Regimes unter Idi Amin scheint endgültig besiegelt. Damit öffnet sich der Weg für die Bildung einer provisorischen Regierung durch die Ugandische Nationale Befreiungsfront unter ihrem Vorsitzenden Yusuf Lule.

Der von Idi Amin im Oktober 1978 betriebene Aggressionsakt gegen Tansania hatte keineswegs die erhoffte innenpolitische Stabilisierung des Regimes in Kampala gebracht. Im Gegenteil. Nach dem erzwungenen Rückzug ugandischer Truppen aus dem Kagera-Streifen im äußersten Nordwesten Tansanias zum Jahresende hatten die innenpolitischen Spannungen in Uganda weiter zugenommen und es gelang oppositionellen Guerillaverbänden mit Unterstützung der tansanischen Armee Anfang April 1979 bis nach Kampala vorzurücken. Hinter der Frontlinie waren zuvor von Widerstandskämpfern der Rettet Uganda Bewegung — SUM und rebellierenden Armeeeinheiten strategisch wichtige Verkehrsadern unterbrochen worden. Nur Waffenlieferungen und der Einsatz eines Truppenkontingents Libyens zur Verteidigung Kampalas hatten den endgültigen Zusammenbruch solange hinauszuzögern vermocht.

Ende März d. J. hatte sich die zersplitterte Opposition außerhalb Ugandas in einem Befreiungskomitee, bestehend aus elf Mitgliedern, zusammengeschlossen. Zu ihr, die jetzt die Macht erobert hat, müssen die Organisation für ein freies Uganda mit Sitz in Kenia, die Ugandische Nationalbewegung in Lusaka und der Ugandische Volkskongreß (UPC) als die bedeutendsten gezählt werden.

Es überrascht nicht, daß sich die bürgerliche Berichterstattung über Uganda weitgehend auf die Person Idi Amins beschränkte (vgl. AIB 5/1977). Nach über acht Jahren blutiger Herrschaft bedarf es freilich einer ausführlichen Erklärung für ein Regime, das bei wachsendem Verlust der sozialen Basis und einer nahezu desolaten Wirtschaft über Jahre hinweg fortbestehen konnte.

Obotes „Charta des einfachen Mannes“

Die Machtübernahme Amins 1971 spiegelte das Scheitern eines fortschrittlichen, aber heterogenen afrikanischen Kleinbürgertums mit Unterstützung unter den Acholi, Lango und den Volksgruppen am westlichen Nil (dem Norden Ugandas) wider.¹ Staatspräsident Milton Obote und seine UPC waren bis 1969 in der vollständigen Zerschlagung sezessionistischer, neo-traditionalistischer Kräfte in den entwickelteren Südreionen nicht erfolgreich, obwohl er diese Kräfte 1966 — allerdings nur mit Hilfe des damaligen Brigadiers Amin und ihm ergebener Truppenteile — von der Macht ausschalten konnte. Auch konnten die ökonomischen Probleme im Spannungsfeld zwischen stagnierender kleinbäuerlicher Produktion einerseits und Auslandskapital/Weltmarkt andererseits im Rahmen eines kapitalistischen Entwicklungsweges nicht befriedigend gelöst werden. Schließlich gelang es nicht die ca. 200 000 Personen umfassende Arbeiterklasse oder die Masse der Kleinbauern, die beide unter den sich stetig verschlechternden wirtschaftlichen Bedingungen am meisten zu leiden hatten, in die ugandische Politik miteinzubeziehen.

Mit der Formulierung der „Charta des einfachen Mannes“ versuchte der radikalere Flügel der UPC unter Obote eine ökonomische



General Idi Amin (l.) und Präsident Milton Obote vor dem Putsch 1971

und politische Umorientierung im Sinne eines afrikanischen Sozialismus, ähnlich dem in Tansania und Sambia. Die unter dem Begriff „Bewegung nach links“ eingeschlagene Politik wurde in der „Charta des einfachen Mannes“ als ein Schritt „zur Verwirklichung der realen Bedeutung von Unabhängigkeit (verstanden), d. h. daß die Ressourcen des Landes, die materiellen als auch die menschlichen, zum Wohl aller Menschen . . . ausgenutzt werden.“²

Von zentraler Bedeutung für die antiimperialistische Kursänderung war das Dokument Nr. 4, in dem eine Beteiligung des Staates von 60% an allen ausländischen Gesellschaften einschließlich Banken und Versicherungen und einigen ugandischen Unternehmen dekretiert wurden.

Dieser Sozialismus des afrikanischen Kleinbürgertums unterschätzte freilich — wegen seiner Unfähigkeit, die realen Klassenverhältnisse zu analysieren — die internen Widersprüche und ihre Vermittlung mit den Interessen des Imperialismus.

Die Kapitalflucht nahm 1970 um über 60% zu.³ Das Auslandskapital und die mit ihm verflochtenen sozialen Schichten, die auch innerhalb der UPC über Bastionen verfügten, wandten sich mit Vehemenz gegen eine sozialistische Umorientierung.

Amins Putsch 1971

Da die von Obote 1969 eingeleiteten Maßnahmen unter den gegebenen Bedingungen nur sehr schleppend greifen konnten, besaß der neue Kurs zudem auch unter der Masse der Bevölkerung angesichts einer sich weiter verschlechternden wirtschaftlichen Gesamtlage nur wenig Rückhalt. Somit stellte die Armee wiederum den entscheidenden Machtfaktor in den internen Fraktionskämpfen dar.

Als sich Milton Obote am 25. Januar 1971 auf dem Rückflug von der Commonwealth-Konferenz in Singapur befand, putschte General Amin mit Hilfe der Luftwaffe und einem strategisch bedeutsamen, mechanisierten Bataillon der Armee.

Es dauerte keine Woche, bis die britische Regierung unter Ed-

ward Heath das neue Regime in Uganda anerkannt hatte. Nicht nur, daß Obote mit seinem Verstaatlichungsprogramm die britischen Interessen in Uganda verletzt hatte, so daß lediglich Kenia als „kapitalistisches Musterland“ im ehemaligen Britisch-Ostafrika bestehen blieb; er hatte sich darüber hinaus zu einem der bedeutendsten schwarzafrikanischen Widersacher der britischen Interessen in Südafrika entwickelt und mit dem Austritt aus dem Commonwealth gedroht.

Mehr noch als Großbritannien hatte Israel auf Amin gesetzt. Im Zuge der israelischen Außenpolitik, die Südflanke der Araber aufzuweichen, hatte sich Tel Aviv schon seit Jahren in Uganda festgesetzt. Obote war der israelischen Präsenz zusehends überdrüssig geworden. Die Israelis hatten auffallenderweise ein besonderes Interesse an rebellischen Nubierstämmen im Südsudan entwickelt, aus denen sich vorwiegend Amins Regimente rekrutierten. Es liegt nahe anzunehmen, daß der Sturz Obotes von Israel und Großbritannien betrieben wurde.

In der ersten Zeit nach der Machtübernahme stand Amins Fraktion im Staatsapparat und der Armee noch keineswegs auf festen Füßen. Politische Gegner wurden deshalb radikal ausgeschaltet. Innerhalb weniger Wochen ließ Amin nahezu alle Langgo und Acholi-Offiziere, auf die sich Obote gestützt hatte, umbringen und durch Rekruten aus dem westlichen Nilgebiet, aus dem er selbst stammte, sowie dem südlichen Sudan ersetzen. Ähnlich wurde mit den zu Obote stehenden Personenkreisen in der Bürokratie verfahren. Tausende wurden verschleppt und massakriert. Als sich die Situation wieder etwas beruhigt hatte und sich Amin konzessionsbereiter gab, schlossen sich dem neuen Machthaber auch eine ganze Reihe von ehemaligen Obote-Anhängern an. Kritische Äußerungen der Militärs über Obotes Amtsperiode erwiesen sich im übrigen als durchaus populär. Die vormalige Koalition zwischen den in nördlichen Landesteilen lebenden Bevölkerungsgruppen war jedoch unwiderruflich zerstört. Die fortgesetzte Devisenknappheit, die sich Anfang 1972 schärfer auf Importbeschränkungen von Konsumgütern und landwirtschaftlichen Produktionsmitteln auswirkte, schaffte Konflikte mit den Südregionen. Und noch immer kämpften Pro-Obote-Guerillas gegen Amins Truppen.

Nachdem die Militärs vergeblich versucht hatten, von Großbritannien und Israel neue Waffen zu bekommen — die angegriffene Zahlungsbilanz Ugandas ließ einen Waffenhandel nicht lukrativ erscheinen — wandte sich Amin erstmals den arabischen Ländern zu. Am 13. Februar 1972 leistete er Libyens Staatschef Ghaddafi einen Besuch ab und versicherte sich dort finanzieller und militärischer Hilfe, ehe er kurz darauf im Nahostkonflikt die Fronten wechselte.

Der Exodus der Asiaten

Im Spätsommer 1972 hatte sich die innenpolitische Lage zuspitzt, eine Invasion von Guerillas von tansanischem Boden aus stand unmittelbar bevor. Die Militärregierung wollte die Zusammenarbeit mit dem ausländischen Kapital wieder aufnehmen (staatliche Mehrheitsbeteiligungen wurden teilweise rückgängig gemacht) und war aus diesem Grund gezwungen, den unter Obote aufgehäuften Schuldenberg abzutragen. Die Deviseneinkommen aus den Rohstoffexporten hatten die Rückzahlungen zu decken.

Ein Ausweg aus der politischen Krise lag in der Ausweisung der 50 000 Asiaten mit britischen Pässen und der Enteignung ihres Besitzes. Die größeren Handelsunternehmen gingen vor allem an Armeemoffiziere aus den westlichen Nilregionen über. Kleinere und mittlere Geschäfte übernahmen Politiker und Bürokraten aus der Obote-Zeit.

Asiatisches Kapital diente auch als Grundstock der neu eröffneten Ungandischen Entwicklungsbank. Von dieser Aktion blieben die Interessen der britischen Banken in Uganda nicht ganz unberührt, waren doch die meisten asiatischen Händler bei jenen Banken verschuldet gewesen. Versuche seitens der Banken,

die verlassenen Geschäfte zu pfänden, wurden von dem Militärregime zurückgewiesen, ihre Ansprüche abgelehnt. Großbritannien und andere kapitalistische Länder, jedoch nicht die Bundesrepublik, brachen daraufhin die diplomatischen Beziehungen zu Uganda ab und zogen Entwicklungsprojekte und Fachkräfte zurück. Dem Exodus der Asiaten war damit der weitgehende Exodus der europäischen Kolonie gefolgt, die in einer Reihe bedeutender technischer Programme und im Schulwesen engagiert waren. Die Sowjetunion, Libyen und Jugoslawien leisteten in der Übergangszeit massiv technische und finanzielle Unterstützung. Das Militärregime konnte damit kurzfristig seine Manövrierfähigkeit erhöhen.

Zahlreiche Handelsbeziehungen mit den kapitalistischen Ländern waren nach der Ausweisung der Asiaten unterbrochen. Die Verweigerung der Zins- und Schuldentzählungen, die sie hinterlassen hatten, reduzierte die internationale Kreditzufuhr. Hinzu kamen die ungeklärten Eigentumsverhältnisse bei den enteigneten Geschäften. Die neuen afrikanischen Besitzer hatten lediglich Pachtverträge vom Staat erhalten. Der Kapitalabfluß setzte sich unter Amin fort. Große indische Unternehmen, die von den Verstaatlichungsmaßnahmen absichtlich ausgenommen worden waren, setzten sich nach und nach ins Ausland ab.

Durch die Abwicklung von Import- und Exportgeschäften unter privater Kontrolle war es auch der afrikanischen Kleinbourgeoisie möglich, Finanzmittel im Ausland zu deponieren. Da führende Armeemoffiziere in diese Machenschaften verwickelt waren, ließen sich nur schwer von der Administration kontrollieren. Ein florierender Schwarzmarkt, illegale Importe und De-

Uganda-Daten



Territorium und Bevölkerung: 243 317 qkm (nahezu gleich der BRD); etwa 9,5 Mio Einwohner; die größten Bevölkerungsgruppen sind die Baganda, Iteso, Basoga, Banyankore, Banyaruanda, Bakiga und Langö.

Religion: 2/3 der Bevölkerung bekennen sich heute zum Christentum (protestantisch und katholisch); 15 % sind Moslems.

Wirtschaft: Uganda ist ein schwachentwickeltes Agrarland, dessen Wirtschaft durch die langjährige Kolonialherrschaft geprägt ist. Seine wirtschaftliche Entwicklung hängt zum großen Teil vom Kaffee-, Tee- und Baumwollanbau ab, der etwa 80 % des Exportwertes ausmacht. Die Industrie konzentriert sich auf die Erschließung und Aufbereitung von Bodenschätzen (Kupfer, Diamanten, Zinn, Kobalt) sowie die Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe.

Geschichte:

- | | |
|---------------|--|
| 1884 | Britische Protektoratserklärung über Buganda, 1896 über ganz Uganda |
| März 1962 | Erlangung der inneren Autonomie |
| 9. Okt. 1962 | Unabhängigkeit |
| 1966 | Separatistischer Aufstand des Kabaka (König) von Buganda scheidet |
| 9. Sept. 1966 | Ausrufung der Republik |
| 9. Okt. 1969 | Verkündung der „Charta des einfachen Mannes“, des Parteiprogramms des Ungandischen Volkskongresses (UPC) |
| 25. Jan. 1971 | Militärputsch unter Generalmajor Idi Amin |

visenschiebereien unterminierten die ugandische Volkswirtschaft, deren reales Bruttoinlandprodukt 1973 um 1,2%, 1975 um 2,2% gegenüber dem jeweiligen Vorjahr zurückging.⁴

Mit dem drastischen Ansteigen der Kaffeepreise auf dem Weltmarkt, eingetreten durch die Mißernte in Brasilien 1975, trat eine zweijährige Erholungsphase ein. Internationale Finanzinstitute und der IMF (Internationaler Währungsfond) stellten Kredite und Sonderziehungsrechte zur Verfügung. Auch aus Großbritannien und der EG flossen wieder Gelder nach Uganda.

Um neue ausländische Investoren anzulocken, wurden Steuererleichterungen beschlossen, Außenhandelsrestriktionen abgebaut und der Profittransfer erleichtert. Eine Anzahl halbstaatlicher Gesellschaften gingen in die privaten Hände von Armeefizieren über. 1978 schickte sich Amin gar an, den enteigneten Asiaten eine Entschädigung anzubieten in der Absicht, das politische Klima mit den USA und Großbritannien zu entspannen. Politische Meinungsverschiedenheiten hatten sich freilich kaum auf die Handelsbeziehungen ausgewirkt. Großbritannien, die Bundesrepublik, die USA und Japan blieben trotz politischer Differenzen über Jahre die hauptsächlichen Handelspartner Kampalas. Idi Amins proklamierter „ökonomischer Krieg“ war auf allen Ebenen intensiviert worden und führte zu der Öffnung Ugandas für das internationale Kapital.

Bis auf das Militär und einige Kollaborateure scheint davon niemand profitiert zu haben. Während der achtjährigen Herrschaft Idi Amins fraß die Inflation mit Raten von 80% jährlich die Einkommen der Masse der Bevölkerung auf. Grundlegende Konsumgüter wie Seife und Waschpulver sind in Uganda schon seit Jahren Mangelware. So zog sich die Mehrheit der Bevölkerung, die Kleinbauern, aus der Marktproduktion zurück und produzierte nur noch für den eigenen Bedarf. Der monetäre Sektor der ugandischen Volkswirtschaft hat in nahezu allen Bereichen einschließlich der Industrie seinen Anteil am Bruttoinlandprodukt verringert, die Subsistenzproduktion dagegen nimmt zu.

Aggression gegen Tansania

Der Widerstand und seine Ausweitung auf immer breitere Bevölkerungsschichten erforderte den Aufbau einer brutalen Unterdrückungsmaschinerie seitens der Militärdiktatur. Nur der Unterdrückungsapparat konnte das Regime bis heute überleben lassen. Sämtliche Bereiche der Gesellschaft Ugandas wurden mit einem Sicherheitssystem überzogen. Zentrale Instrumente bei der Formierung des Staatsapparates und der Ausübung der Unterdrückung sind die sog. Einheit zur öffentlichen Sicherheit, die Militärpolizei, das berüchtigte Staatliche Untersuchungsbüro, das politische Gegner beseitigte, und die Leibwache des Präsidenten, die aus Mitgliedern seines eigenen Stammes zusammengesetzt ist und die anderen Sicherheitsorgane zu kontrollieren hat.

Nach Schätzungen der Internationalen Juristenkommission und von Amnesty International sind in den letzten Jahren in Uganda etwa 300 000 Menschen umgekommen. Zu den prominentesten Opfern zählte der oberste Richter des Landes, B. Kiwanuka, der Erzbischof Luwum, zahlreiche ehemalige Kabinettsmitglieder und Armeeeoffiziere. Kibedi Wanume, Außenminister von 1971–73 und Schwager Idi Amins, sprach schon 1974 von Tausenden von Menschen, die ohne ersichtlichen Grund liquidiert worden waren. Neue Massaker an den Acholi und Lango wurden Anfang 1978 bekannt.

Es war der 30. Oktober 1978, als ugandische Truppen in einer Stärke von 2 000–3 000 Mann mit Panzern und schwerer Artillerie nach Tansania eindringen. Ohne auf große Gegenwehr zu stoßen, eroberten sie 700 Quadratmeilen in der West-Lake-Region nördlich des Kagera-Flusses.⁵ Den unvorbereiteten Tansaniern gelang es nur langsam, ihre Armee nach Norden zu schaffen und den Aggressor zurückzuschlagen. Gegen Ende November mußte Uganda aus den besetzten Gebieten wieder abziehen.

Die Gründe dieses gegen OAU-Prinzipien verstoßenden Aggressionsakts sind zunächst in Uganda selbst zu suchen. Ein Preisverfall für Kaffee auf dem Weltmarkt — von 8 000 Dollar auf 2 000 Dollar pro t — sowie der US-Handelsboycott erschütterten die ugandische Ökonomie beträchtlich. Ein knappes Drittel der bisherigen Kaffeexporte ging in die USA. Die im Rahmen der Menschenrechtskampagne Carters erst nach dem Verfall des Kaffeepreises eingeleiteten Wirtschaftssanktionen betrafen auch die US-Ölkonzerne und führten zur Verknappung der Benzinreserven in Uganda. Soldaten der Armee konnten der Sold nicht mehr ausbezahlt werden, und innerhalb der militärischen Spitze traten 1978 erhebliche Meinungsverschiedenheiten auf.

Amin scheint die Aggression geplant zu haben, um von diesen Problemen ablenken zu können. Samora Machel, Präsident der Volksrepublik Moçambique, machte auf einen anderen Aspekt dieses Krieges aufmerksam, indem er ihn in die imperialistischen Versuche zur Destabilisierung der Frontstaaten im südlichen Afrika einreihete (vgl. AIB 1/1979, S. 39).

Das aggressive Verhalten Ugandas unter Amin hat Tradition. Seit seinem Machtantritt hatte Kampala immer wieder Ansprüche auf Kagera geltend gemacht. 1976 wurden gegenüber Kenia und dem Sudan Gebietsforderungen vorgebracht. Auch verbalradikale Auslassungen Amins dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß Uganda in zentralen Fragen des antiimperialistischen Kampfs in Afrika auf westlicher Seite Stellung bezog: In der Angolafrage vertrat das Militärregime die gleiche Auffassung wie China und erntete Beifall als es darüber zum Bruch mit der Sowjetunion kam. Das militärische Eingreifen Frankreichs und Belgiens in der Shaba-Provinz (Zaire) wurde gutgeheißen. Und offen kollaboriert Amin mit dem Imperialismus, indem er Marionettentruppen für Zimbabwe von Sithole und Muzorewa in Uganda ausbilden läßt.

Die ugandischen Truppen hinterließen bei ihrem Rückzug ein Bild der Verwüstung. In Kyaka, einer Provinzstadt im Kagerastreifen, wurde die Polizeistation, die Bank, ein Sägewerk und eine der größten Zuckerfabriken des Landes — nicht ohne den Zucker vorher abzutransportieren — dem Erdboden gleichgemacht. Von einer staatlichen Rinderfarm in Misenyi wurden schätzungsweise 15 000 Rinder gestohlen. Flüchtlinge berichteten von Greueln an der Dorfbevölkerung. Über 40 000 Tansanier waren vor Amins Truppen geflohen und mußten in Lagern hinter der Front untergebracht werden. Tansania hat bisher mehr als 1 000 Tote zu beklagen; der Sachschaden geht nach offiziellen Angaben aus Tansania in die Millionen.

Feldmarschall Amin bemühte sich in den vergangenen Wochen intensiv um weitere Hilfe bei Saudi Arabien und Libyen. Ghaddafi ließ sich seit langem von der „Islamisierung“ Ugandas täuschen und entsprach über Jahre den finanziellen und militärischen Wünschen der Militärs in Kampala. Die militärische Zusammenarbeit scheint nach den jüngsten Hilfsappellen Amins noch ausgebaut worden zu sein.

Da die Beseitigung der Prinzipien der afrikanischen Einheitsorganisation gefährdenden Konfliktstoffs zwischen Uganda und Tansania nach Auffassung des tansanianischen Präsidenten Nyerere den Sturz Idi Amins voraussetzt, ist damit eine der gemeinsamen Sache Afrikas schädliche Konfrontationslinie entstanden. Sie ist geeignet, auch gemeinsame Positionen Libyens und Tansanias (in der Frage des südlichen Afrika, der Westsahara usw.) zu belasten.

Anmerkungen:

- 1) Zur Politik Obotes vgl. vor allem U. Luig, Ugandas Weg über die koloniale in die neokoloniale Abhängigkeit, in: Zur Soziologie der Dekolonisation in Afrika, Frankfurt 1973, S. 191 f.
- 2) Zit. nach T. B. Kabwegyere, The Politics of State Formation, Nairobi 1974, S. 244
- 3) Vgl. F. A. Brett, Relations of Production, The State and the Ugandan Crisis, unveröffentlichtes Manuskript, Essex, Juni 1976, S. 20
- 4) Vgl. The Europa Year Book 1978, A World Survey, Vol. II S. 1522
- 5) Zum Kagera-Konflikt vgl. vor allem die Berichterstattung in Africa, London, Nr. 89 und 90/1979

Erster Zwischenbericht der Internationalen Untersuchungskommission für die Verbrechen der Rassisten- und Apartheidregimes

Wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kurt Waldheim, in seiner Botschaft an die Untersuchungskommission unterstrich, hat die UN-Vollversammlung die Apartheid nicht nur als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt, sondern auch eine Konvention zur Beseitigung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid angenommen. Darüber hinaus hat der Sicherheitsrat, der die südafrikanischen Angriffe gegen die Nachbarländer wiederholt verurteilt hat, beschlossen, internationale Aktionen zur Beseitigung des Systems der institutionalisierten Rassendiskriminierung im südlichen Afrika voranzutreiben.

Die Kommission hat eine Studie über das internationale Recht, das die Handlungen des Apartheidregimes betrifft, erstellt. Das schließt u. a. die Protokolle und Konventionen von Genf und Den Haag, die Nürnberger Prinzipien, die die Generalversammlung 1950 angenommen hat, die Konvention über Völkermord und die Menschenrechtsvereinbarungen der Vereinten Nationen ein.

Im Lichte des betreffenden internationalen Rechts wird die Kommission die Verbrechen der illegitimen südafrikanischen Behörden und ihrer Streitkräfte sowie der Streitkräfte des illegalen Regimes in Zimbabwe untersuchen und darüber berichten.

Die Kommission wird auch Aktionen der Regierungsbehörden anderer Staaten und multinationaler Konzerne untersuchen und über sie berichten, die die Unterdrückung und Ausbeutung der Völker von Südafrika, Zimbabwe und Namibia durch die Rassistenregimes, die in diesen Gebieten operieren, unterstützen und begünstigen.

Wenn die Kommission ihre Aufgabe erfüllt hat, wird sie ihren Bericht den Vereinten Nationen und anderen geeigneten Organisationen überreichen und die Vereinten Nationen auffordern, ein Internationales Straftribunal zu errichten, um diese Verantwortlichen abzuurteilen und zu bestrafen, und andere geeignete Maßnahmen ergreifen, die notwendig sind, um zu gewährleisten, daß das Volk Südafrikas im Befreiungskampf unterstützt wird und seine Rechte nach internationalem Gesetz adäquat geschützt werden. Sie beachtet weiter, daß die von den Vereinten Nationen anerkannten Befreiungsbewegungen und die Organisation der Afrikanischen Einheit zumindest einen Anspruch haben

1. auf die Vorteile des internationalen Rechts über die Menschenrechte und des internationalen Rechts über die Humanität;
2. auf Zutritt zu internationalen Institutionen; und
3. auf Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft in ihrem Kampf gegen Unterdrückung und für die Befreiung ihrer Völker.

Die erste Sitzung der Internationalen Untersuchungskommission wurde vom 9.—12. Februar im Kongreßpalast in Brüssel abgehalten, mit Herrn Sean McBride, dem früheren UN-Bevollmächtigten für Namibia und Friedensnobelpreis- und Leninfriedenspreisträger als Vorsitzenden.

27 Persönlichkeiten haben als Mitglieder der Kommission an dieser Sitzung teilgenommen, die in Anwesenheit von UN-Repräsentanten, belgischer und ausländischer Persönlichkeiten, einschließlich zahlreicher in Belgien akkreditierter afrikanischer Botschafter stattfand.

Die Anfänge der Schaffung der Kommission, ihre Ziele und Arbeitsmethoden wurden vom Präsidenten der Kommission, Herrn Sean McBride, und dem Generalsekretär der Kommission, Frau P. Pierson-Mathy, definiert.

Zu Beginn der Sitzung wurden Solidaritätsadressen verlesen, die u. a. vom Generalsekretär der UNO, Kurt Waldheim, von Botschafter L. O. Harriman, dem Präsidenten des Sonderkomitees gegen Apartheid, von Oliver Tambo, dem Präsidenten des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), von Andrew Young, Botschafter der Vereinigten Staaten bei der UNO, von Olof Palme, Präsident der Sozialdemokratischen Partei Schwedens, von Karel Miert, Präsident der Belgischen Sozialistischen Partei und von Khatchatourov vom sowjetischen Afro-Asiatischen Solidaritätskomitee kamen. Herr Dogadou, Botschafter von Togo in Brüssel, drückte die Unterstützung der OAU-Gruppe in Brüssel für die Arbeit der Kommission aus. Herr Kazaura, der Botschafter Tansanias in Brüssel, hielt eine Rede als Vertreter der Frontstaaten, und Herr Jo-

siah Chinamano, der Vizepräsident der Patriotischen Front, sprach zur Kommission als Vertreter der Befreiungsbewegungen.

Das Thema der ersten Sitzung war: „Die Verbrechen des Rassisten- und Apartheidregimes in Südafrika:

- a) Aggressionsakte gegen den Kampf der Völker für Befreiung;
- b) Aggressionsakte gegen die Frontstaaten.“

1. Südafrika

Die Delegation des ANC, die von Herrn Cap Zungu, dem Repräsentanten des ANC für Westeuropa, geleitet wurde, legte einen allgemeinen Bericht über die Situation der politischen und bewaffneten Unterdrückung des Volkes von Südafrika durch das Apartheidregime und über die Entwicklung des Befreiungskampfes vor.

Die Zeugen des ANC wurden von Dr. Albie Sachs, einem Rechtsanwalt, vorgestellt, der zur Zeit an der Juristischen Fakultät der Eduardo-Mondlane-Universität in Maputo, Moçambique, lehrt. Er reichte auch schriftliche Zeugenaussagen von drei ANC-Mitgliedern ein, die die Bedingungen ihrer Haft und die Folter, die sie während ihrer Haft zu erdulden hatten, betrafen.

Drei junge Frauen aus Südafrika wurden als Zeugen von der Kommission gehört. Fräulein Sikose Mji beschrieb die Brutalität der Sicherheitskräfte in Soweto, die nicht zögerten, absichtlich auf sehr junge Leute und Kinder während einer unbewaffneten Schuldemonstration zu schießen und sie mit ihren Panzerwagen zu zermalmen. Fräulein Freda Mohale (27) schilderte ihre eigenen Erfahrungen aus der Haft von Juli 1975 bis November 1976 und die Folter, der sie im Gefängnis vom Bloemfontein, unter der Leitung von Major Coetzee in Zusammenarbeit mit Sergeant Prinsloo, unterworfen war. Dort ließ man sie 52 Stunden lang stehen, ohne in dieser Zeit essen, trinken und schlafen zu dürfen. Im Polizeihauptquartier am John Vorster Platz in Johannesburg, unter der Leitung von Captain Cronwright, Leutnant Söhn und Fräulein Müller, wurde sie weiteren Folterungen unterworfen. Fräulein Nmalizo Kraai (24), eine ehemalige Studentin der Universität von Zululand, gab eine Zeugenaussage über das Massaker im Doornkop-Kirchhof in Soweto ab und über die Haftbedingungen und die Brutalität, die sie während der Verhöre im Volksrustgefängnis von der Sicherheitspolizei von Natal zu erdulden hatte. Fräulein Kraai identifizierte Captain Els, und die Sergeanten Mbatha, Bathat und Van Rensburg als ihre Folterter.

Herr John Gaetsewe, Generalsekretär des Südafrikanischen Gewerkschaftskongresses (SACTU), gab einen Bericht über die Repression gegen Gewerkschaftsfunktionäre in Südafrika und schilderte Einzelheiten über drei Gewerkschaftsfunktionäre, die in der Haft in südafrikanischen Gefängnissen gestorben sind.

Genauere schriftliche Informationen vom ANC und dem Internationalen Verteidigungs- und Hilfsfonds zur Situation der Unterdrückung in Südafrika wurden dem Sekretariat der Kommission übergeben.

Pfarrer Reinhard Brückner, ein Geistlicher der Evangelischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland, gab Informationen über einen Prozeß gegen afrikanische Studenten, Mitglieder der Südafrikanischen Studentenbewegung (SASM) und des Schülers- und Studentenrates von Soweto (SSRC), der zur Zeit in Johannesburg stattfindet. Pfarrer Brückner arbeitete früher an der Christlichen Akademie in Johannesburg, wurde selbst eingesperrt und in Verbindung mit öffentlichen Aktivitäten gegen die Apartheid aus Südafrika aufgewiesen. Diese jungen Leute riskieren langjährige Inhaftierungen und sogar die Todesstrafe wegen ihrer patriotischen Aktivitäten. (. . .)

4. Namibia

Eine SWAPO-Delegation aus Lusaka war eingeladen an dieser Sitzung teilzunehmen, konnte aber wegen praktischer Schwierigkeiten nicht

teilnehmen. Nichtsdestoweniger wurde die Situation in Namibia untersucht durch die Zeugenaussagen von Peter Manning, Repräsentant der SWAPO in London, und Pater Hunke, einem katholischen Priester deutscher Abstammung, der im Juli 1978 aus Namibia ausgewiesen wurde und gegenwärtig für das IDOC arbeitet.

Peter Manning gab einen Bericht von seiner Verhaftung, den Bedingungen seiner Haft, seiner Vernehmung und seiner Ausweisung aus Namibia, wobei er unterstrich, daß die Mißhandlungen, denen er unterworfen war, nichts seien im Vergleich zu dem, was afrikanische SWAPO-Mitglieder erlitten. (. . .)

5. Zimbabwe

Die Delegation der Patriotischen Front, unter der Leitung von Josiah Chinamano, unterbreitete mehrere juristische Berichte, die sich auf die Verbrechen beziehen, die vom Smith-Regime und seinen Verbündeten gegen das Volk von Zimbabwe begangen werden.

Der erste ausführliche Bericht wurde gegeben von Herrn Ncube, Rechtsberater. Dieser Bericht analysiert in systematischer und sorgfältiger Weise die verschiedenen Kategorien von Verbrechen, derer das Smith-Regime nach internationalem Recht schuldig ist. Sie umfassen:

- a) das Verbrechen des Kolonialismus;
- b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit: Verfolgung von Zivilisten aus rassistischen und politischen Gründen, Deportation politischer Opponenten, politische Prozesse, politische Morde, Vergewaltigungen, Foltern und andere erniedrigende Behandlungen;
- c) Kriegsverbrechen: Angriffe auf Nachbarstaaten, Völkermord, chemischer Krieg, Konzentrationslager, Standrecht, Ausgangsbeschränkungen, Massaker;
- d) Verletzungen des Kriegsrechts und der Kriegskonventionen;
- e) Verbrechen gegen die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Struktur der zimbabweischen Nation. (. . .)

Ein dritter Bericht wurde von Herrn Emerson Munangagwa vorgelegt, der ebenso Beweise lieferte für die Existenz verschiedener Verbrechen, die vom rhodesischen Regime verübt worden waren, einschließlich u. a. der wiederholten Massaker an Zivilisten und europäischen Missionaren in Zimbabwe.

Der Bericht enthält detaillierte Informationen über Bewaffnung westlichen Ursprungs, mit der die rhodesische Armee zunehmend ausgerüstet ist. Herr Munangagwa, der selbst zehn Jahre lang vom rhodesischen Regime in Haft gehalten worden war, wurde von Dr. Kamba, Dekan der Juristischen Fakultät von Dundee in Irland, als Zeuge vorgestellt. Der Zeuge berichtete über seine eigenen Erfahrungen in der Haft und über die Folterungen, denen er ausgesetzt worden war. Herr Munangagwa, der eine bedeutende Persönlichkeit im bewaffneten Befreiungskampf ist, informierte auch ausführlich über die illegalen Methoden

der Kriegsführung, wie sie von den rhodesischen Streitkräften angewandt werden; insbesondere über die Vergiftung von Nahrungsmitteln, von Früchten im Busch sowie die Versorgung mit Jeans und Frauenbekleidung durch den Feind mithilfe von Marionetten des Regimes, die mit vergifteten Färbemitteln imprägniert wurden, das jene tötet, die sie sofort anziehen.

Arbeitsprogramm

Um ihre Aufgaben zu erfüllen, beschloß die Kommission, die folgenden Angelegenheiten im einzelnen zu untersuchen und über sie Bericht zu erstatten:

1. Die wichtigsten Bestimmungen des Völkerrechts zur Bestrafung von Personen, die Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen, die den Tatbestand des Völkermordes erfüllen, sowie von Personen, die der umfassenden und systematischen Verletzung der Menschenrechte (einschließlich der Verletzung von Bestimmungen der Internationalen Konvention über die Beseitigung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid) schuldig sind.
2. Massaker, Ermordungen und unrechtmäßige Tötungen, die von bewaffneten Kräften unter der Kontrolle des Apartheidregimes von Südafrika oder des illegalen Regimes von Rhodesien ausgeführt wurden.
3. Andere Handlungen, einschließlich Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen, die in Verletzung der Menschenrechte durch das Apartheidregime von Südafrika und oder das illegale Regime von Rhodesien begangen wurden.
4. Die gewaltsame Vertreibung von Teilen der Bevölkerung, deren Entzug wesentlicher Voraussetzungen zur Erhaltung von Gesundheit und Leben und die absichtliche Vernachlässigung ethnischer Gruppen, die einen Völkermord (kulturell und physisch) darstellt, durch das Apartheidregime von Südafrika und/oder das illegale Regime von Rhodesien.
5. Die Hilfe, die Südafrika und dem illegalen Regime von Rhodesien durch bestimmte Staaten und auch multinationale Unternehmen gewährt wird, die die Unterdrückung, Ausbeutung und Verbrechen gegen die Völker von Südafrika, Zimbabwe oder Namibia unterstützen und anstacheln.
6. Die Nichtbefolgung oder Umgehung des Völkerrechts und der Resolutionen der Vereinten Nationen (einschließlich der UNO-Sanktionen) bezüglich Südafrikas, Zimbabwes oder Namibias.
7. Die Zusammenarbeit bestimmter Staaten mit Südafrika zur Förderung und Unterstützung seines Weges zur Nuklearmacht.

(Quelle: Hektographiertes Material der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der rassistischen und Apartheidregimes im südlichen Afrika, Brüssel, 12. 2. 1979)

Justizmord an S. Mahlangu

Am 6. 4. 1979 hat das südafrikanische Vorster/Botha-Regime den 22jährigen Freiheitskämpfer des Afrikanischen Nationalkongresses von Südafrika (ANC) Solomon Mahlangu hinrichten lassen.

Mahlangu nahm aktiv an der Aufstandsbewegung von Soweto im Juni 1976 teil. Kurze Zeit später ging er ins Exil, wo er vom ANC für weitere Aufgaben im südafrikanischen Widerstandskampf vorbereitet und ausgebildet wurde. In seine Heimat zurückgekehrt wurde er 1977 bei einer Razzia, bei der es zu einem Schußwechsel mit der Polizei kam, verhaftet. In einer Prozeßfarce wurde Mahlangu am 3. März 1978 zum Tode verurteilt, obwohl eindeutig bewiesen werden konnte, daß er keinen der Schüsse abgegeben hatte, die bei seiner Verhaftung den Tod zweier Weißer nach sich zogen.

Das Apartheidregime hat die Todesstrafe vollstrecken lassen — trotz einer weltweiten Protestkampagne und trotz einer nochmaligen Intervention des UN-Sicherheitsrates bei der südafrikanischen Regierung in der Nacht vom 5. auf den 6. April.

Solomon Mahlangu gehörte zu einer der ersten Einheiten, die der „Speer der Nation“, der bewaffnete Arm des ANC, nach den Soweto-Aufständen ins Land zurückschickte, um dem Gewaltregime in der einzigen Sprache zu antworten, die es versteht.

Mahlangu war bereit, im Kampf gegen ein Regime, dessen bloße Existenz nach internationalem Völkerrecht ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt, sein Leben hinzugeben. Der Justizmord des Regimes hat ihn zum Symbol gemacht — zum Symbol des Kampfes für ein freies Südafrika, in dem die trennenden Schranken der Apartheid ein für allemal eingerissen sein werden.



Iván Ljubetić Holocaust auf chilenisch



Zwei der prominentesten Verschwundenen Chiles: Victor Díaz (l., verschleppt 1976) und Exequiel Ponce (verschleppt 1974)

Wenn man bedenkt, welchen Eindruck der Film Holocaust, der etwas von den Verbrechen des Naziregimes vor 30 Jahren zeigte, auf Millionen Bürger der BRD machte, kann man sich die Reaktion in Chile vorstellen, als bekannt wurde, daß ein Massengrab mit Opfern der faschistischen Diktatur entdeckt worden war. Es geht in diesem Fall nicht um die Vergangenheit, sondern um eine entsetzliche Gegenwart.

Bei den gefundenen Leichen handelt es sich um Verschleppte, nach denen die Angehörigen seit dem Zeitpunkt ihrer Verhaftung im Oktober 1973 verzweifelt suchten.

Ende November 1978 teilte jemand bei der Beichte einem Priester die Existenz eines Massengraves in einem verlassenen Kalkbergwerk bei Lonquén, in der Nähe von Santiago mit. Er erklärte sich einverstanden damit, daß die Sache an die Öffentlichkeit gebracht würde, bat aber darum, seinen Namen zu verschweigen.

Die Katholische Kirche beschloß, zuerst die Wahrhaftigkeit der Angaben zu überprüfen. Eine Kommission, an der sich Journalisten, ein Rechtsanwalt und Vertreter des Solidaritäts-Vikariats vom Erzbistum Santiago beteiligten, fuhr nach Lonquén. Am beschriebenen Ort fanden sie zwei Kalköfen und in einem von ihnen das Massengrab. An einer Mauer in der Nähe waren Einschüsse zu sehen und auf der Erde lagen leere Kugelhülsen.

Am 1. November 1978 erstattete die Kommission hierüber Anzeige vor dem Obersten Gerichtshof, der die Richterin der zuständigen Ortschaft mit der Untersuchung des Falles beauftragte.

Die Nachricht über den Leichenfund schlug in Chile wie eine Bombe ein. Dank der mutigen Aktionen der Angehörigen der Verschwundenen¹ war das Problem nicht mehr unbekannt und viele forderten energisch eine gründliche Untersuchung. Der Oberste Gerichtshof mußte dem Druck nachgeben und ernannte am 6. Dezember 1978 einen Sonderrichter — Adolfo Banados — für die Untersuchung des Falles.

Banados bemühte sich ernstlich um eine Aufklärung. Er be-

suchte den Fundort, forderte die gesamte Liste der verschwundenen Verhafteten an, beschäftigte sich mit 13 Anzeigen über Verschleppungen in der Gegend von Lonquén, die von den Gerichten ad acta gelegt worden waren, vernahm ihre Angehörigen und weitere Bauern aus der Gegend.

Wenig später berichtete die Presse, daß die Anzahl der gefundenen Leichen 25 bis 27 betrage.

Am 19. Dezember wurde auf der Grundlage einer weiteren Anzeige beim Solidaritäts-Vikariat noch ein Massengrab, diesmal in Cuesta Barriga auf dem Weg zwischen Santiago und Valparaiso gefunden.

Am gleichen Tag demonstrierten Angehörige von Verschwundenen in der Innenstadt Santiagos.

Bis zum Leichenfund von Lonquén hatten die Faschisten immer wieder erklärt, daß es sich bei den „angeblich“ Verschwundenen um Personen handeln würde, die nie existiert hätten, die das Land verlassen, eine doppelte Identität hätten oder in den Untergrund gegangen wären . . .

Mit Lonquén wurden alle diese Lügengebilde zerstört. Daraufhin entwickelten sie eine neue Erklärung, die des Bürgerkrieges. Der Innenminister Sergio Fernández behauptete am 20. Dezember, daß „die Regierung nicht die Möglichkeit ausschließt, daß bei den Kämpfen, die nach dem 11. September 1973 nicht zu verhindern waren, Menschen ums Leben kamen, die nicht rechtzeitig identifiziert wurden . . . Es können über 500 gewesen sein“.²

In ihrer Nervosität haben sich die Faschisten selber verraten. Denn — wie die Angehörigen der Verschwundenen richtig bemerkten — bevor nur eine der Leichen identifiziert worden war, gab die Regierung zu, daß diese Leichen in Verbindung zum Problem der verschwundenen Verhafteten stünden.³ Woher wußten sie das?

Die These des Bürgerkrieges wurde allgemein zurückgewiesen. Der Sonderrichter erklärte kategorisch: „Es hat keinen Krieg gegeben“.⁴

Die Zeitschrift Hoy gab der Meinung der großen Mehrheit der Chilenen Ausdruck, als sie schrieb: „Dieses Argument ist zu schwach, um das Gewissen Tausender von Chilenen beruhigen zu können. Denn ein Krieg bedeutet einen Kriegsschauplatz und er bedeutet Tote auf beiden Seiten, Tote die erkannt, gezählt und öffentlich identifiziert werden . . . Wenn es zu einer bewaffneten Auseinandersetzung gekommen ist, dann findet man keine gefesselten Leichen oder Kugelhülsen neben den Toten am Ort der Begrabung. Eine Schlacht unterscheidet sich klar von einem Gemetzel.“⁵

Die Junta der Lüge überführt

Im Verlauf seiner Untersuchung vernahm Sonderrichter Banados auch einen Zahnarzt, der einige Verschleppte aus der Gegend behandelt hatte. Dies führte zur Identifizierung von einer der Leichen.

Am 13. Februar 1979 erkannte dann Olga Maureira die Kleidung die ihr Vater und ihre vier verschwundenen Brüder zum Zeitpunkt der Verhaftung getragen hatten. Anfang März waren bereits 15 der Opfer identifiziert worden. Sie hatten alle in der Gegend von Lonquén gewohnt und waren in ihrer Mehrheit Landarbeiter. Zu den Identifizierten gehören Sergio Maureira und seine vier Söhne: Sergio, Rodolfo, Segundo und José; En-

rique Astudillo und seine beiden Söhne Omar und Ramón; drei Brüder Hernández: Carlos, Oscar und Nelson.

Was war mit ihnen geschehen? Sie waren alle am 7. Oktober 1973 von Polizeikräften — deren Namen bekannt sind — verhaftet und im Wagen vom Besitzer des Weingutes, wo sie arbeiteten, zum nächsten Polizeirevier gebracht worden. Als ihre Angehörigen dort am nächsten Tag nach ihnen fragten, erklärte man ihnen, sie seien an einen anderen Ort gebracht worden, der jedoch nicht angegeben wurde. Daraufhin reichten sie eine Rechtsschutzeingabe ein. Dem Gericht erklärten die Polizisten, die Gefangenen seien zum Nationalstadion gebracht worden, das von September bis November 1973 als KZ diente. Doch dort wurden ihre Eingänge nie registriert.

Im November 1975 erklärte Sergio Diez, Vertreter der Junta vor der UNO, daß José, Rodolfo und Segundo Maureira zwischen dem 11. und 15. Oktober 1973 ins Leichenschauhaus in Santiago eingeliefert worden seien, d. h. nicht verschwunden, sondern legal tot wären — worüber er entsprechende Dokumente vorlegte —, während Sergio Maureira nie existiert habe. Die Leichen der vier wurden jetzt jedoch in Lonquén gefunden. Einen deutlicheren Beweis seiner Lüge vor der UNO kann es nicht geben.

Die Offenlegung der so lange bestrittenen Verbrechen der Faschisten veranlaßte die Angehörigen der Verschwundenen zu neuen Aktionen, die von breiten Kreisen unterstützt wurden.

Kampfansage von Lonquén

Am Sonntag, den 25. Februar nahmen etwa 2000 Menschen an einem Gottesdienst in Lonquén teil. Danach zogen sie alle zu dem 4 km entfernt liegenden Kalkbergwerk, wo sie ein großes Holzkreuz aufstellten. An der Mauer des Kalkofens wurde eine Kupferplatte mit Versen von Pablo Neruda angebracht:

„Wenn auch tausend Jahre die Schritte diesen Ort berühren, sie werden das Blut derer, die hier fielen, nicht tilgen. Und verlöschen nicht wird die Stunde, in der ihr fielt, wenn Tausende Stimmen auch dies Schweigen queren.“

In einer Ansprache erklärte ein Gewerkschaftsführer der Landarbeitergewerkschaft, der die Opfer angehört hatten, daß „das Kreuz über die Zeiten stehen bleiben wird, bis zum Sieg, als ein Zeichen dafür, daß sich das chilenische Volk dazu verpflichtet hat, Gerechtigkeit und Freiheit zu suchen“. Mutig und entschlossen rief er zur Einheit im antifaschistischen Kampf auf: „Wir Leiter der Landarbeiterorganisationen rufen alle Werktätigen, alle Männer, Jugendlichen, Patrioten, zu einem breiten Massenkampf auf, denn nur er wird erreichen, daß endlich in unserem Vaterland die Sonne der Hoffnung strahlt“ . . . „Nur eins vereinigt uns heute: der Antifaschismus. Nur eins vereinigt uns: der Kampf gegen die Diktatur bis zum Sieg des Volkes.“⁶ Mehrmals wurde seine Rede von dem Ruf unterbrochen: „Das geeinte Volk wird niemals besiegt werden!“

Nicht weniger kämpferisch verlief der 8. März, der Internationale Tag der Frau. Für diesen Tag war eine Massenveranstaltung in einem Stadion in Santiago geplant worden, doch sie wurde in letzter Minute von den Faschisten verboten. Daraufhin zogen Tausende von Frauen mehrere Stunden lang trotz der polizeilichen Repression durch die Straßen Santiagos. Zu den am häufigsten gerufenen Losungen gehörte: „Lonquén! Lonquén! . . . Mörder!“

Seit Anfang März mehren sich die Angriffe gegen den mit dem Fall Lonquén beauftragten Sonderrichter. In der faschistischen Presse häuft sich die Kritik. Pablo Rodriguez, Chef der faschistischen Bewegung Vaterland und Freiheit warf ihm vor, er wolle „politisches Aufsehen erregen, indem er den Journalisten Informationen gebe, obgleich er wüßte daß seine Worte benutzt werden würden, um die Regierung in übereilter Weise zu beschuldigen“.⁷

Der Oberste Gerichtshof, der sich stets als Handlanger der Diktatur auszeichnete, „wies Richter Banados an, von Mitteilungen an die Presse über den Fall Lonquén Abstand zu nehmen“

und übte an seiner bisherigen Vorgehensweise Kritik.⁸ Darüber informiert frohlockte das faschistische Blatt Las Ultimas Noticias unter der Schlagzeile „Schweigen im Fall Lonquén“.⁹

Der Druck der Faschisten auf Richter Banados verfolgt den Zweck, daß dieser sich für unzuständig erklärt und den Fall dem Militärgericht übergibt. Dieses würde das Verfahren aufgrund des sog. „Amnestie“-Gesetzes vom 19. 4. 1978 einstellen. Damit würde einmal mehr bewiesen, daß die Angehörigen der Verschwundenen, die Katholische Kirche und andere Kreise recht hatten, als sie erklärten, dieses „Amnestie“-Gesetz sei nur zum Schutz der Agenten der Geheimpolizei DINA verabschiedet worden. Damals hatte die Justizministerin Monica Mandariaga empört erwidert, es sei „eine Gemeinheit zu glauben, daß die Amnestie ausgerufen wurde, um die DINA zu begünstigen“.¹⁰

Eines steht fest: nur der verstärkte Druck der demokratischen Kreise in Chile kann erreichen, daß das Problem der Verschwundenen aufgeklärt wird. In diesem Kampf ist für sie die Unterstützung durch die internationale Solidarität weiterhin von entscheidender Bedeutung.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. AIB 4, 9/1979 und 7—8/1978
- 2) La Tercera, Santiago, 21. 12. 1978, S. 2
- 3) Hoy, Santiago Nr. 83, 27. 12. 1978—2. 1. 1979, S. 13
- 4) Ebenda, S. 12
- 5) Hoy, Nr. 84, 3.—9. 1. 1979, S. 37
- 6) Informationsbulletin Venceremos, Frankfurt/Main, März 1979, S. 10
- 7) Hoy, Nr. 93, 7.—13. 3. 1979, S. 12.
- 8) Bericht in Radio Chilena, dem Sender des Erzbistums Santiago der Katholischen Kirche Chiles, vom 10. 3. 1979
- 9) Bericht im Sender Radio Cooperativa Vitalicia, Santiago, vom 10. 3. 1979
- 10) Zit. nach Hoy, Nr. 83, 27. 12. 1978—2. 1. 1979, S. 13

FILME ZUM THEMA CHILE:



Die Fäuste vor der Kanone

Die Geschichte der chilenischen Arbeiterbewegung von 1900-1932, der Prozeß der ersten imperialistischen Konterrevolution gegen das chilenische Volk: die politischen Kämpfe

der Salpeterarbeiter im Norden - die Persönlichkeit des Gründers der KP Chiles, Luis Emilio Recabarren - der Einfluß des US-Imperialismus auf die Entwicklung Lateinamerikas - die Ursachen der Militärdiktatur von Ibañes und der Putsch der reaktionären Streitkräfte 1932 nach 12 Tagen sozialistischer Republik.

Im Verleih bei:

UNIDOC
Film für
den Fortschritt

Donitzstr. 29 Postfach 45
8000 München 19. Tel.: 089/5 00 41

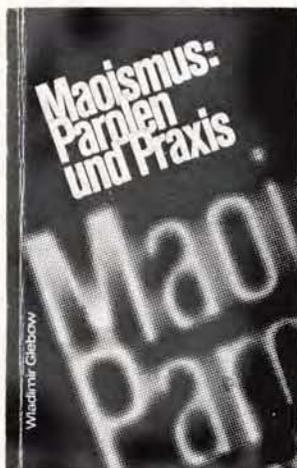
Weitere Titel:

**EINE MINUTE DUNKEL MACHT
UNS NICHT BLIND**

**DER KRIEG DER MUMIEN
MITBÜRGER**

**ERINNERE DICH MIT LIEBE UND
HASS**

Wohin treibt China? (1)



Aus der Flut von China-Publikationen der 70er Jahre auszuwählen, ist unumgänglich. Unsere Auswahl beschränkt sich zum einen auf Erscheinungen ab 1975. Zum anderen spart sie Mao-Biographien, Mao-Schriften, aber auch Reiseberichte aus. Was bleibt, sind geschichtlich angelegte Gesamtdarstellungen oder politische Ausschnitte zum zeitgenössischen China, von Analysen zur Außenpolitik und zu inneren Entwicklungen.

Eine geraffte historische Gesamtdarstellung, die bis zu den Anfängen der chinesischen Befreiungsbewegung um die Jahrhundertwende zurückgreift, bieten

R. Müller/D. Klein, Nacht über China, Dietz Verlag, Berlin 1976, 293 Seiten, 4,— DM.

Die Autoren wurden Augenzeugen der Aufbauphase des Sozialismus in China, von Maos „Großem Sprung nach vorn“ (1958) und der „Kulturrevolution“ (1965—69). Im Mittelpunkt steht zum einen die historische Darstellung der Auseinandersetzung zwischen der maoistischen, nationalistischen Strömung einerseits, der marxistisch-leninistischen, internationalistischen Strömung andererseits innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) bis in die 60er Jahre. Sie werden auf dem Hintergrund des antiimperialistisch-demokratischen Befreiungskampfes und der stürmischen Entwicklung im 1. Jahrzehnt der Volksrepublik China (VRCh) nachgezeichnet. Eingehender Behandlung erfahren Maos Herausforderung der kommunistischen Weltbewegung, die maoistische Jugendpolitik, die Außenpolitik. Ausführlich diskutieren die Autoren Mao Tse-tungs Rolle, die Kampagnenführung in den zentralen Kontroversen bis zum Jahr 1975 und den X. Parteitag der KP Chinas.

R. Müller/D. Klein kommen zu dem Schluß, daß die KPCh Mitte der 70er Jahre als eine „maoistische“ und „keine marxistisch-leninistische“ Partei zu klassifizieren ist (S. 281). Sie „zweifeln jedoch nicht daran, daß die Kommunisten, die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk Chinas eines Tages in sich die Kraft finden werden, um erneut den durch die Schuld Maos und seiner Anhänger unterbrochenen Weg des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft und der engen Einheit mit den Brudervölkern und Bruderparteien der sozialistischen Länder zu beschreiten, um auch in der VR China den Erfolg der großen Sache des Sozialismus zu sichern“.

Der Kampf gegen den Maoismus habe indessen nichts mit „Chinafeindlichkeit“ zu tun, denn: „Der Antimaoismus der Marxisten-Leninisten dient nicht zuletzt dem Ziel, die chinesische Revolution in einer für sie tragischen Periode zu unterstützen; er ist ein Kampf für die sozialistische Perspektive der Volksrepublik China, für die Rückkehr dieses Landes in die gemeinsame Front der Kämpfer gegen den Imperialismus.“ (S. 283)

W. Glebow, Maoismus: Parolen und Praxis, APN-Verlag, Moskau 1978, 168 Seiten, 1,— DM

ragt aus der Vielzahl neuerer sowjetischer Veröffentlichungen zu China heraus. Die Broschüre diskutiert, untergliedert nach Innenpolitik, Außenpolitik und politische Praxis, die wichtigsten Parolen der maoistischen Propaganda in ihrem historischen Wandel und die Methoden ihrer Durchsetzung.

Gemessen an den programmatischen Orientierungspunkten, die der VIII. Parteitag der KP Chinas 1956 formulierte, werden die Kurswenden des „Großen Sprungs“ bzw. der Volkskommunen, der „Kulturrevolution“, der „Kritik an Lin Piao und an Konfuzius“ (1974—75) bis hin zur Kampagne gegen die „Viererbande“ (1976/77) und zur Verkündung der „vier Modernisierungen“ (1978) dargeboten. Nützlich ist dabei die sorgsame Quellenausweisung der chinesischen Losungen bzw. programmatischen Aussagen. Differenziert führt W. Glebow die Auseinandersetzung mit der maoistischen Massenagitation und Praxis.

Im Ergebnis seiner Untersuchung hebt er völlig zurecht gerade die „Gefahr“ hervor, „die sich aus der Einwirkung der kleinbürgerlichen chauvinistischen Propaganda auf das chinesische Volk ergibt, das Jahrhunderte lang vom Feudalismus unterdrückt war.“ (S. 166) Der Autor sollte allerdings etwas zurückhaltender beim Inneinsetzen „der chinesischen Propaganda mit der Göbbelspropaganda“ sein. Denn zum einen sind die Pekinger Rechtfertigungsstrickmuster für Expansions- oder Aggressionsziele diffiziler. Zum anderen haben beide nationalistischen Bewegungen (Maoismus, Nazismus) nun einmal eine andere Klassengrundlage: die des Hitlerfaschismus ist großkapitalistisch, die maoistische aber kleinbürgerlich-kollektivistisch.

Das besagt im übrigen auch W. Glebows Schlußbemerkung, die gerade den noch nicht endgültigen Abschied Chinas aus der Welt des Sozialismus hervorkehrt: „Die Feinde des Friedens, des Sozialismus und der Entspannung mißbrauchen die Tragödie des chinesischen Volkes und sind bestrebt, die Volksrepublik China aus dem Sozialismus ‚auszustoßen‘. Sie setzen auf eine weitere Zuspitzung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Doch eine so kurzsichtige Politik wird keinen Erfolg haben. Die um einen sozialistischen Entwicklungsweg des Landes kämpfenden Kräfte und Freunde Chinas im Ausland glauben daran, daß das chinesische Volk das finstere Kapitel der Herrschaft des Maoismus in der Geschichte Chinas überwinden wird.“ (S. 166/167)

R. Max, Maoismus und historische Mission der Arbeiterklasse, Verlag Marxistische Blätter (VMB), Frankfurt/M. 1975, 98 Seiten, 4,20 DM untersucht den Standort der Arbeiterklasse in der maoistischen Gesellschaftskonzeption, die Gründe für die herabgedrückte Rolle des chinesischen Proletariats nach 1949 und zeigt die Grundzüge der veränderten Sozialstruktur in der VRCh auf. „Der Maoismus“, so betont der Autor, „entspringt (dabei) einem Reifegrad der sozialen Beziehungen, bei dem die Bourgeoisie die Funktion einer Hauptklasse der Gesellschaft historisch nicht mehr und die Arbeiterklasse noch nicht wahrnehmen kann. Das erklärt sich aus einem spezifisch-gesellschaftlichen Durchgangs- und Übergangsstadium, dem geschichtlichen Übergang von der halbfeudalen, halbkolonialen Gesellschaft zum Sozialismus in China.“ (S. 11)

Der Bezugspunkt Nr. 1 von

J. Reusch, Maoismus in der Krise, VMB, Frankfurt/M. 1975, 76 Seiten, 4,50 DM

sind die Auseinandersetzungen um die Kampagne gegen Lin Piao und Konfuzius seit Anfang 1974 bis zum IV. Nationalen Volkskongreß im Januar 1975. Aus ihr sei — nach J. Reusch — der rechte Flügel der maoistischen Führung um Tschou En-lai und Deng Xiaoping gestärkt, der ultralinke Flügel um Wang Hung-wen, Yao Wen-yüan und Chiang Chin geschwächt hervorgegangen. Der Autor betont zugleich, daß dabei die grundlegenden Leitsätze des Maoismus nicht zur Debatte standen, nämlich Produktionssteigerung, Militarisierung, Geringschätzung sozialer Interessen, Großmachtchauvinismus und Antisowjetismus. Der Hauptzank sei um das Ausmaß der Gleichmacherei bzw. die Zulässigkeit von materiellen Anreizen entbrannt.

Mit der Durchsetzung des „rechten“ maoistischen Flügels, so das einleuchtende Fazit J. Reuschs, gehe allerdings eine große Gefahr einher, nämlich die zunehmende Entfernung der „sozialökonomischen Struktur des Landes . . . von ihrem ursprünglich sozialistischen Ausgangspunkt“, was perspektivisch die Errungenschaften der Revolution ernsthaft in Frage stelle. (S. 73/74) (Fortsetzung folgt) **W. Brönnner**

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Brasilien

Seit dem 15. 3. 1979 ist der neue brasilianische Präsident Figueiredo im Amt. Der ehemalige Geheimdienstchef ist bisher nicht nur durch die Ankündigung hervorgetreten, auf der Politik der Stärke seines Vorgängers Geißel zu beharren, er kündigte auch verstärkte unpopuläre Wirtschaftsmaßnahmen an. Die BRD-Firmen, die über 4,5 Mrd DM in Brasilien investiert haben und deren Repräsentanten sich im Begleittröb von Helmut Schmidt befanden, der Anfang April auf Südamerikareise ging, werden in die Hände klatschen; kaum aber die 150 000 Metallarbeiter, die 80 000 Lehrer in Sao Paulo oder die Tausende Transportarbeiter, die in machtvollen Demonstrationen der letzten Wochen ihre Forderung nach Lohnerhöhungen bekundeten. Gegen die weitreichenden Notstandsvollmachten, die von Figueiredo noch weiter verschärft wurden (vgl. AIB 2/1979) — so besteht Streikverbot in fast allen wichtigen Wirtschaftsbereichen —, fordert eine immer breiter werdende Amnestiebewegung die Rehabilitierung politisch Verfolgter. In 15 Jahren Militärdiktatur gerieten 500 000 Menschen in die Hände der brasilianischen Sicherheitsorgane, 10 000 mußten das Land aus politischen Gründen verlassen. Der Nationalkongreß für die Amnestie, der von der brasilianischen Bischofskonferenz unterstützt wird, fordert eine nationale Kampagne um die Aufklärung über die Lage der Verfolgten, die Mobilisierung zugunsten der politischen Gefangenen, die Herausgabe einer Zeitung für die Amnestie sowie die Schaffung eines nationalen Organs zur Koordinierung der Bewegungen für die Amnestie.

Chile

2 Jahre und 4 Monate nach dem Mord an dem ehemaligen chilenischen Außen- und Verteidigungsminister der Unidad Popular, Orlando Letelier, begann im Januar 1979 in Washington endlich der Prozeß seiner Mörder. Angeklagt und verurteilt zu lebenslanger Haft wurden die beiden konterrevolutionären Exil-Kubaner Guillermo Navo Sampol und Alvon Ross Diaz. Die eigentlichen Verantwortlichen dieses Verbrechens aber, der ehemalige Chef der DINA/CNI, General M. Contreras (er steht unter Arrest), und sein direkter Vorgesetzter, Junta-Chef Pinochet, sowie die in dieses Komplott verwickelten Institutionen CIA und FBI, blieben aufgrund massiver Interventionen der US-Regierung unbehelligt (vgl. dazu Granma, Havanna, 25. 2. und 4. 2. 1979). Das geht aus einem geheimen Abkommen zwischen den Regierungen Chiles und der USA vom April letzten Jahres hervor. Es besagt, keine Informationen über den Prozeß zu veröffentlichen, die dem Ansehen des Pinochet-Regimes schaden.

Die jüngste Tagung der UNO-Menschenrechtskommission Anfang März d. J. in Genf, die wiederholt die systematischen Verbrechen der Junta gegen die Menschlichkeit anprangerte, ließ sich freilich nicht täuschen.

Nikaragua

Mitte März d. J. sind seitens des Linksbündnisses Nationale Patriotische Front Nikaraguas, der Vereinigten Volksbewegung (MPU) und der Sandinistischen Front der nationalen Befreiung (FSLN) Pläne des CIA enthüllt worden, in Nicaragua durch einen Putsch gegen Somoza einen „Somozismus ohne Somoza“ zu installieren. Diese Lösungsmöglichkeit ist für den US-Imperialismus umso dringender, da seine bisher favorisierte Verhandlungslösung unter Beteiligung der Breiten Oppositionellen Front (FAO) sowie Guatemalas und der Dominikanischen Republik endgültig gescheitert ist. Diese Lösung sah ein Referendum über den Verbleib Somozas im Amt oder Rücktritt bis 1981 vor. Zum anderen müssen die USA fürchten, daß bei zu langem Zögern die Einigungsbewegung der Opposition noch größere Fortschritte macht. So haben sich erst im Februar die drei Grundströmungen innerhalb der FSLN auf eine einheitliche politische und militärische Plattform gestellt. Auch gab es zwischen der Nationalen Patriotischen Front und dem Rumpf der FAO (Konservative Partei und Wirtschaftsvertreter) erste Koordinationsgespräche für gemeinsame politische Aktionen. Um die Oppositionsbewegung in Schach halten zu können, mußte sich Somoza auf einem Geheimtreffen Anfang Februar der Hilfe der benachbarten reaktionären Militärregimes versichern, die ebenfalls Mitglieder des Militärbündnisses Mittelamerikas CONDECA sind, das von den USA kontrolliert wird. Kernpunkte der Übereinkunft sind: Vernichtung der Guerillabewegung, sowie jegliche militärische Unterstützung für Somoza im Falle eines Angriffs auf Kostarika.

Tschad

Die seit 13 Jahren andauernden Kämpfe im Tschad sind durch Verhandlungen vom 10.—18. März d. J. zwischen Vertretern der vier ethnischen und religiösen Hauptgruppen beigelegt worden. Auf Drängen der Nachbarstaaten Nigeria, Libyen, Niger, Kamerun und Sudan wurde am 16. März in Kano/Nigeria, ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet, das gleichzeitig die Entmilitarisierung der Hauptstadt N'Djamene und die Bildung eines nationalen Übergangskabinetts bis zu Neuwahlen vorsieht. Am 23. März wurde der Führer der Befreiungsbewegung FROLINAT, Goukouni Queddei, provisorischer Staatsoberhaupt, während Präsident F. Malloum und Ministerpräsident (Ex-FROLINAT-Chef) Hissen Habré ins Exil gingen. General F. Malloum hatte infolge eines Militärputsch im Jahre 1975 die Präsidentschaft übernommen, konnte aber nur mit Hilfe französischer Truppen die FROLINAT (siehe AIB 9/1978, S. 28) in ihrer Offensive stoppen. Anfang 1978 schlossen die FROLINAT unter der damaligen Führung von Habré und die Regierung Malloum ein Waffenstillstandsabkommen. Weiterhin sah das Abkommen die baldige Bildung einer Regierung der nationalen Einheit vor. Während Habré im August 1978 als Premierminister seines einstigen Erzfeindes Malloum nominiert wurde, setzte ein Teil der FROLINAT unter Führung von Goukoumi Queddei den Kampf gegen die Marionettenregierung fort. Daraufhin wurden die französischen Truppen nach blutigen Kämpfen gegen die FROLINAT von 1400 auf nahezu 5000 Mann verstärkt. Anfang 1979 kam es im Süden zu blutigen Rivalitäten zwischen Truppen Malloums und Habrés, worauf Frankreich seine Truppen abzog. Ende März begann eine zweite Verhandlungsrunde, die Einzelheiten der Regierungsbildung, der teilweisen Entwaffnung der verschiedenen Bürgerkriegsparteien, der Vorbereitung von Wahlen und die Aufstellung einer Überwachungskommission unter nigerianischer Führung regeln soll.

Südliches Afrika

Anfang März d. J. trafen die Präsidenten der Frontstaaten Angola, Moçambique, Sambia, Botswana und Tansania (hier nahm Vizepräsident Aboud Jumbe teil) in Luanda zu einer Gipfelkonferenz zusammen. Im Abschlußkommuniqué bekräftigten die Frontstaaten ihre Solidarität mit den Befreiungsorganisationen des südlichen Afrika und verurteilten die neokolonialistischen Lösungsversuche in Namibia und Zimbabwe. Mit der SWAPO wurde vereinbart, diese solle ihre Befreiungstreitkräfte in Namibia nach dem südafrikanischen Truppenabzug in Stützpunkte unter UN-Kontrolle zurückziehen. Die vom Smith-Regime in Salisbury für den 20. April 1979 angesetzte Wahlfarce und ihre Ergebnisse deklarierten sie als von vorneherein null und nichtig. Im Anschluß an die Luanda-Konferenz intensivierte die südafrikanische Rassistarmee ihre Überfälle auf Angola und Sambia. Allein im Zeitraum 8.—18. 3. 1979 registrierte das angolische Verteidigungsministerium 70 südafrikanische Angriffe, vornehmlich Bombenflüge auf Süd- und Zentralangola. Es wurden Napalmbomben eingesetzt und keineswegs nur SWAPO-Lager angegriffen. Mitte März drangen südafrikanische Spezialeinheiten 40 km tief vom namibischen Caprivistreifen aus in den sambischen Distrikt Sinjembela vor, okkupierten weite Teile des Territoriums, folterten und ermordeten Dorfbewohner.

10 000 Kochtöpfe für Kampuchea

Bei einem Gespräch Erich Wulffs mit Ros Samay, Generalsekretär der Nationalen Einheitsfront für die Rettung Kampucheas, betonte dieser die große Notwendigkeit internationaler Hilfe für sein Land, da man den Sozialismus „vom Nullpunkt an aufbauen“ müsse. Das alte Regime habe alles zerstört einschließlich Fabriken, Handwerksbetriebe oder Gegenstände familiären Zusammenlebens. „In der Familie zu leben, zu essen, galt als konterrevolutionär. Unsere Dörfer sind so zu wahren Zwangsarbeitslagern geworden. Die Leute haben nichts mehr, keine eigenen Kochtöpfe, kein Geschirr.“ Auf die Frage nach möglicher internationaler Unterstützung bezeichnete Ros Samay eine Kampagne 10 000 Kochtöpfe für Kampuchea als „große Hilfe. Für jede Unterstützung sind wir den Menschen in der BRD dankbar.“ Zu dieser Aktion hat im März d. J. der Vorstand der Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik-Vietnam aufgerufen. Spenden werden erbeten auf das Konto der

Hilfsaktion Vietnam e.V., Bismarckstr. 33, 4000 Düsseldorf,
PSchA Essen, 900 40-430
Stichwort: Kochtöpfe für Kampuchea

Der „zweite Ölschock“

Verursacher einer „zweiten Ölkrise“, so interpretieren westliche Regierungen, Medien und Ölkonzerne — wie schon einmal 1973/74 — übereinstimmend, das sind die iranische Volksbewegung und — seit ihrer Konferenz Ende Dezember — die Mitglieder der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC).

Das wohlkalkulierte Gerede vom „zweiten Ölschock“ (Stern-Titel: „Wann gehen bei uns die Lichter aus?“) verfolgt indes einen durchschaubaren Zweck: Es dient als massenpsychologischer Nebelschleier zur Vorbereitung eines neuen Coups der Ölkonzerne auf die Taschen der Verbraucher. Falls es zu einer Verknappung der Ölversorgung der Bundesrepublik kommen sollte, so versichern Apologeten des Kapitalismus wie Bundeswirtschaftsminister Lambsdorf in der ihnen eigentümlichen Sprache, werde „der Markt“ genügend Kraft besitzen, das Problem zu lösen.

Nach der Logik der „freien Marktwirtschaft“ jedoch bedeutet ein Rückgang des Angebots bei gleichbleibender Nachfrage fast automatisch Preisanstieg. Jedoch selbst diese systemimmanente Begründung für die allenthalben schon jetzt kräftig im Steigen begriffenen Ölpreise entpuppt sich als bar jeder Grundlage, geradeso wie der Verweis auf OPEC-Beschlüsse oder die veränderte Situation im Iran.

Das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Frankfurt konstatierte jüngst genau das Gegenteil von dem, was die Verknappungsthese zu suggerieren sucht. Die Rohöleinfuhren seien im Februar 1979 gegenüber dem Vorjahr um ein Drittel gestiegen; der Ausfall des iranischen Erdöls-Exportstopp vom 27. Dezember 1978 bis zum 4. März 1979 — sei durch die erhöhte saudiarabische Förderung auf dem Weltmarkt ausgeglichen worden. Auch die eigens für Krisenfälle geschaffenen strategischen Erdölvorräte in den Verbraucherländern, die in EG-Ländern auf 100 Tage, in Japan auf 70 Tage und in den USA auf 43 Tage Normalverbrauch berechnet sind, wurden bislang genau so wenig angetastet wie die Privatreserven der Ölkonzerne.

Freilich gibt es eine Verschiebung im Kräfteverhältnis zwischen Ölmultis und OPEC-Staaten, die den westlichen Erdölmarkt erneut in Bewegung geraten ließ. Hier kommen mehrere Faktoren zusammen, wobei der entscheidendste tatsächlich die revolutionäre Umorientierung im Iran ist. Nicht minder bedeutsam ist der von den OPEC-Staaten erneut erwogene Versuch, das Öl als politische Waffe im Nahostkonflikt einzusetzen — diesmal gegen die Separatfriedenspolitik von Carter/Begin/Sadat, der selbst das reaktionäre und ansonsten dem Westen zugewandte Regime von Riad seine Unterstützung versagen mußte (siehe Beitrag in diesem Heft).

Markieren die Ergebnisse der OPEC-Dezembertagung noch einen Kompromiß zwischen Forderungen konservativer und progressiver Kräfte, so veränderten sich in der Folgezeit die Gewichte innerhalb der Organisation. Der reaktionäre OPEC-Flügel (Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Iran und Qatar), der zusammen über die Hälfte des OPEC-Öls förderte, hatte es bisher vermocht, die Forderungen der restlichen Mitgliedsländer abzuwehren. Diese verfolgten das Ziel, den Erdölpreis an die Entwicklung der Importpreise zu binden und besonders den Dollar als Verrechnungsbasis aufzugeben, um so Verluste durch Inflation und Dollarverfall aufzufangen.

Wer bereichert sich wirklich?

Der reaktionäre OPEC-Flügel ist jedoch nach Ankündigung der neuen iranischen Erdölpolitik empfindlich geschwächt.

Seit dem 11. Februar 1979 strebt man in Teheran ein Exportvolumen für Rohöl an, das den tatsächlichen Devisenbedürfnissen des Landes entspricht — man spricht von 60 % der vor dem Generalstreik 1978 geförderten Menge.

Auf der OPEC-Konferenz Ende März d. J. konnte Saudi Arabien dann auch seine Position nicht mehr voll durchsetzen, der korrupte Bündnispartner aus dem iranischen Kaiserhaus fehlte. Hinzu kam, daß das altbewährte saudische Drohmittel, bei OPEC-Preiserhöhung den Ölmarkt durch Überproduktion zu überschwemmen und so eine Preissenkung zu erzwingen, nicht zog, weil man in Riad voll dabei war, den iranischen Ölausfall auf dem Weltmarkt zu kompensieren. So beschloß die OPEC, die für Ende 1979 vorgesehene Preiserhöhung von 9 % zum 1. April vorzuziehen, die obere Preisgrenze wurde darüber hinaus jedem Mitgliedsland freigestellt.

Bereichern sich damit nun die Ölscheichs auf Kosten der Otto Normalverbraucher?

Ein Preisvergleich zeigt: Die wahren Bereicherer sind nicht die Ölländer, sondern die Multis. Während der Rohölrichtpreis zwischen 1974 und 1978 um 17,3 % stieg, erhöhten sich die Endverbraucherpreise



für Raffinerieprodukte im gleichen Zeitraum um 55,6 %. Es kann auch schwerlich nachgewiesen werden, die OPEC-Preiserhöhung vom 1. 1. 1979 von 5 % habe eine Heizölpreiserhöhung um nahezu 50 % (von Dezember 1978 bis Februar 1979) gerechtfertigt, wobei der effektive Rohölpreis durch den Kursverfall des Dollars Ende 1978 um 22 % niedriger lag als 12 Monate zuvor.

Auf der anderen Seite waren die Einkünfte der OPEC-Länder nach kuweitischen Angaben von Anfang 1977 bis Ende 1978 um 30 % wegen Inflation und Dollarverfall geschrumpft. Aus gleichem Grund ist der effektive Rohölpreis, den die Förderländer nach algerischer Auffassung 1979 noch erzielten, sogar um zwei Drittel niedriger als 1974. Die jüngsten Preiserhöhungen nun, so Kuweits Erdölminister al-Sabah, sind auf die „Habgier“ der Ölkonzerne zurückzuführen, „die aus der entstandenen Situation großen Nutzen ziehen“. In dieser Orientierung gegen das internationale Ölkapital treffen sich die wohlverstandenen Interessen der Förderländer mit denen der Verbraucher in den entwickelten kapitalistischen Staaten durchaus. Während eine antiimperialistisch ausgerichtete Ölpolitik darauf abzielen muß, die Öleinnahmen langfristig so zu gestalten, daß die Finanzierung einer nationalen Entwicklungs- und Industrialisierungspolitik gesichert werden kann, sind die Verbraucher hierzulande an möglichst niedrigen Heizöl- und Benzinpreisen interessiert.

Beides ergibt nur scheinbar einen Widerspruch, denn beides ist nur durchsetzbar, bei einer weiteren Zurückdrängung der Ölkonzerne. Diese sind zwar — was die unmittelbare Verfügung über Rohstoffquellen betrifft — durch die in unterschiedlicher Konsequenz verfolgte Nationalisierungspolitik in den Förderländern geschwächt worden. Jedoch halten sie weiterhin monopolartig das gesamte Netz von Transport und Vermarktung in ihren Händen.

Fortschritte in dieser Richtung und damit reale Vorteile sowohl für die ölfördernden Entwicklungsländer wie für die Verbraucher in Westeuropa könnten Schritte beinhalten, wie sie sich in der neuen iranischen Ölpolitik konturenhaft abzeichnen: Die Volksregierung kündigte an, Erdöl künftig nur noch an staatliche Abnehmer und nicht mehr an Zwischenhändler zu verkaufen. Am 5. März wurde mit Japan der erste Vertrag unterzeichnet. Dies deutet darauf hin: Die imperialistischen Länder und die Ölmultis, die größten Konzerne der Welt, sind künftig in zunehmendem Maße gezwungen, die Bedürfnisse der erdölexportierenden Entwicklungsländer zu berücksichtigen und mit der Fähigkeit dieser Länder zu rechnen, ihre Interessen durchzusetzen.